Morgenausgabe

Nr. 535 / A 269 — 47. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6,— M. pro Monat.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Frauenstimme" „Technik", „Blick in die Bücherwelt", „Jugend-Vorwärts" und „Stadtbeilage".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag 14. November 1930

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 20 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenkasse, Jerusalemer Str. 65/66.

Herunter mit den Preisen!

Der Kabinettsausschuß berät. — Verbraucher an die Front!

Gestern hat der Kabinettsausschuß für Arbeits- und Preisfragen unter Vorsitz des Reichskanzlers Brüning seine erste Sitzung abgehalten. Der Reichsbankpräsident Luther, die Reichsminister Dietrich, Stegerwald und Schiele, der preußische Minister Schreiber und Dr. Trendelenburg, der Verweser des Reichswirtschaftsministeriums, nahmen daran teil. Es wurde vor allem eine systematische Aufteilung des ganzen Arbeitsgebietes vorgenommen, um durch organische Zusammenarbeit die auf Preissenkung gerichteten Tendenzen mit aller Macht zu stärken. Eine Verlautbarung des bisherigen Ergebnisses der amtlichen Maßnahmen soll heute erfolgen, die Beratungen des Kabinettsausschusses werden laufend fortgesetzt.

*

Nach dieser Meldung hat der neue Kabinettsausschuß also zunächst einmal das Terrain sondiert und die Arbeit verteilt. Neu ist, daß der Kabinettsausschuß nicht nur Preissenkungs- sondern auch Arbeitsfragen zu behandeln hat, daß wir also nicht nur vor einem Preissenkungs-, sondern vor einem vollständigen Krisenbekämpfungsdirektorium stehen. Die schwerindustrielle „DAZ." wollte wissen, daß ein spezieller Kommissar für Preissenkung eingesetzt wird, und sie nannte auch schon als schwerindustriellen Kandidaten Herrn Schacht und den unvermeidlichen Herrn Treviranus. Das scheint eine Ente zu sein bzw. ein Versuchsballon. Dennoch wird die Oeffentlichkeit aufpassen müssen.

Wenn auch kein Preissenkungskommissar, so wird vielleicht für Fragen der sofortigen Arbeitsbeschaffung, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein Wirtschaftskommissar mit speziellen Vollmachten berufen. Grundsätzlich könnte es gleichgültig erscheinen, welche Stelle das schafft, was geschafft werden muß. Restlos alles kommt aber dabei auf die Persönlichkeit an, die mit solchen Aufgaben betraut wird und auf die ihr gegebenen Vollmachten. In der Preissenkungsfrage hat die Reichsregierung nicht nur eine außerordentlich schwere Verantwortung übernommen, sie findet auch, wenn sie ihre Fähigkeit zum Durchgreifen beweist, besonders gegenüber den Kartellen, die Sympathie der Oeffentlichkeit. Alle Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen aber sind auch zugleich soziale und Klassenfragen, wo jeder Eingriff von der größten staatspolitischen Bedeutung ist. Das möge von Herrn Dr. Brüning wohl bedacht werden.

Eine sehr wichtige Rolle fällt jetzt den Hausfrauen zu. Vor ihrer „öffentlichen" Meinung, die durch Nachfrage bei jedem einzelnen Einkauf über Preissenkungen sich bilden und dann in jeden Haushalt weitergetragen werden muß, müßte der Händlerschaft allmählich bange werden. Auch von dieser Seite kann der Preisabbau gefördert werden. Die Arbeiterklasse muß auf der anderen Seite ihre Kräfte aufs äußerste anspannen, daß der Wahnsinn des Lohnabbaues ohne erheblich stärkere Verbilligung der Lebenshaltung nicht weiter um sich greift!

Fricks Kampf gegen das Reich.

Die nationalsozialistische Verseuchung der thüringischen Polizei.

Die Oeffentlichkeit wird gegenwärtig mit entrüsteten Schilderungen des thüringischen Innenministers Dr. Frick über das Reichsministerium des Innern versorgt, das sich unterfangen habe, in die „nationale" Arbeit der Nazi bei der thüringischen Landespolizei hineinzuleuchten.

Es ist nicht üblich, in ein schwebendes Gerichtsverfahren durch ministerielle Erklärungen einzugreifen. Das thüringische Staatsministerium tut es dennoch. Das dritte Reich führt offenbar neben Landtagsfreifahrkarten mit doppeltem Boden vermutlich auch eine Staatsmoral mit auswechselbarem Boden im Register. Wenn Herr Dr. Frick sich über Untreue einiger thüringischer Polizeibeamten beklagt, so muß die Oeffentlichkeit wissen, daß alle thüringischen Polizeibeamten ihren Treueid sowohl auf die Reichsverfassung als auch auf die thüringische Verfassung geleistet haben; sollte nicht Reichsrecht auch in diesem Falle vor Landesrecht gehen, wenn diese Beamten die Ueberzeugung haben, daß die thüringische Landespolizei als Sturmbock für das dritte Reich mißbraucht wird?

Außerdem wissen die wenigsten, daß aus Mitteln des Reiches bis zu etwa 90 Proz. die Polizeikosten der Länder aufgebracht werden. Mithin wirkt die Entrüstung über die in Leipzig vor dem Staatsgerichtshof festgestellten Dinge ein wenig komisch. Haltet den Dieb!

Die Behauptung Fricks, daß das vom Reichsminister des Innern gegen Thüringen in Leipzig vorgebrachte Material sich größtenteils als unrichtig erwiesen habe, bedarf aber denn doch einer Richtigstellung zur Steuer der Wahrheit!

Die bisherige Beweisaufnahme über die Zustände in der thüringischen Landespolizei hat jetzt schon eine Reihe schwerer Verletzungen der vom Reich seit langem erlassenen Richtlinien ergeben, die allen Länderpolizeikörpern Ueberparteilichkeit zur Pflicht machen. So hatte zum Beispiel der thüringische Minister des Innern, Herr Dr. Frick, dem Kommandeur der thüringischen Landespolizei, wie dieser zeugeneidlich hatte zugeben müssen, Anweisung erteilt,

bei künftigen Einstellungen Bewerber, die sich als Angehörige bestimmter politischer, und zwar republikanischer Richtungen bekennen, insbesondere aber solche der Sozialdemokratie, möglichst nicht zu berücksichtigen.

Merkwürdig, staatsbejahende Bewerber haben keinen Zutritt!

Herr Frick hat sich nicht gescheut, der Personalabteilung seines Ministeriums Bewerbungsgesuche nationalsozialistischer Anwärter zu übermitteln. Die Bezeichnung solcher Gesuche mit roten Zetteln sollte diese Bewerber als vorzugsweise zu behandeln kennzeichnen; der verhältnismäßig geringe Umfang der Einstellungen sollte dann einen rasse- und klassereinen Nachwuchs ergeben. Fricks Pech war es, daß tatsächlich nur wenig von diesen so hoffnungsfrohen Bewerbern hatten eingestellt werden können, was daran lag,

daß gegen viele unter ihnen etwas Entscheidendes bekannt wurde.

Es wird ihnen dann auch nichts genützt haben, daß Herr Minister Frick sich in einem beachtlichen Unterschied zur Betätigung seiner Kollegen in anderen Ländern die persönliche Entscheidung über die Einstellung aller Beamtenanwärter seiner Landespolizei selbst vorbehalten hatte. Welch eine köstliche Fürsorge zeigt dieser Vorläufer des dritten Reiches!

Es geht noch weiter: die ihm nachmeislich vorgelegten Vorschlagslisten nationalsozialistischer Parteistellen hatte der thüringische Landtagsabg. Hennicke zu sichten, damit Herr Dr. Frick hiernach seine Entscheidung zu treffen vermochte, ist doch Herr Dr. Frick leider landfremd und kennt sich unter seinen Thüringer Nazis vermutlich nicht so genau aus wie der Landtagsabgeordnete Hennicke, sein treuer Helfer.

Die wichtigsten Stellen im Offizierkorps der thüringischen Landespolizei sind jetzt mit Persönlichkeiten besetzt, die aus ihrer verfassungsfeindlichen Einstellung kein Hehl zu machen brauchen.

So hatte man unter Eid aussagen müssen, man wäre bei einem Hoch auf die Republik aus einem Versammlungslokal gegangen, denn so etwas ginge ihnen wider die Natur!

Diese wenigen Beispiele aus den Verhandlungen mögen zunächst genügen, um den von dem thüringischen Staatsministerium angestrebten Eindruck zu verwischen, als ob das Verfahren des Reiches gegen Thüringen bisher so gut wie nichts Belastendes ergeben hätte!

Dem Reichsministerium des Innern waren zahlreiche Bitten und Beschwerden über die merkwürdigen Vorgänge in der thüringischen Landespolizei unaufgefordert und von den verschiedensten Seiten zugegangen; vermutlich werden diese Klagen noch weiter fließen, so daß es irgendwelcher Aufträge an thüringische Beamte, Feststellungen über die Landespolizei an eine Reichsbehörde gelangen zu lassen, gar nicht bedurfte!

Gescheiterter Volksentscheid. In Bösingfeld (Amt Brake) haben die Nationalsozialisten und Deutschnationalen einen Volksentscheid auf vorzeitige Auflösung der Gemeindevertretung verloren. Statt der 651 notwendigen Stimmen konnten beide Parteien nur 227 Ja-Stimmen erreichen. Bei der Reichstagswahl im September erhielten die Nationalsozialisten allein 427 Stimmen.

Der brennende Osten.

Szenenwechsel in China.

Von Peter Garwy.

Der jüngste Abschnitt des permanenten Bürgerkrieges in China ist abgeschlossen. Der Versuch der Nordkoalition, eine Gegenregierung in Peking aufzustellen, ist mißlungen. Damit ist die widernatürliche politische Kombination der linken „Reorganisationisten" mit den waschechten Militaristen gescheitert. Der verzweifelte Versuch des Führers des kleinbürgerlichen radikalen Flügels der Kuomintang, Wanglwei, im Bündnisse mit Berufsmilitaristen und halbfeudalen „Tuchons" die Diktatur Tschangkaischecks zu brechen, endete mit einem kläglichen Fiasko.

Die Niederlage der Nordkoalition ist nicht auf die militärische Ueberlegenheit der Nanking-Regierung zurückzuführen. Die Kriegsoperationen haben vielmehr ein labiles Gleichgewicht beider Rivalen bewiesen. Die finanzielle und außenpolitische Unterstützung Nankings durch Amerika konnte freilich allein dieses Gleichgewicht zugunsten Tschankaischecks nicht ändern. Den Ausschlag gab die Einmischung des Mukdener Diktators Tschanghsüliang. Zuerst bewahrte er zwar eine zweideutige und rätselhafte Neutralität im Zweikampf zwischen Nanking und Peking. Am 19. September haben aber seine Truppen die Provinz Tschili mit der alten Hauptstadt Peking eingenommen, ohne daß die inzwischen verschwundene Gegenregierung mit Feng und Jenfischan an der Spitze auch nur versucht hätte, Widerstand zu leisten.

Der Sieg Nankings ist also ein Sieg Mukdens. Der Mukdener Diktator hat bisher nur nominell die Oberhoheit der Nanking-Regierung anerkannt. Kaum ist es anzunehmen, daß seine Intervention zugunsten Nankings ohne Hintergedanken unternommen wurde. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob Tschanghsüliang im Interesse der nationalen Konsolidierung Chinas oder im eigenen Interesse gehandelt hat.

Immerhin bedeutet der Szenenwechsel in China keineswegs das Ende des Generalkrieges. Der politische Zweikampf Nanking-Peking droht bald durch den neuen Zweikampf Mukden-Nanking abgelöst zu werden. Und dies um so mehr, als die zum Rückzug gezwungenen Nordkoalitionisten Feng und Jenfischan in der Reserve bleiben und nötigenfalls wieder aktionsfähig werden können. Jedenfalls ist eine Atempause im Generalskrieg eingetreten, die von Nanking für die Niederwerfung der sogenannten „kommunistischen" Bauernaufstände in Zentral- und Südchina eifrig ausgenutzt zu werden scheint. Es ist übrigens möglich, daß die Intervention selbst von Tschanghsüliang durch sein Bestreben veranlaßt wurde, die immer mehr um sich greifenden „kommunistischen", im Grunde aber agrarrevolutionären Bauernauflehnungen zu unterdrücken und somit die bolschewistische Gefahr aus der Welt zu schaffen.

Der Szenenwechsel bedeutet also noch kein Ende des Bürgerkrieges in China. Denn dieser Bürgerkrieg in Permanenz hat seine tiefsten Ursachen im außen- und innerpolitischen Leben Chinas. Das Versagen der Nanking-Regierung auf dem Gebiete der Agrarreform und Sozialpolitik, der Bekämpfung des Massenelends und Hungers, der Sanierung des Finanzwesens usw. nährt nach wie vor den Bürgerkrieg.

Die partei-militärische Diktatur Tschangkaischecks versagt. Es war ein Grundfehler Dr. Suniatsens zu glauben, daß ein Volk zu Demokratie und sozialer Gerechtigkeit durch die militärische Diktatur „erzogen" werden kann. Jede Diktatur als „Uebergangsform" hat die Tendenz, sich zu verewigen. Es ist kein Zufall, daß die nordkoalitionistische Gegenregierung die Forderung der Einberufung eines Nationalkongresses — wenn auch aus kriegsdemagogischen Gründen — aufstellte. Und es ist gleichfalls kein Zufall, daß nunmehr der Mukdendiktator — natürlich aus ebenso fadenscheinigen Gründen — darauf besteht, daß „die Periode der politischen Bevormundung durch die Kuomintang-Organe und der Alleinherrschaft der Kuomintang-Partei durch die Einberufung einer tatsächlichen Volksvertretung mit Einschluß aller politischer Gruppen abgelöst werden soll." Der zum 12. November einberufene Parteikongreß der Kuomintang wird auch mit dieser Grundfrage sich zu beschäftigen haben. Es ist aber höchst zweifelhaft, ob Tschangkaischeck, der sich als Sachverwalter der chinesischen Bourgeoisie entpuppte, einwilligen wird, die soziale Basis der Nanking-Regierung nach links zu erweitern, um den Uebergang zum Regime der Volksvertretung und der Bürgerrechte zu ermöglichen.

Diese Umstellung der inneren Politik in China ist um so dringender geworden, als die außenpolitische Lage die sofortige und endgültige Konsolidierung und Befriedung des Landes erheischt. Die Verhandlungen mit den Großmächten über die Ueberprüfung der „ungleichen Verträge" und über die Abschaffung der Exterritorialitätsrechte, gerieten in die Sackgasse. Aber noch schlimmer steht es mit den Beziehungen Chinas zu Sowjetrußland, die gerade in der letzten Zeit eine gefährliche Wendung genommen haben.

Das Chabarowsk-Protokoll vom 28. Dezember vorigen Jahres, das die Feindseligkeiten in der Mandschurei einstellte und zur Wiederherstellung des status quo, d. h. des

russisch-chinesischen Kondominiums bei der Ostchinabahn geführt hatte, war das Ergebnis des militärischen Sieges der Sowjetunion. Aber es war wahrhaftig ein Pyrrhussieg. Mit einem Schlage hatte die Rote Armee, die tief in die Mandschurei eingedrungen war, die chinesische Regierung auf die Knie gedrückt. Aber mit demselben Schlage hatte sie auch das große moralische Kapital vernichtet, das die Sowjetdiplomatie seit 1924 durch den Verzicht auf die „Ungleichen" Zarenverträge (übrigens mit Beibehaltung des Kondominiums bei der Ostchinabahn!) erworben hatte.

Das Chabarowsk-Protokoll, das den Chinesen mit Bajonetten aufgezwungen wurde, brachte keinen festen Frieden, sondern nur einen Waffenstillstand.

Bereits am 8. Februar hat die Nanking-Regierung die Rechtmäßigkeit und Verbindlichkeit des von der Mukdenregierung abgeschlossenen Chabarowsk-Protokolls in Abrede gestellt. Die im Chabarowsk-Protokoll vorausgesehene Sowjet-Chinesische Konferenz in Moskau wurde daher immer weiter verschoben. Während die Sowjetregierung, um Nankings Notlage auszunutzen, auf baldige Einberufung der Konferenz drang, bemühte sich die Nanking-Regierung in Anbetracht der verschlechterten innerpolitischen Lage die Konferenz möglichst zu verschleppen.

Am 11. Oktober trat die Konferenz in Moskau endlich zusammen, aber nur um bald ihre Arbeiten abzubrechen. Der Vertreter der Sowjets, Karachan, forderte von China als Vorbedingung die klare und volle Anerkennung des Chabarowsk-Protokolls. Der chinesische Vertreter verhielt sich aber in dieser Frage ausweichend.

Nun wird der Ball der Verantwortlichkeit für das Scheitern der Konferenz hin- und hergeworfen. Die Sowjetpresse behauptet, daß die Nanking-Regierung nur deshalb das Chabarowsk-Protokoll nicht anerkennen wolle, weil sie den § 4, der China zur Ausweisung der Führer der weißgardistischen Banden aus der Mandschurei verpflichtet, nicht durchzuführen entschlossen sei. Die Tätigkeit der weißgardistischen Banden an der Grenze der Mandschurei ist nicht zu leugnen. Sie ist für beide Seiten gefährlich, weil ihr Vorhandensein immer neuen Konfliktstoff liefert.

Der Hauptpunkt der Weigerung der Nanking-Regierung, das Chabarowsk-Protokoll anzuerkennen, scheint in ihrer Angst vor der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Moskau zu bestehen. Die Nanking-Regierung fürchtet, daß dies zur Wiederherstellung der „exterritorialen" Stützpunkte für die Arbeit der Komintern und der Agenten der Moskauer Regierung führen würde.

Die Sprengung der Moskauer Konferenz bedeutet Vermehrung der Kriegsgefahr im Fernen Osten. Schon liest man in der Moskauer Presse, daß Truppen der Roten Armee im Fernen Osten in Protestversammlungen und Resolutionen „einen entschiedenen Druck auf die chinesische Regierung" fordern und erklären: „Wir halten das Pulver trocken und werden auf den ersten Ruf der Sowjetregierung marschieren."

Hat Europa, hat die Welt den Willen und die Kraft zu verhindern, daß im Fernen Osten marschiert wird.

Nationale Würdelosigkeit.

Der Stahlhelm bettelt beim Sieger um Sympathie.

Rom, 13. November. (Eigenbericht.)

30 Vertreter des deutschen Stahlhelms wurden am Donnerstag von Mussolini in besonderer Audienz empfangen. Selbstverständlich geschah das nicht, wie das sonst üblich ist, durch Einführung oder gar auf Veranlassung des deutschen Botschafters von Schubert. Und wenn der Führer der Stahlhelmgruppe von der Freundschaft zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalen Deutschland sprach, die auf der gemeinsamen Idee des Faschismus basiere, dann ist über diese gefährliche Form von Diplomatie zu bemerken, daß allein der deutsche Botschafter gegenüber einem fremdländischen Ministerpräsidenten im Namen Deutschlands zu sprechen berechtigt ist. Dr. Heinke, der Gruppenführer, erklärte sogar, der Stahlhelm sei dankbar dafür, daß Mussolini die faschistische Idee zu einer universellen erklärt habe, zu einem Wegweiser der Welt, und der Stahlhelm müsse in seinem Kampfe gegen den Marxismus und den Liberalismus diese Idee verbreiten. Mussolini fand u. a. herzliche Worte der Sympathie für die Stahlhelmbewegung.

*

Der Stahlhelm hetzt in Deutschland gegen die internationalen Beziehungen der Sozialdemokratie, Beziehungen, die sie zu Gesinnungsgenossen pflegt. Seine Delegation nach Italien aber schämt sich nicht, bei dem Diktator des Landes um Sympathie und Unterstützung zu bitten, das nicht nur zu den „Siegern" des Weltkriegs gehört, sondern auch zu den schärfsten Feinden des Deutschtums in Südtirol. Aber der Vorgang hat auch noch ein anderes Gesicht.

Der Empfang einer dreißigköpfigen Stahlhelmdelegation durch den italienischen Diktator stellt nicht nur eine Taktlosigkeit, sondern eine ausgesprochene Provokation dar. Mussolini weiß, daß der Stahlhelm eine nationalistische Organisation ist, die den schärfsten Kampf nicht allein gegen die Außenpolitik des Reiches, sondern auch gegen seine Verfassung und gegen seine Regierung führt. Dennoch empfängt er eine Stahlhelmabordnung, drückt er seine Sympathie für diese Bewegung aus und nimmt sogar, wie weiter berichtet wird, als Ehrengeschenk das Stahlhelmabzeichen an.

Wenn die Wilhelmstraße auch nur einen Funken von Selbstbewußtsein hat, darf sie sich diese Herausforderung nicht gefallen lassen. Schon anläßlich des Koblenzer Stahlhelmaufmarsches, an dem eine italienische Faschistenabordnung teilnahm, haben wir auf diese unzulässige Einmischung der offiziellen italienischen Partei in die deutsche Innenpolitik hingewiesen und einen Protestschritt in Rom für angebracht erklärt. Man hat den Anfängen nicht gewehrt, und nun hat man die Fortsetzung, freilich in einer viel bedenklicheren Form.

In den Straßen Roms ist der uniformierte Stahlhelmtrupp von faschistischem Publikum mit den Rufen „Nach Paris!" angefeuert worden. Für das faschistische Italien gilt eben das deutsche Volk zur Zeit als billiges Kanonenfutter gegen Frankreich. Vielleicht hält es die deutsche Diplomatie auch nützlich, mit dem Gespenst einer italienisch-deutschen Allianz gegen Frankreich zu operieren. Das wäre eine ebenso kindische wie gefährliche Politik, die Stresemann immer entschieden abgelehnt hat, wie sein damaliger Staatssekretär von Schubert am besten bezeugen könnte.

Briand rechnet ab.

Scharfe Zurückweisung nationalistischer Angriffe. — Vernünftige Worte über Deutschland.

Paris, 13. November. (Eigenbericht.)

Die Kammer hat am Donnerstagvormittag eine Sammelanleihe von drei Milliarden Franken für die französischen Kolonien bewilligt. Nachmittags wurde die große außenpolitische Aussprache fortgesetzt.

Als erster Redner ergriff der Kommunist Doriot das Wort. Er erklärte, der Young-Plan sei die tiefste Ursache der Weltwirtschaftskrise. Er müsse daher nicht nur revidiert, sondern vollständig annulliert werden.

Der nächste Redner, der reaktionäre Abgeordnete Marin, vertrat die entgegengesetzte These. Er begann damit, die finanziellen „Enttäuschungen" Frankreichs zu schildern, das einst annähernd 800 Milliarden deutscher Kriegstributzahlungen erwartet habe, und erklärte, daß man jetzt unbedingt auf der Respektierung der deutschen Unterschrift unter dem Young-Plan bestehen müsse. Es müsse endlich halt gemacht werden auf jenem

verhängnisvollen Weg der ewigen Konzessionen,

den Briand eingeschlagen habe. Er, Marin, allerdings habe Deutschlands schlechten Zahlungswillen schon bei der Unterzeichnung des Young-Planes richtig eingeschätzt, denn er habe seinerzeit Briand geraten, seine verfügbaren Gelder nicht in der Young-Anleihe anzulegen, sondern sie zur Vergrößerung seines Landgutes Cocherel zu verwenden. Darauf nahm sich Marin den sozialistischen Abg. Grumbach zum Ziel seiner Angriffe, der sich des angeblichen Verbrechens schuldig gemacht hat, in einer Rede darauf hinzuweisen, daß der Young-Plan eine „automatische Revisionsklausel" enthalte. („Aber ich habe doch recht gehabt!" — erklärte Grumbach in einer kurzen Erwiderung.)

Im weiteren Verlauf seiner Rede verlangte Abg. Marin, daß keine neuen Konzessionen hinsichtlich der Saarfrage oder der entmilitarisierten Rheinlandzone gemacht werden. Auch dürfe man es Deutschland nicht weiter gestatten, sich der Minderheiten als Mittel politischer Erpressungen zu bedienen. Marin protestierte dann gegen die Anschlußpropaganda und erinnerte daran, daß einst die Weimarer Verfassung einen Artikel enthalten habe, der den österreichischen Abgeordneten gestattet hätte, im Reichstag zu sitzen. (Tardieu hielt dem Redner entgegen, daß dieser Artikel gerade auf den Protest Frankreichs hin entfernt worden sei.) Weiter bedauerte Marin, daß Mussolini es über sich habe bringen können, die Wahrheit der deutschen Kriegsgreuel zu bezweifeln. Er schloß mit der Forderung, daß Frankreich unbedingt eine energischere Politik verfolgen müsse.

Die Locarno-Politik habe Schiffbruch erlitten,

denn alles, was Briand gesagt und verkündet habe, sei nicht eingetroffen. Nur eine Politik der Macht und der entschlossenen Stärke könne einen neuen Krieg verhindern.

Die Sitzung wird dann auf eine halbe Stunde vertagt. Nach der Wiederaufnahme ergriff Briand das Wort.

Briand,

der bei seinem Erscheinen auf der Kammertribüne von allgemeinem minutenlangen Beifall bis weit in die Reihen der Rechten hinüber begrüßt wurde, begann seine Rede mit einer scharfen Polemik gegen die nationalistischen Interpellanten. Er protestierte zunächst gegen die wüste Panikpropaganda, die man im Lande betreibe und die den neuen Krieg schon für morgen ankündige. Er protestierte weiter gegen die Verunglimpfungen, denen er persönlich ausgesetzt sei. Wie komme es nur, fragte er, daß die Außenpolitik in der Politik der Gesamtregierung, nicht aber in der seinigen anerkannt werde? Wo doch die ganze Regierung solidarisch sei, verdiene da er nicht wenigstens einen kleinen Platz in dieser Solidarität?

Er habe an die Stelle der Gewaltpolitik die der Versöhnung gesetzt.

Seine Politik sei eine Politik des Friedens in der ganzen Welt, und sie habe ihre Früchte getragen. Der Augenblick sei gekommen, das noch einmal ausdrücklich zu sagen. Die Verträge könnten nicht alle Fragen ein für allemal regeln, aber sie hätten wenigstens den Vorteil, Verhandlungen zu ermöglichen. Man dürfe dabei aber nicht den Fehler begehen, nur die vorläufigen Teile der Verträge zu sehen, um den Gegenpartner gewisse darin enthaltene Rechte streitig zu machen. **So gestatte es der Artikel 19 des Völkerbundpaktes, die erneute Prüfung gewisser Probleme bestehender Verträge und politischer Verhältnisse vorzunehmen.** Man könne die interessierten Regierungen nicht hindern, diese erlaubte Prüfung zu verlangen, aber das heiße noch nicht, daß sie damit gewonnenes Spiel haben. Als er, Briand, sich mit Stresemann zusammengesetzt habe, habe er nicht erwartet, daß Stresemann entschlossen sei, die Interessen seines Landes zu mißachten. Gerade wenn die Verhandlungen zur Verständigung schwierig würden, bedürfe es besonderer Geduld und Ausdauer, um den Frieden zu ermöglichen. Heute leider sei

das Vertrauen durch die schamlose Panikpropaganda erschüttert.

Die nationalistische Welle in Deutschland sei nicht zuletzt durch die Wirtschaftsnot hervorgerufen. In Deutschland gebe es 3½ Millionen Arbeitslose, die natürlich ein unerschöpfliches Reservoir Mißvergnügter bildeten und nur allzu leicht Opfer der demagogischen Verhetzung werden könnten. Aber werde schließlich auch nicht in Deutschland jedermann begreifen, daß das Interesse aller Nationen dahingehe, einen Frieden sich zu sichern. **Neben den Nationalisten gebe es Millionen pazifistischer Deutscher.** Er, Briand, hoffe jedenfalls und diese Hoffnung genüge ihm, um die Durchführung der Versöhnungspolitik zu versuchen. Bei aller Pflicht der Wachsamkeit habe nämlich Frankreich alles Interesse daran, die Friedensstimmung in Deutschland zu fördern.

Die gegen Frankreich gerichteten Ausfälle in deutschen Zeitungen und in Wahlreden deutscher Politiker könne er nicht tragischer nehmen als ähnliche Vorkommnisse in Frankreich. Maßgebend für ihn sei lediglich die offizielle Politik der Reichsregierung. Er bleibe also dabei, daß er keinen Grund habe, seine Politik der Versöhnung und Verständigung aufzugeben. Finde man aber einen anderen Außenminister, der eine andere Außenpolitik treiben wolle, dann solle dieser zeigen, ob seine Politik wirklich zum Wohle Frankreichs sei. Wenn man aber die Verständigungspolitik nicht liebe, dann solle man sie aber auch nicht billigen aus Gründen, die nichts mit außenpolitischen Erwägungen zu tun hätten. Man habe auch nicht das Recht, ihn auf das schamloseste zu verleumden und vor dem Ausland lächerlich zu machen. Er protestiere noch einmal dagegen, daß man ihn mit Worten vergifte.

Dem Gift ziehe er die Kugel vor. Das sei jedenfalls sauberer.

Die Sitzung wird darauf auf 10 Uhr zur Nachtsitzung vertagt, um den morgigen Tag für die sozialistischen Interpellationen über den Börsenkrach und den Skandal Oustric freizuhalten.

Karl Bücher gestorben.

Leipzig, 13. November.

Am 12. November abends ist in Leipzig der bekannte Volkswirtschaftler und Begründer der Zeitungswissenschaft, Professor Karl Bücher, im 84. Lebensjahre gestorben.

*

Karl Bücher kam auf einem abwechslungsreichen Lebensweg an die Leipziger Universität. Ursprünglich neun Jahre Gymnasiallehrer, dann zwei Jahre Redakteur der „Frankfurter Zeitung", Privatdozent in München, Professor in Dorpat, Basel und Karlsruhe — bis er im Jahre 1892 nach Leipzig berufen wurde. Er war damals 45 Jahre alt.

Seine wissenschaftliche Leistung lag in seinen Studien zur Entwicklungsgeschichte der europäischen Wirtschaft, seine Hauptwerke sind „Die Entstehung der Volkswirtschaft", eine Aufsatzsammlung, in der er seine Theorie der Wirtschaftsstufen entwickelt, und „Arbeit und Rhythmus".

Als Dozent und als Direktor der Vereinigten staatswissenschaftlichen Seminare an der Leipziger Universität war er ein großer Lehrer, der nicht nur durch seine Kenntnisse, sondern auch durch seine Persönlichkeit eine starke Wirkung auf seine Schüler ausübte. Viele namhafte Nationalökonomen und Staatsmänner sind durch seine Schule gegangen. Eine feste liberale und demokratische Gesinnung, ein stetes Streben, die Unabhängigkeit der Wissenschaft zu wahren, gaben ihm eine besonders ausgezeichnete Stellung. Unter den Kontroversen, die er ausgefochten hat, ist die gegen die Unternehmerprofessuren eine der für sein Wesen charakteristischste.

Im Jahre 1917 trat Bücher vom Lehramt zurück. Er widmete sich nun gänzlich dem von ihm geschaffenen Institut für Zeitungskunde an der Leipziger Universität. Von diesem Institut aus wurde die Zeitungswissenschaft an die deutschen Universitäten eingeführt.

Von 1903 bis 1923 war er Herausgeber der „Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften, im Jahre 1919 gab er Lebenserinnerungen heraus.

Karl Bücher hat Generationen von Nationalökonomen beeinflußt, als Wissenschaftler, als Lehrer und als Mensch. In den letzten Jahren war es sehr still um ihn geworden.

Der Kampf ums Gefrierfleisch.

Heute Abstimmung im Reichstagsausschuß.

In der weiteren Beratung des Ausschusses für den Reichshaushalt über die Verbilligung von Frischfleisch, kamen in der Sitzung vom Donnerstag noch Redner aller Parteien zu Wort. Es liefen eine größere Anzahl von Anträgen ein, darunter zwei von der sozialdemokratischen Fraktion.

In dem Hauptantrag wird die Reichsregierung ersucht, sofort eine Gesetzesvorlage einzubringen, wodurch entweder die zollfreie Einfuhr eines Gefrierfleischkontingents von 100 000 Tonnen zugelassen, oder unter entsprechender Linderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes der Zoll für Gefrierfleisch auf höchstens 15 M. pro Doppelzentner herabgesetzt wird.

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages verlangt die sozialdemokratische Fraktion, daß die außer Kraft gesetzten Einfuhrerleichterungen für Gefrierfleisch mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1930 wieder in Kraft gesetzt werden.

Zwei der Anträge, und zwar ein Eventualantrag der Kommunisten und ein Antrag der Nationalsozialisten stellten sich auf den Boden der Regierungsvorlage mit der Aenderung, daß an Stelle der von der Regierung verlangten 20 Millionen sehr viel höhere Beträge für die Verbilligung von Frischfleisch angefordert werden.

Da die Anträge nur handschriftlich vorlagen, wird die Abstimmung erst zu Beginn der Freitagssitzung stattfinden.

Ein Staatskommissar für Altona.

Haushaltsausgleich unter Aufsicht.

Regierungspräsident Dr. Abegg hat Oberbürgermeister Brauer zum Staatskommissar für Altona bestellt. Am Donnerstag ist der Magistrat mit dem Staatskommissar unter Hinzuziehung der Fraktionsführer zusammengetreten, um über die Deckung des Fehlbetrages im Haushaltsplan für 1930 zu beraten. Auf Vorschlag von Oberbürgermeister Brauer hat der Magistrat gegen eine Stimme beschlossen, die Grundvermögensteuern von 300 auf 350 Proz., die Gewerbesteuer von 450 auf 475 Proz. zu erhöhen und vom 1. Dezember an die Bier- und Getränkesteuer einzuführen. Von der Einführung einer Bürgersteuer wurde Abstand genommen.

Anklageschrift gegen Rykow.

Stalin macht sechs Sowjetführern den Prozeß.

Kowno, 13. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Stalin im Zusammenhang mit der beschleunigten Einberufung der Vollsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seinen unmittelbaren Mitarbeiter Kossior beauftragt, die Anklageschrift gegen Bucharin, Rykow, Tomski, Syrzow und Krischanowski auszuarbeiten. Stalin selbst wird die Anklage gegen die Rechtsopposition in seiner großen Rede auf der Sitzung des Zentralkomitees unterstützen.

Sozialdemokratischer Landtagspräsident in Sachsen. Der Sächsische Landtag wählte am Donnerstag in der Stichwahl den Genossen Weckel zum Landtagspräsidenten. Für ihn stimmten auch die Demokraten.

Neues Besoldungssperrgesetz.

Die Einschränkung des Personalaufwands.

Neben dem Gehaltskürzungsgesetz sieht das Regierungsprogramm einen Gesetzentwurf zur Einschränkung des Personalaufwands in der öffentlichen Verwaltung vor. Dieser Gesetzentwurf, der zur Zeit vom Reichsrat beraten wird, umfaßt drei Teile: 1. die Gehaltskürzung bei Ländern und Gemeinden usw., 2. die Vereinheitlichung der Besoldung und 3. die Unterbringung der Versorgungsanwärter.

Im ersten Teil verpflichtet der Gesetzentwurf Länder und Gemeinden, Reichsbahn und Reichsbank bei ihren Beamten vom 1. April 1931 ab dieselbe 6prozentige Gehaltskürzung durchzuführen, die im Reich auf Grund des Gehaltskürzungsgesetzes erfolgen soll. Aehnlich wie im Reich sollen auch die Bezüge der Minister in den Ländern, der Landtagsabgeordneten, Stadtverordneten usw. um 6 bis 20 Proz. vermindert werden. Um die Durchführung dieser Vorschriften zu beschleunigen, sollen die Länder das Recht erhalten, die erforderlichen Maßnahmen für die Landes- und Gemeindebeamten im Wege der Verordnung zu treffen.

Der zweite Teil des Gesetzentwurfs umfaßt die Bestimmungen, die die Angleichung der Besoldungsvorschriften in Ländern und Gemeinden an die des Reichs bezwecken. Damit wird das Besoldungssperrgesetz von 1920, das Ende 1926 außer Kraft getreten ist, in veränderter Form wieder aufleben. Die Länder sollen dafür sorgen, daß ihre eigenen Beamten und vor allem die Beamten der Gemeinden finanziell nicht besser gestellt werden als die Reichsbeamten der entsprechenden Gruppen. Der Reichsfinanzminister soll berechtigt sein, sich durch Stichproben von der Durchführung dieses Grundsatzes zu überzeugen und erforderlichenfalls Einspruch gegen eine Besoldungsordnung zu erheben. Ueber diesen Einspruch entscheidet — ähnlich wie unter dem Besoldungssperrgesetz von 1920 — ein Reichsschiedsgericht, das beim Reichsgericht gebildet wird.

In einem dritten Abschnitt sieht der Gesetzentwurf schließlich eine Reihe von Maßnahmen vor, die die Unterbringung der Versorgungsanwärter aus der Reichswehr und der Polizei in Beamtenstellen der Länder, Gemeinden und Betriebsverwaltungen erleichtern sollen. Zu diesem Zweck wird bis zum 31. März 1935 eine Stellensperre für Zivilanwärter gefordert. Die Uebernahme der Militäranwärter hat große finanzielle Bedeutung, denn die zur Zeit nicht untergebrachten 35 000 Anwärter belasten das Reich mit jährlich 40 Millionen für die Zahlung der Uebergangsgebührnisse. Das Reich beabsichtigt, für seine eigenen Verwaltungen dieselben Vorschriften jeweils in die Reichshaushaltsgesetze aufzunehmen.

Da der Gesetzentwurf zum Teil in wohlerworbene Rechte der Beamten eingreift, die nach der Verfassung geschützt sind, ist er auch nach Meinung der Reichsregierung verfassungsändernd.

Das Hauptstück dieses Gesetzentwurfs ist der Versuch, in Reich, Ländern und Gemeinden einheitliche Besoldungsgrundsätze durchzuführen. Die Begründung verweist darauf, wie sowohl nach dem Erlaß des Reichsbesoldungsgesetzes von 1920 als auch von 1927 Länder und Gemeinden bei ihren Besoldungsneuordnungen wesentlich über die Sätze des Reichs hinausgegangen sind. Da sich die Festsetzung der Beamtengehälter auf Grund der verschiedenen Besoldungsordnungen immer mehr zu einer Geheimwissenschaft entwickelt hat, ist die Oeffentlichkeit sehr schwer in der Lage, sich über die wirklichen Verhältnisse ein zutreffendes Bild zu machen.

Die Begründung bringt aber einige Beispiele dafür, in welchem Umfange Länder und Gemeinden in vielen Fällen ihre Beamten günstiger gestellt haben als die Reichsbeamten. Ein Stadtassistent erhält z. B. 700 M. mehr, ein Stadtsekretär 900 M. mehr als der entsprechende Reichsbeamte. Der Gemeindevorsteher einer Landgemeinde von noch nicht 1000 Einwohnern bezieht das Gehalt eines Oberregierungsrats. Der Landeshauptmann einer preußischen Provinz erhält 2000 M. mehr als der Oberpräsident. Dazu kommen Vergünstigungen bei den Beförderungen, bei der Festsetzung des Besoldungsdienstalters, bei den Ruhegehältern, Dienstaufwandsentschädigungen usw. usw.

Das Bild, das die Begründung von diesen Zuständen entwirft, ist für den Sachkenner nicht überraschend. Die Sozialdemokratie hat seit jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß eine unterschiedliche Behandlung zwischen Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten höchst unerwünscht ist. Dieses Messen mit zweierlei Maß schafft Mißstimmung bei den Benachteiligten, verstärkt das Drängen nach Besoldungsverbesserungen und erschwert die Verwaltungsreform. Deshalb hat die Sozialdemokratie auch in ihren Richtlinien vom 23. Juli 1930 die Forderung aufgestellt, daß die Gehaltsordnungen der Länder, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts die Gehaltssätze der Reichsbesoldungsordnung nicht übersteigen dürfen.

Die Verhandlungen der Reichsrats-Ausschüsse.

Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats setzten am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich die Beratung des Gesetzentwurfs über die Senkung der Realsteuern fort. Die Vorlage wurde in erster Lesung erledigt. Eine zweite Lesung soll in der nächsten Woche stattfinden.

Die Ausschüsse begannen dann die zweite Lesung des Ausgabenbegrenzungsgesetzes, das bestimmt, daß die Ausgaben in den Jahren 1932 und 1933 nicht höher sein dürfen als 1931. Strittig ist hier bekanntlich besonders die Stellung der Gemeinden, die darauf hinweisen, daß eine solche Begrenzung der Haushaltsausgaben durch den dauernden Zugang von Wohlfahrtsunterstützungsempfängern außerordentlich erschwert werde.

Preußen beantragt Kürzungen beim Wehretat.

Im weiteren Verlauf der Donnerstagsitzung, in der der Reichsetat beraten wurde, beantragte die preußische Regierung wesentliche Kürzungen sowohl am Heeres- wie am Marineetat. An dem Haushalt der Reichsmarine sollen 10 Millionen gespart werden. Wesentlich höher sind die von Preußen beantragten Kürzungen am Reichswehretat. Ob die preußischen Anträge eine Mehrheit im Reichsrat finden werden, ist vorläufig noch nicht sicher.

Ein Saar-Prozeß.

Drei Gendarmen verurteilt.

In der Nacht zum 22. Mai hielten drei saardeutsche Landjäger ein Auto an. Der Insasse hatte keinen Ausweis. Da er angab, Becker zu heißen und Reichsdeutscher zu sein, brachten die Landjäger ihn gemäß Dienstanweisung der Saarregierung an die Reichsgrenze. Die deutsche Polizei verhaftete Becker als langgesuchten Schwerverbrecher; bald erkannte man in ihm auch einen Spion für Frankreich. Die drei Landjäger aber wurden sofort entlassen und der Freiheitsberaubung angeklagt und die Strafkammer verurteilte sie zu je zwei Monaten Gefängnis mit fünf Jahren Strafaufschub.

Franzens Bürgersteuer.

Im Braunschweiger Landtag stimmten die nationalsozialistischen Abgeordneten gegen die von ihrem Minister Franzen eingebrachte Bürgersteuer.

Und da verließen sie ihn . . .

Sturm im Landtag.

Gegen deutschnationale Freunde der Rowdystudenten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Abg. **Borck** (Dnat.) einen Antrag seiner Fraktion ein, der sich mit den Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei vor dem Berliner Universitätsgebäude beschäftigt. Der Abg. Borck beantragte, diesen Antrag sofort als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, da der Landtag nach Ansicht seiner Fraktion beschleunigt gegen derartige Auswüchse des Polizeiregiments einschreiten müsse. Es sei ein Hohn auf die verfassungsmäßig zugesagte Freiheit, wenn man die akademische Jugend von ihrem Universitätshof herunterprügele, nur weil sie ihrem unterdrückten Freiheitswillen nach akademischem Brauch Luft mache. Als der Redner erklärte: Der Landtag muß sich dagegen verwahren, daß ein System, das aus dem Verbrechen der Novemberrevolution entstanden ist . . ., wurde er von der Linken stürmisch unterbrochen und durch andauernde Schlußrufe am Weitersprechen verhindert.

Präsident **Bartels** ruft den Redner zur Ordnung. Die weiteren Ausführungen des Abg. Borck gehen im allgemeinen Lärm unter.

Abg. **Hellmann** (Soz.) wies darauf hin, daß die Deutschnationalen in der eben beendeten Sitzung des Aeltestenrats keine Wünsche zur Tagesordnung geäußert hätten. Daraus ergebe sich, daß es ihnen nicht auf eine sachliche Klärung der Vorfälle ankomme, sondern lediglich auf einen aus agitatorischen Gründen vorgebrachten Angriff auf die Regierung. Zu den letzten Ausführungen des Abg. Borck bleibt zu sagen,

daß dieser es dem aus dem angeblichen Novemberverbrechen hervorgegangenen Staat verdankt, wenn er Polizeioffizier geworden ist und sich als solcher nicht scheut, von dem Staat Pension zu beziehen, den er beschimpft.

Der Redner widersprach der sofortigen Behandlung des deutschnationalen Antrags.

Als der Abg. Borck (Dnat.) das Wort zur Erwiderung ergreifen wollte, erhob sich bei den Linksparteien ein so starker Lärm, daß er sich nicht verständlich machen konnte.

Die sofortige Beratung des deutschnationalen Antrags war durch den Widerspruch der Sozialdemokraten unmöglich gemacht.

Das Haus begann hierauf die dritte Beratung der Durchführungsbestimmungen zur

Gemeindebier-, Getränke- und Bürgersteuer.

Abg. Dr. **von Kries** (Dnat.) unterstrich den Antrag seiner Fraktion, das Staatsministerium möge sich vor seiner Stellungnahme zum Reichsfinanzprogramm im Reichsrat darüber im Landtag äußern.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff

äußerte sich über das Reichsfinanzprogramm. Bei dem Besoldungssperrgesetz habe die preußische Regierung Bedenken nicht etwa gegen eine Angleichung der Bezüge an diejenigen im Reich, sondern deshalb, weil entsprechende Maßnahmen von ihr bereits durchgeführt seien und sie Bedenken gegen eine nochmalige Durchführung habe. Sie werde daher eine Aenderung des Gesetzes dahin beantragen, daß eine Wiederholung des durchgeführten Verfahrens nicht stattzufinden brauche. Der Minister richtet an die Beamtenschaft den Appell, die Gehaltskürzungsmaßnahmen verständnisvoll zu ertragen, da sich am 1. April vielleicht ergeben werde, daß die Gehälter nicht herabgesetzt, sondern dem gesunkenen Preisstand angeglichen worden seien. Die Reichsregierung habe den festen Willen, die Preissenkung weiterhin energisch zu betreiben und durchzuführen.

Gegen die im Reichsfinanzprogramm vorgesehene Mitwirkung des Reiches bei der Gestaltung der Länderhaushalte habe er keine Bedenken, vielmehr begrüße er sie, da dann auch das Reich die Ueberzeugung gewinnen werde, daß die Ersparnismöglichkeiten innerhalb des preußischen Haushalts die Grenze erreicht hätten.

Die Absichten, die die Reichsregierung zur Erzielung einer sparsameren Rechtspflege verfolge, gehen auf preußische Anregung zurück. Ein entsprechender Gesetzentwurf werde für Preußen eine jährliche Ersparung von sechs Millionen bringen. Bezüglich der Verwaltungsvereinfachung, d. h. Aufhebung von Lokalbehörden, seien preußische Vorschläge in Vorbereitung. Die geplante Einheitssteuer für Landwirtschaft und Gewerbe sei zu begrüßen. Ebenso verdiene das geplante Steuervereinheitlichungsgesetz allgemeine Billigung. Bedenken seien dagegen zu erheben hinsichtlich der Neuregelung der Wohnungswirtschaft und der Realsteuersenkung. Preußen würden danach im nächsten Jahre nur 120 Millionen Mark Hauszinssteuermittel für die Neubautätigkeit zur Verfügung stehen, ein Betrag, der in keinem Verhältnis zum Bedarf stehe.

Deshalb habe die preußische Regierung vorgeschlagen, die Hauszinssteuermittel für die Neubautätigkeit nicht um die Hälfte, sondern um ein Drittel zu kürzen.

Die Senkung der Realsteuern könne nach Ansicht der Staatsregierung nur an solchen Orten erfolgen, wo die Realsteuersätze überspannt seien, d. h. in Gemeinden, in denen die Zuschlagssätze über dem Landesdurchschnitt lägen. Er hoffe, daß die Abänderungsanträge der preußischen Regierung eine Mehrheit im Reichsrat, aber auch die Zustimmung der Reichsregierung finden mögen.

Abg. **Kloft** (Z.) dankte dem Finanzminister für die ausführliche Auskunft über die schwebenden Finanzfragen und wies auf die Notwendigkeit hin, den Gemeinden angesichts ihrer erhöhten Lasten, hauptsächlich auf dem Gebiete der Wohlfahrt, eine Ausgleichsmöglichkeit zu geben.

Abg. Szillat (Soz.):

Wenn man jetzt, um die Preissenkungsaktion rascher in Gang zu bringen, an die Konsumvereine herantritt, dann muß man auch konsequent sein und die Sonderbelastung der Konsumvereine wieder abbauen. Die Debatte erweckt den Anschein, als seien die Getränke- usw. Steuern durch eine preußische Notverordnung eingeführt worden.

Verschiedene Parteien bringen hier zum Ausdruck, was sie im Reich nicht vorzubringen wagen.

Besonders die Deutsche Volkspartei sollte ihre entschiedene Haltung gegen die in der Notverordnung enthaltenen Steuern lieber im Reichstag zum Ausdruck bringen, da dort die Möglichkeit besteht, die Verordnung zu ändern. Am 31. Dezember 1929 gab es in den Kommunen von über 25 000 Einwohnern 242 508 Wohlfahrtserwerbslose. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger und Krisenbetreuten betrug damals 585 673. Am 30. September 1930 aber hatten die Kommunen 878 000 Wohlfahrtserwerbslose bei 1,128 Millionen Hauptunterstützungs- und Krisenfürsorgeempfängern.

Uns ist unverständlich, wie man es angesichts dieser Zahlen wagen will, den Gemeinden noch weiter die Mittel zu kürzen.
(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die Pläne der Reichsregierung gegen die Hauszinssteuer voll durchgeführt werden, dann wird die Wohlfahrtsbelastung der Gemeinden sich so steigern, daß eine geordnete Finanzwirtschaft der Kommunen überhaupt nicht mehr denkbar ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir stimmen den Durchführungsbestimmungen zu, wenngleich wir keine Freunde der Bürgersteuer sind, aber es handelt sich ja hier nur um die Ausführung eines Reichsgesetzes, und zwar eines solchen, das gemacht wurde, ohne daß wir selbst in der Regierungskoalition waren. Wir unterscheiden uns in unserer Haltung von den Nationalsozialisten, weil wir verantwortungsbewußte Politik grundsätzlich treiben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schwenk** (Komm.) bezeichnete die Bürgersteuer als unsozialste aller Massensteuern.

Abg. Dr. **Neumann** (DVP.) begrüßte die Einführung der Bürgersteuer, wenn sie in der jetzigen Form auch nicht ganz den Wünschen der Deutschen Volkspartei entspräche.

Abg. **Grüter** (Wirtsch.-P.) betrachtete die Bürgersteuer als einen Vorläufer zu den unbedingt notwendigen Zuschlägen zur Einkommensteuer. Angesichts der schlechten Erfahrungen, die man mit der Reichsbiersteuer gemacht habe, lehne seine Fraktion die Gemeindebier- und Gemeindegetränkesteuer ab.

Die Durchführungsbestimmungen wurden in namentlicher Abstimmung mit 251 gegen 146 Stimmen endgültig verabschiedet.

Es folgen die Großen Anfragen über die

Neuerrichtung pädagogischer Akademien.

Abg. **Oelze** (Dnat.): Der Bedarf an Lehrern ist für einige Jahre noch gedeckt. Wir sind deshalb gegen neue Akademien, aber besonders gegen eine weltliche Akademie, die keine gesetzliche Grundlage hat.

Abg. Dr. **Schwarzhaupt** (D. Vp.): Weltliche Schulen und dissidentische Lehrerakademien sind nicht verfassungsmäßig. Wir lehnen weltliche Lehrerakademien aber auch grundsätzlich ab, weil sie uns noch über die konfessionelle Zersplitterung hinaus vom Ziel der nationalen Einheitsschule entfernen.

Kultusminister Dr. Grimme:

Das Staatsministerium hat, als es am 24. Oktober die Errichtung von vier neuen Akademien beschloß, einer katholischen in Spandau, einer allgemeinen in Berlin und zweier evangelischer in Potsdam und Königsberg i. Pr., nicht entfernt an eine Brüskierung der evangelischen Bevölkerung gedacht. Es bestehen fünfzehn Akademien, davon eine simultan, zwei katholisch und zwölf rein evangelisch. (Hört, hört! links.)

Der evangelische Volksteil hat also gegenüber allen übrigen Gruppen einen ganz gewaltigen Vorsprung.

(Sehr wahr!) **Am liebsten hätten wir in Berlin eine große**

Simultanakademie errichtet. Aber bei den realpolitischen Gegebenheiten ist das ja leider nicht durchzusetzen. So nahmen wir drei Akademien entsprechend der weltanschaulichen Zusammensetzung in Aussicht, eine evangelische, eine katholische und eine dritte für alle Volkskreise, die eine kirchlich-konfessionell gebundene Erziehung nicht wünschen. Hätten wir diese Kreise gar nicht berücksichtigt, müßten sie sich mit Recht als Parias im Staate ansehen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Aber wir meinen es ernst mit der Parität gegenüber allen Volksgenossen.

Wer weite Volkskreise, die sich auf konfessionellen Akademien nicht ausbilden lassen wollen, entgegen ihrem Gewissen dazu zwingt, verletzt die einfachsten Pflichten der Loyalität und Parität. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Abgeordneten als Mittler zwischen Volk und Regierung haben nicht nur die Aufgabe, der Regierung gegenüber den Volkswillen durchzusetzen, sondern auch die Pflicht, die Wähler über den ehrlichen Willen der Regierung zum Ausgleich der weltanschaulichen Gegensätze aufzuklären. Parteien, die sich aus agitatorischen Gründen dieser Pflicht entziehen, zeigen damit nur ihren Mangel an Staatsgesinnung. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.) **Wir werden sehen, wem Toleranz und Parität mehr als eine Phrase sind.** (Lebhafter Beifall.)

Abg. König-Potsdam (Soz.):

Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei verrät nicht die leiseste Spur von Liberalismus mehr. Wir werden auf die rechtlichen und finanziellen Fragen im Ausschuß zurückkommen. Aber grundsätzlich ist die Lage doch so, daß alle Eltern ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden können und die Kinder selbst vom zwölften Lebensjahre ab freie Entscheidung über konfessionelle oder nichtkonfessionelle Erziehung haben. Wir stehen vor der Tatsache, daß Hunderttausende von Kindern vom Religionsunterricht tatsächlich abgemeldet werden. Es handelt sich aber nicht nur um die Religionsstunden, sondern in der konfessionellen Schule soll die Religion ja bekanntlich den Unterricht in allen Gesinnungsfächern durchdringen.

Kinder und Eltern werden also in ihrer Gewissensfreiheit beeinträchtigt, wenn man sie in die Konfessionsschule zwingt.

Deshalb haben die Kultusminister Haenisch, Boelitz, Becker die Sammelschulen geschaffen. Bestehen sie, dann brauchen sie auch dafür ausgebildete Lehrer. Wir gewähren aus ehrlicher Toleranz und Parität den Evangelischen und Katholischen ihre Akademien. Will man sie den Freidenkern verweigern? Die rechtliche Grundlage allgemeiner Lehrerakademien wäre genau dieselbe wie die rechtliche Grundlage der Universitäten, zu denen ja auch jeder ohne Rücksicht auf Konfession Zutritt hat. Heute wird den Dissidenten nicht nur der Zugang zur Anstellung verwehrt, sondern auch die Lehrertätigkeit an Privatschulen unmöglich gemacht.

Im Namen der Gewissensfreiheit, der Toleranz und Parität fordern wir die Lehrerakademie, die jedem ohne Rücksicht auf seine religiöse oder weltanschauliche Stellung zugänglich ist.
(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Rüffer** (Dnat.): Die evangelische Bevölkerung lehnt weltliche Akademien ab. Die Niederlage des schwarzroten Blocks bei der nächsten Wahl wird diesen Gedanken erledigen.

Abg. **Brockmann** (Z.): Wir sind gegenwärtig gegen alle neuen Akademien. Im alten katholischen Lehrerseminar in Breslau ist jetzt eine evangelische Lehrerakademie. Kein Katholik in ganz Deutschland hat dagegen protestiert. Die Rechtsparteien hier erheben ein großes Geschrei, weil nach — Spandau, einer angeblich historischen Stätte des Protestantismus, eine katholische Lehrerakademie gelegt werden soll. Eine Lehrerakademie nicht für Berlin, sondern für den ganzen Osten Preußens. Wie sollen wir bei solcher Unduldsamkeit weiter evangelischer Kreise jemals zum konfessionellen Frieden in Deutschland kommen? (Sehr gut! im Zentrum.)

Abg. **Boelitz** (D. Vp.): Die Sammelklassen können nur als rein verwaltungstechnische Maßnahmen toleriert werden. Weltliche Schulen und weltliche Lehrerakademien verstoßen gegen die Verfassung.

Nach weiterer Debatte werden die Anträge dem Hauptausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr: Kleinere Vorlagen, Anträge über die Not der Landwirtschaft.

Das Schicksal der Kroll-Oper.

Die Volksbühne verlangt Einhaltung der Vereinbarungen.

Der Vorstand der Volksbühne hat am Donnerstag das folgende Schreiben an den preußischen Kultusminister gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister!

Von gewisser Seite wird seit einigen Tagen gegen die Unterfertigung des vereinbarten Abkommens über die Auflösung des Kroll-Vertrages eine lebhafte Propaganda entfaltet. Dabei wird, wie Ihnen bekannt sein dürfte, mit einer Fülle unrichtiger und entstellender Behauptungen gearbeitet. Der Vorstand der Volksbühne E. V. sieht sich deshalb veranlaßt, noch einmal in aller Form folgendes festzustellen:

Die Volksbühne hat für die Erbauung der Oper am Platz der Republik außerordentliche Opfer gebracht. Nach sachmännischer Berechnung hat sie bei der Uebergabe des Hauses an die Staatsverwaltung dieser Bauwerte in Höhe von etwa 3 Millionen Mark (in heutiger Währung) übereignet, während sie nur eine Barabgeltung von 218 000 M erhielt. Sie war damit einverstanden, daß ihr als Gegenwert für die verbleibende Summe und aus Gründen sozialer Kunstpflege ein 25 Jahre laufender Vertrag mit dem Anspruch auf die Lieferung einer größeren Anzahl billiger Plätze gegeben wurde.

Nicht von der Volksbühne, sondern von den Vertretern der Staatsverwaltung wurde nun infolge des Landtagsbeschlusses vom 7. Mai 1930 das Verlangen gestellt, daß dieser Vertrag aufgelöst werde. Es ist Ihnen bekannt, daß sich die Volksbühne lange gegen dieses Verlangen gesträubt hat. Schließlich aber hielt sich die Volksbühne verpflichtet, den Wünschen der Staatsverwaltung entgegenzukommen; d. h. sie trat in Verhandlungen über eine Auflösung des Vertrages ein. Es war für alle an der Verhandlung Beteiligten von vornherein selbstverständlich, daß der Volksbühne bei Aufgabe des Anspruchs auf die ihr zustehenden verbilligten Plätze der Kroll-Oper eine namhafte Abfindung gewährt werden müsse. Die Volksbühne hat dabei, wie Ihre Sachbearbeiter bestätigen werden, gewiß keine intransigente Stellung eingenommen. Die von den Vertretern ihres Ministeriums, nicht von den Unterhändlern der Volksbühne zunächst gemachten Vorschläge für die Ablösung des Vertrages gingen weit über das hinaus, was jetzt vertraglich festgelegt ist. Nicht einmal, sondern mehrmals haben die Vertreter der Volksbühne eingewilligt, daß eine bereits erzielte Verständigung von den Vertretern der Ministerien zuungunsten der Volksbühne abgeändert wurde, weil innerhalb der beteiligten Ministerien oder nach Fühlungnahme mit den Parteien des Landtags Bedenken aufgetaucht waren. Die Volksbühne ist tatsächlich an die äußerste Grenze entgegengekommen. Sie muß es nun aber ablehnen, daß die in allen Einzelheiten gründlich durchberatenen und endgültig festgelegten Abmachungen neuerdings angefochten werden.

Der Vorstand der Volksbühne hält sich an die getroffenen Vereinbarungen nur bis zum 20. des Monats gebunden. Wenn bis dahin nicht der Vertrag unterfertigt ist, muß sich die Volksbühne die Freiheit wahren, für eine Auflösung des Vertrages andere, ihr günstigere Bedingungen zu stellen. Selbstverständlich ist sie aber auch damit einverstanden, daß der laufende Vertrag nach wie vor in Kraft und die Kroll-Oper erhalten bleibt.

Es wird in der Polemik gegen die getroffenen Vereinbarungen auch erklärt, daß die Volksbühne gar nicht mehr imstande sei, den Kroll-Vertrag zu erfüllen. Insbesondere hat, wie uns bekannt geworden ist, Herr Generalmusikdirektor Klemperer vor Landtagsabgeordneten wiederholt erklärt, daß Vertreter der Volksbühne selbst ihm die Unmöglichkeit einer Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen seitens der Volksbühne zugegeben hätten. Tatsächlich ist von einem Vertreter der Volksbühne Herrn Klemperer gegenüber nur gesagt worden, daß die Volksbühne bei ihrer zur Zeit durch die Krise verminderten Mitgliederzahl durch die restlose Abnahme der vertraglich vereinbarten Platzzahl in gewisse Schwierigkeiten kommen könne. Von einer Unmöglichkeit der Vertragserfüllung kann gar keine Rede sein.

Die Volksbühne hat in der laufenden Spielzeit, wie Ihnen bekannt ist, alle ihr zufallenden Plätze abgenommen und bis auf den letzten Pfennig bezahlt. Sie ist dazu auch weiterhin in der Lage. Ihr Haus am Bülowplatz stellt einen nur mäßig belasteten Gegenwartswert von 5 Millionen Mark dar.

Für das nächste Spieljahr ist überdies ein neuer Organisationsplan ausgearbeitet, der es der Volksbühne möglich machen würde, ohne jede Zubuße alle 220 000 Plätze zu belegen, ja, der ihr sogar die Abnahme der ursprünglich vertraglich vorgesehenen 350 000 Plätze erlauben würde. Die Leitung der Volksbühne muß allerdings darauf hinweisen, daß sie in diesem Falle auch wieder vertragsgemäß die Beteiligung ihrer Mitglieder an sämtlichen Vorstellungen der Kroll-Oper verlangen müßte, so daß die Abgabe geschlossener Vorstellungen an andere Organisationen usw. in Fortfall kommen müßte. Auch sonst ist darauf hinzuweisen, daß die weitere Durchführung des Kroll-Vertrages die Volksbühne zu organisatorischen Maßnahmen veranlassen würde, die sich für die Finanzen der Kroll-Oper im allgemeinen nicht günstig auswirken dürften. Auf Wunsch ist die Volksbühne jederzeit bereit, diese Feststellungen im einzelnen zu belegen.

Die Volksbühne wird sich erlauben, dieses Schreiben auch der Presse zu übermitteln, damit der Sachverhalt in aller Oeffentlichkeit einwandfrei klargestellt wird."

Zwei Nobelpreisträger.

Der Preis für Chemie kommt nach Deutschland.

Die schwedische Akademie der Wissenschaft hat am Donnerstagabend den Nobelpreis für Chemie dem Professor Hans Fischer von der Technischen Hochschule in München zuerteilt. Er erhielt den Preis für seine Arbeiten über die Konstitution der Blut- und Blattfarbenstoffe und für die Synthese des Hämin. — Damit sind insgesamt nicht weniger als 14 chemische Nobelpreise an Deutschland gefallen, d. h. mehr als die Hälfte aller überhaupt erteilten Nobelpreise für Chemie.

Der diesjährige Nobelpreis für Physik wurde dem Inder Sir Chandraselhaara Venkata Raman aus Kalkutta zugesprochen. Der bekannte indische Physiker erhielt den Preis für seine Untersuchungen über Diffusion des Lichtes und die Entdeckung des nach ihm benannten Effektes.

Hakenkreuz-Obst in der Staatspartei. Das außenpolitische, fast im nationalistischen Fahrwasser segelnde Referat des Professors Obst auf dem Parteitag der Staatspartei in Hannover hat in weiten Kreisen der Staatspartei lebhafte Kritik hervorgerufen. Jetzt hat sich die Parteileitung der Staatspartei veranlaßt gesehen, in dem ersten von ihr herausgegebenen Rundschreiben die Feststellung zu treffen, daß einzelne Formulierungen des Referats von Obst nicht als parteiverbindlich anzusehen seien. Demgegenüber ist darauf zu verweisen, daß das Referat dem Parteitag in Hannover schriftlich sozusagen als Programm unterbreitet worden ist.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 3 Beilagen und „Stadtbeilage".

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat

Billige Lebensmittel

Zusendung bei Bestellung von 5 M an
Leicht verderbliche Artikel sind vom Versand ausgeschlossen

Frisches Fleisch

Suppenfleisch	Pfund 0.88	Kalbsnierenbraten	0.98
Rinderkamm und Brust	0.90	Kalbskeule ganz u. gelöst bis 9 Pfd., Pfd.	1.00
Roastbeef mit Knoch., Pfd.	1.10	Hammel-Vorderfleisch	1.02
Schmorfleisch 1.10 o. Kn.	1.24	Fr. Bratwurst Spezialität, Pfund	1.18
Gehacktes u. Liesen	0.85	Schweinerücken u. Bauch	0.92
Gulasch	Pfund 1.00	Schweineschinken und Kamm, Pfund	0.95
Rückenfett bratfertig, Pfd.	0.85	Fr. Rinderzungen Pfd.	1.24
Kasler mild gesalzen, Pfund	1.08	Nierentalg ausgelassen Pfund	0.55
Kalbskamm u. Brust	0.94	Rinderkamm gefroren	0.84

Fische

Rotbars ohne Kopf, Pfund von an	0.16
Schellfisch Pfund von an	0.18
Seelachs ohne Kopf, ganze Fische, Pfund v. an	0.20
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfd. v. an	0.23
Fischfilet Pfund von an	0.30
Grüne Heringe 3 Pfund v. an	0.65
Zander gefroren, Pfd. v. an	0.58
Spiegelkarpf. lebend, Pfd. v. an	0.98
geräuchert:	
Fettbücklinge Pfd. v. an	0.38
Schellfisch u. Makrelen Pfund von an	0.42
Seelachs, Rotbars Pfd. v. an	0.48
Kieler Bücklinge Pfd. v. an	0.48
Aale Buna v. an 0.28 Pfd. v. an	2.30
Lachs in Stücken, Pfd. von an	1.30
Bratheringe, Rollmops, Hering i. Gelee, Bismarckhering, Kronsardinen	1/1 Liter-Dose 48 Pf.

Obst u. Gemüse

Musäpfel 2 Pfund	0.45
Kochbirnen 2 Pfd.	0.45
Hasenköpfe Pfund	0.30
Amerikan. Äpfel Pfd.	0.38
Tafeläpfel aus der Krim u. Kalifornien Kiste ca. 45 Pfd. br. 16.75, Pfd.	0.48
Feigen Pfund	0.28 0.32
Bananen 3 Pfund	0.98
Almeria-Trauben Pfd.	0.68
Rot-, Weiß- und Wirsingkohl 4 Pfund	0.10
Sellerie Pfund	0.06 0.09
Möhren u. Zwiebeln	0.04
Rote Rüben 4 Pfd.	0.20
Märk. Rübchen 3 Pfd.	0.25
Rosenkohl Pfund	0.20
Kartoffeln 10 Pfd.	0.20
Winterkartoffeln Pfd. Zentner von an	2.40

Zusendung in Groß-Berlin per Ztr. 0.50, Sackpfand 0.50

Gänse Oderbruch. Hühner Pfd. v. an 92 Pf.

Hasen u. Kaninchen gestreift u. ausgewart. Pfund von an 95 Pf.

Enten Pfund von an 1 M

Hirschfleisch Pfund von an 45 Pf. Stell Pfd. v. an 80 Pf. Keule, Rücken Pfund von an 1.05

Fasanen Stück von an 2.60

Gebr. Kaffee eigene Rösterei Pfund von an 1.90
Spezial-Mischung mit 20% Bohnenkaffee 0.62
mit 40% Bohnenkaffee 0.98

Brot vorgeschrieb. Gewicht 1/2 23 Pf. 1/1 45 Pf.
4 Brötchen 10 Pf.

Konserven

Spinat	0.44	Karotten in Dose geschnitten	0.28
Schnittbohnen	0.39		0.52
Gemüse-Erbsen			0.54
Kaiserschoten			1.45
Haushalt-Gemüse			0.70
Gemischtes Gemüse mittelfein	0.98	fein	1.45
Pfifferlinge			1.35
Steinpilze			1.45

Senfgurken		1/1 Dose	0.75
Bruchspargel		mittelstark	2.05
Stangenspargel		mittelstark	2.25
Apfelmus	0.58	extra	0.78
Pflaumen	0.60	ohne Stein	0.76
Mirabellen			0.95
Kalif. Pfirsiche		halbe Frucht	1.12
Ölsardinen		port., Klubd.	0.38
Norw. Heringe		i. Tomat.	0.58

Vierfr.-Marmelade 0.85 **Konfitüre** in 1/1 Einmach Pflaumen 0.95
Orange, Aprik., Johannisb. 1.15 Kirsch, Erdbeer, Himbeer 1.30

Wurstwaren

Wien. Würstchen Paar	0.16
Dampf- u. Rotwürst	0.98
Fleischwurst und Brühpolnische	1.05
Landleberwurst Pfund	1.20
Schinkenpolnische	1.20
Mettwurst (Braunschweig. Art) Pfund	1.20
Kümmel- u. Jagdw.	1.45
Leberwurst feine u. Filetwurst	1.50
Zervelat u. Salami Pfd.	1.60
Teewurst 1.60 grobe	1.75
Zervelatwurst westfäl., i. Felldarm	1.80
Speck fett v. an 0.98 mager	1.30
Gekochter Schinken ohne Schwarte, geschnitt., 1/4 Pfd.	0.48

Königstr., Rosenthaler Str., Moritzplatz:
Sülze 0.55 Speckw. 0.80
Berliner Mettwurst 1.90

Käse u. Fett

Camembert vollfett, Schachtel	0.25
Harzerkäse od. Spitzlinge Kistchen	0.52
Limburger 0.54 vollfett	0.90
Tilsiter Art ohne Rinde, halbfett, Pfund	0.70
Münster Art vollfett, Pfd.	0.84
Tilsiter vollfett, Pfd. von an	0.82
Dän. Schweizer 1/2 fett Pfund	0.84
Steinbuscher vollfett, Pfd.	0.90
Edamer und Holländer vollfett, Pfund	0.90
Schweizer bayr., vollfett Pfund von an	1.18
Margarine Pfund	0.44 0.58
Kokosfett 1-Pfund-Tafel	0.48
Molkereibutter Pfund	1.38
Tafelbutter Pfund	1.50 1.60
Dän. Butter Pfd.	1.72

Kolonialwaren

Vikt.-Erbsen	grüne Erbsen	Pfund 0.22 0.19
Bohnen weiße		Pfund 0.24 0.20
Linsen		Pfund 0.24 0.20
Weizengrieß		Pfund 0.27
Makkaroni Hartgrieß, Bruch, Pfund		0.45
Eier-Fadennudeln 0.45		0.50
Kartoffelmehl		Pfund 0.16
Tafelreis unpoliert		0.19 0.28
Auszugmehl Pfd.		0.26 0.29
Sultaninen Pfund		0.32 0.50
Korinthen Pfund		0.45 0.54
Zitronat		Pfund 1.20
Mandeln süß		1.60 1.95

Wein

Preise für 1/1 Flasche, ohne Glas

1929	Oberhaardter	0.75
1929	Hainfeld. Letien liebl.	0.85
1928	Siefersheim. Sandberg	1.00
1928	Plattener Neuberg Tischmosel	1.20
1928	Liebfraumilch bl. Kaps,	1.30
1924	Chât. Reignac Bord.	1.40

Billige Naturgewächse

1929	Gumbsheim. Fuchsloch Wachstum Mattern	0.98
1928	Dürkheim. Feuerberg Rotwein	1.00
1928	Malkammerer Schlangengässel Wachstum Erath	1.50
1928	Liesener Niederberg Wachstum Schumann	1.90

Halb & Halb Liter 3.75
Nordhäuser Korn Literfl. 3.80
Wein und Spirituosen vom Faß zu billigen Preisen

Die Katastrophe von Lyon.

Man befürchtet mehr als 100 Tote. — Ein ganzer Stadtteil vernichtet.

Lyon, 13. November. (Eigenbericht.)

Die Katastrophe, von der in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag das Quartier St. Jean, das Proletarierviertel der besonders durch ihre Seidenerzeugnisse bekannten französischen Fabrikstadt Lyon im Rhonetal, heimgesucht worden ist, nahm weit grausigere Formen an, als die ersten Beobachtungen erkennen ließen. Die Zahl der Toten soll bereits die Hundert überschritten haben, die der Verletzten dürfte kaum geringer sein.

Die meist von Arbeitern und Kleinbürgern bewohnte Vorstadt St. Jean ist auf dem steil abfallenden Hügel Roccuelbillière aufgebaut, dessen Hänge durch mächtige Stützmauern in Terrassen verwandelt sind und dessen Gipfel von der aus dem 12. Jahrhundert stammenden St.-Jean-Kathedrale malerisch gekrönt wird. Die starken Regenfälle, die seit Tagen über ganz Frankreich niedergegangen sind, haben nun diese künstlich geschaffenen Terrassen unterhöhlt und mehrere gewaltige Erdrutsche zur Folge gehabt. Der Umfang der Katastrophe und ihre Schrecklichkeit wird besonders an einer Stelle des „Neuen Weges" deutlich, wo sich eine gähnende

Höhle von fast 300 Meter Tiefe und 50 Meter Durchmesser aufgetan hat: in der Tiefe der Höhle liegen die Ruinen mehrerer fünfstöckiger Häuser.

Die Stadt lag in tiefem Schlaf. Kein Mensch hatte an den Ernst der Warnungen geglaubt, die sowohl in der vorigen Woche, als auch noch einmal am Mittwoch von Ingenieuren, die die Erdrutschkatastrophe kommen sahen, ausgesprochen worden waren. Ganz positiv hatten die Stadtingenieure festgestellt, daß durch die Stützungsmauern der Bergstraßen das Wasser hindurchsickerte. Fast auf die Minute um 1 Uhr ereignete sich der erste Erdrutsch. Er hatte zur Folge, daß ein Teil des „Hotel du petit Versailles" unter furchtbarem Krachen zusammenstürzte. Das Hotel war bis auf den letzten Platz gefüllt gewesen. Das Getöse, das durch den Zusammensturz verursacht worden war, wurde in weitestem Umkreis gehört. Der Bevölkerung des ganzen Stadtteils bemächtigte sich eine furchtbare Panik. Bald trafen Polizeiabteilungen, Rettungstrupps und Feuerwehrmannschaften an der Katastrophenstelle ein, um Hilfe zu leisten, so weit noch Hilfe geleistet werden konnte. Sofort wurde von der Branddirektion Befehl gegeben, den gesamten Häuserblock zu räumen. Aber während noch die Bergungsarbeiten, bei denen das Gestöhne und Gewimmer der Verunglückten in schauriger Weise als akustischer Wegweiser diente, im vollen Gange waren, folgte dem ersten Erdrutsch gegen 2 Uhr ein neuer. Der noch stehende Teil der Hotelgebäude, der noch nicht einmal von allen seinen Insassen geräumt war, brach unter drohendem Getöse zusammen und **begrub etwa 60 bis 80 Menschen unter sich.** Außerdem hatte dieser zweite Erdrutsch zur Folge, daß in einer Länge von etwa 300 Metern **sämtliche sechzehn fünf- und sechsstöckigen Wohnhäuser zusammenstürzten,** die am Rande des „Neuen Weges" standen, der sich den ganzen Hügel von Roccuebillière entlang zieht. Die gewaltigen Trümmermassen stürzten in die etwas tiefer gelegene Rue Tramassac, wo sie den Zusammenbruch vier weiterer Gebäude, unter denen abermals ein Hotel war, verursachten.

Die weiteren drei Erdrutsche forderten keine neuen Opfer mehr, da auf Anordnung des Polizeipräfekten die Unglücksstraße geräumt worden war. Aber naturgemäß standen die letzten Stunden der Nacht und die ersten des Morgens im Zeichen einer Panik, die sich allmählich so weit steigerte, daß die Polizei alle Kräfte aufbieten mußte, um die erregten Volksmassen von Attentaten auf die, die sie für schuldig hielten, zurückzuhalten. Nachdem die ersten Verwundeten in die St.-Jean-Kathedrale transportiert worden waren, wo sich Nonnen ihrer annahmen, bemühte sich die Polizei, für sofortige Räumung der umliegenden Distrikte Sorge zu tragen.

Eine Stadt der Verwüstung.

Lyon, 13. November. (Eigenbericht.)

Die Rettungsarbeiten bei der Lyoner Katastrophe gestalten sich besonders schwierig, weil die auf dem Felsen stehen gebliebenen Gebäude, wie das Hospital von St. Antiquaille und das anschließende Kloster, jedes Untergrundes beraubt, jeden Augenblick einzustürzen drohten. Einige besonders entsetzliche Stunden erlebte eine 50jährige Frau, die, wie viele andere, von der Katastrophe im Bett liegend überrascht worden war. Durch den glücklichen Umstand, daß sich das Bett infolge des Anpralls umkehrte und sich schützend über sie legte, blieb sie am Leben. Rundum bis zum Halse verschüttet, hatte sie die Kraft, Stunde um Stunde Hilfe zu rufen, bis es endlich möglich war, mit Hilfe von Stangen und Leitern die Frau aus ihrer furchtbaren Lage zu befreien. Sie wurde ohnmächtig im Automobil des Bürgermeisters Herriot in Sicherheit gebracht. Das Stadtbild von Lyon ist ein Bild der Trauer. Familien kampieren auf der freien Straße. Wie nach der entsetzlichen Ueberschwemmungskatastrophe im vorigen Jahr ziehen Scharen von Frauen und Kindern, die nichts als das nackte Leben gerettet haben, von der Unglücksstelle fort, und niemand weiß im Augenblick, wo sie in der kommenden Nacht schlafen werden. Sämtliche Aerzte der Stadt sind zur Hilfeleistung herangezogen worden, ebenso die Studenten der medizinischen Fakultät. Ministerpräsident Tardieu hat an den Bürgermeister der Stadt Lyon ein Beileidstelegramm gerichtet.

Im Lauf des Donnerstag ist übrigens ein Flugzeug, das von zwei großen Pariser Zeitungen beauftragt worden war, die Stelle der Katastrophe zu photographieren, in die Saone gestürzt. Der Apparat wurde vollkommen zertrümmert, die beiden Insassen konnten sich mit leichten Verletzungen aus den Fluten retten.

Die Bergungsarbeiten, die wegen der noch immer drohenden Gefahr neuer Einstürze nur mit der allergrößten Vorsicht durchgeführt werden können, sind noch lange nicht beendet. Noch in den Vormittagsstunden des Donnerstag hörte man aus dem Gewirr der Trümmer heraus zahlreiche Hilferufe, so daß die Gesamtzahl der Opfer einstweilen noch nicht endgültig festgestellt werden konnte. Die Stadtverwaltung von Lyon hat Ermittlungen eingeleitet, um die eventuelle Schuld einer städtischen Stelle festzustellen. Wie die ersten Ermittlungen ergaben, sind bereits vor Monaten kleinere Erdrutsche in dem Unglücksstadtteil festgestellt worden, so daß ein besonders gefährdet erscheinendes Hospital, dessen Mauern Risse aufwiesen, von den Kranken geräumt worden war.

Antifaschistische Kundgebung

am Sonntag, dem 16. November, nachmittags 2½ Uhr
Treffpunkt: Albestraße am Friedrich-Wilhelm-Platz
in **Friedenau.** — Redner: **Artur Crispien,** M. d. R.

Keiner darf fehlen! Erscheint in Massen!

11. Kreis Schöneberg-Friedenau.

Berlin sperrt Wandergelder!

Keine Winterwanderungen der Schulen?

Der Magistrat hat als Anfang der neuen geplanten Sparmaßnahmen sämtliche Mittel für die Schülerwanderungen mit sofortiger Wirkung gesperrt. Dieser Beschluß ist um so folgenschwerer, als damit allgemein die Winterausflüge, besonders der Volksschulen in den Arbeiterbezirken bedroht sind.

Bisher war Vorsorge getroffen, daß bei den monatlich einmal stattfindenden eintägigen Schulausflügen für die Kinder mittelloser Eltern die Stadt die notwendigsten Ausgaben übernahm. Die Schulen sind nun zur Rückzahlung dieser bereits gewährten Gelder aufgefordert worden. Bei einem Schulausflug müssen also künftig gerade die Kinder zu Hause bleiben, die der Erholung im Interesse ihrer Gesundheit am allerdringlichsten benötigen. Bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Berlin ist die Zahl dieser Kinder bekanntlich so erschreckend hoch, **daß viele Volksschulen die Winterausflüge überhaupt werden einstellen müssen.** Selbst bei ernsthaftester Würdigung der finanziellen Lage der Stadt, muß man sagen, daß dieser Beschluß des Magistrats als nicht haltbar erscheint.

Zuchthaus für den Heizungsingenieur.

Die Unterschlagungen beim Bezirksamt Steglitz.

Das Schöffengericht Schöneberg verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den früheren Leiter der Heizungsabteilung des Bezirksamtes Steglitz, den Oberingenieur Moellerke, wegen fortgesetzter Amtsunterschlagung zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Die Untersuchungshaft von elf Monaten wurde ihm angerechnet; der Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls dagegen abgelehnt.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende unter anderem aus, daß bei der Strafbemessung die Skrupellosigkeit und die Raffiniertheit berücksichtigt werden mußten, mit denen der Angeklagte jahrelang die städtischen Gelder in seine Tasche verschwinden ließ. Er hatte sich bei seinen Unterschlagungen die einzige Lücke, die durch die Persönlichkeit des kontrollierenden Beamten entstanden war, zunutze gemacht. Mildernde Umstände konnten ihm nicht zugebilligt werden.

*

Im Laufe der gestrigen Verhandlung schilderte der Prokurist der Berliner Brennstoff-Gesellschaft, Spier, wie das erste Geschäft mit dem Bezirksamt Steglitz perfekt wurde. Klarer wurde das Bild durch die Aussage des damaligen Geschäftsführers der Berliner Brennstoff-Gesellschaft Brolat. Die BBG. hatte sich im Jahre 1924 und 1925 sehr viel Mühe gegeben, um beim Bezirksamt Steglitz Kohlenbestellungen zu erhalten. Erst als der Zeuge im Jahre 1926 den Oberbaurat Freimüller persönlich aufsuchte und dieser auf Moellerke als auf die Persönlichkeit hinwies, von der die endgültige Entscheidung über die Kohlenlieferung abhing, erfolgte nach Rücksprache mit diesem die erste Bestellung. Wenige Tage darauf erschien beim Zeugen der Prokurist Spier und sagte: Herr Brolat, die Sache mit Steglitz scheint doch noch nicht auf ganz festen Füßen zu stehen. Herr Moellerke war bei mir und verlangte, daß wir für das Bezirksamt Rechnungen auf nicht gelieferte Kohlen ausstellen, das Geld soll uns überwiesen werden, das Bezirksamt will es aber abheben und uns Rechnungen für Heizkörperreparaturen vorlegen. Das Bezirksamt habe einen Ueberschuß an Kohlengeldern, jedoch keine Mittel, um die erforderlichen Reparaturen vorzunehmen." Mit der Maßgabe, daß diese Rechnungen auf offiziellem, ordentlichem Wege dem Bezirksamt zugeleitet werden und daß die Bezirksamtskasse gleichfalls das Geld auf offiziellem Wege an die BBG. überweise, willigte er, der Zeuge, ein. Ueber das Sonderkonto wurde regel-

---

11]

Sie nickte nur.

Beide schwiegen. Schließlich sah sie ihm voll ins Gesicht, wieder die Macht ihres geheimnisvollen Lächelns probierend: „Nun, Ludwig, willst du?"

„Natürlich will ich, Mädchen, heute schon, wenn es dir recht ist. Morgen, übermorgen, wie es dir paßt!"

Sie überlegte: „Dienstag ginge es am besten, da habe ich früher Schluß im Geschäft."

„Gut, also Dienstag. Ich werde inzwischen meinem Vater alles sagen."

„Ach so, der weiß von mir noch gar nichts!" Es klang beleidigt, und wieder war das schnippische Wippen des Fußes da.

Er zuckte die Achseln. „Ich bin wenig zu Hause, das weißt du ja, Maria!"

Sie überhörte seine Antwort, in angestrengtes Nachdenken versunken. Plötzlich, wie von einer Eingebung gepackt, sagte sie heftig: „Aber eine Bedingung habe ich zu stellen, Ludwig, ehe ich in das Haus deines Vaters komme!"

„Was nun noch?" fragte er unwirsch und erhob sich.

Sie lenkte sofort mit ihrem strahlendsten Lächeln ein: „Bleib doch noch ein Weilchen sitzen, Ludwig. Es ist so schön hier. Oder hast du schon genug von mir und willst nicht mehr bei mir bleiben? Bitte, dann gehe, wohin es dich treibt. Es braucht ja nicht unbedingt zu sein, daß wir zusammenkommen. Wenn ich dir nichts wert bin . . ."

Er sah ihr starr ins Gesicht und wußte nichts zu antworten. Wie ein Schlag auf den Kopf hatten ihn ihre Reden getroffen. Sein Gesicht wurde rot. Wie ein unbeholfener, täppischer Junge stand er da. Doch durch all das Brausen seines Blutes hindurch spürte er, daß Maria die Frau seines Lebens sein könnte, und daß er sie nicht verlieren dürfe.

Er kniete vor ihr nieder, umschloß ihren herrlichen Blondkopf mit seinen großen, ungeschlachten Händen und rief: „Du weißt doch, Maria, ich liebe dich. Ich tu alles, was du willst! Bitte, bitte küß mich!"

Sie erfüllte seinen Wunsch, aber nicht hingerissen vom Sturm des Begehrens, nicht getrieben vom Anstoß der Liebe, sondern kalt und mit Berechnung.

„Du mußt das werden, was ich will, Ludwig!"

„Sag nur, Liebste . . ."

„Du mußt deine Gesellerei in der Fabrik aufgeben, Ludwig. Du mußt dich selbständig machen, dich auf eigene Füße stellen, Ludwig! Du mußt Meister werden, Unternehmer auf eigene Rechnung!"

Ludwig stieß vor Erstaunen einen leisen Pfiff durch die Zähne.

„Diesen Vorschlag hat mir bisher noch niemand gemacht, Mädchen!"

Wieder stand das seltsame Lächeln in ihrem Gesicht, dem er so schnell und widerstandslos erlag.

Er schüttelte den Kopf.

„Wie soll ich das nur anfangen, Mädchen. Ohne Geld und ohne Kundschaft ist da verdammt nichts zu machen . . ."

„Pah, wenn weiter nichts ist! Aber jetzt Farbe bekannt, Ludwig, willst du nicht oder kannst du nicht?"

Elastisch sprang sie auf und reckte sich.

Er sah ihren gutgebauten, geschmeidigen Leib, ihre kraftvollen Brüste, ihren sieghaft lächelnden Mund.

Er sah ihr im Sonnenschein leuchtendes wundervolles Haar.

Sein durstiger Blick wanderte ihre ganze Gestalt ab und blieb an ihrem zierlichen Fuß hängen, dessen Spitze keck unter dem Rocksaum vorlugte.

Da war's um ihn geschehen.

Mit beiden Händen umfaßte er sie und rief begeistert: „Ich will, Marie!"

„Na also!"

Sie gab ihm einen schallenden Kuß und hängte sich kuschelnd in seinen Arm.

Dann schritten sie weiter durch die sonnfleckbesprenkelten Föhren.

Drosselsang und Kuckucksruf waren verklungen.

Aber in ihrem Blut vernahmen sie weit herrlichere Stimmen.

Die ganze Welt pochte wohlig durch ihre Adern.

Die ganze herrliche Welt hatte Stimme bekommen.

Es war der Weltsang des Kosmos, der aus Unendlichkeiten her auf sie einströmte.

Es gab diesen Abend kein glücklicheres Paar.

*

Montag, nach Feierabend, saß Ludwig seinem Vater gegenüber auf einem Schusterschemel und wartete auf den Augenblick, wo der Meister den Hammer aus der Hand legen und sich die geliebte Stummelpfeife anstecken würde.

Der Alte merkte wohl, daß sein Junge etwas Besonderes auf dem Herzen hatte. Er lachte in sich hinein. Na, zapple ein wenig, Bursche!

Die Gesellen sagten „Guten Abend" und gingen.

Gemächlich zündete sich jetzt Vater Eisermann die Pfeife an und griff nach der Abendzeitung.

Ludwig setzte ein paarmal zum Reden an. Doch es kostete eine gehörige Anstrengung, bis es endlich zu dem Satz reichte: „Vater, ich habe dir etwas zu sagen!"

„Nanu?"

Der Alte ließ die Zeitung fallen und sah über die Brillengläser hinweg den Sohn an.

„Raus damit, Junge! Aber das will ich dir von vornherein sagen, Geld kannst du von mir keines kriegen, habe selber nichts. Raus mit der Sprache, Junge! Hast du Spielschulden gemacht, irgendwo die Zeche nicht gezahlt? Gebeichtet, es reißt dir darum niemand den Kopf ab!"

„Ich habe eine Braut, Vater!"

Gottlob, nun war das Schwerste heraus! Ludwig atmete wie befreit auf.

„Potztausend, Junge! Das ist etwas früh für dein Alter. Hängst du dich auch schon an die Weiber!"

„Vater, was du denkst, ist nicht. Sie ist ein anständiges Mädchen!"

„Was ist sie denn?"

„Kontoristin."

„Donnerwetter, Junge, Kontoristin! So etwas Feines! Du gehst ja ordentlich ran, Junge! Ist sie denn auch schön?"

„Für mich ja, Vater!"

Das klang wie ein Freudenschrei. Ludwigs Augen leuchteten.

Der Schuster sah, daß tüchtig Feuer im Gebälk war. Er beschloß, ein wenig zu dämpfen.

Lachend sagte er: „Schön und gut. Kenn das schon, mein Junge. Ich bin ja auch mal ein verliebter Esel gewesen, wie du jetzt. Freilich, es ist schon lange her. Ja, sehr lange. Ich bin sogar noch ein zweites Mal auf den Leim gegangen. Ja, Junge, alle Predigten, alle Ratschläge, alle Warnungen nutzen nichts. Wer noch nicht drin sitzt im Käfig, will mit aller Gewalt rin! Jeder muß mal versuchen, wie schön es schmeckt! Deine andern Brüder sitzen ja schon dicke drin in den Nesseln. Nun machst du es denen nach. Es kann wohl gar nicht schnell genug gehen!"

(Fortsetzung folgt.)

echt Buch geführt; sämtliche in Frage kommende 15 Beamte der BVG. wußten Bescheid, die Bücher konnten zu jeder Zeit eingesehen und nachgeprüft werden. Bei der Beurteilung der Sachlage ist auch in Betracht zu ziehen, daß in den Jahren 1923 bis 1926

die Stimmung der westlichen Vororte gewissermaßen von der Parole „Los von Berlin" getragen

wurde. Unter diesen Umständen war eine rein kaufmännische Gefälligkeit mit dem Ziel, die Lieferung für die städtische Gesellschaft zu bekommen, leicht verständlich.

Eine gewisse Differenz ergab sich insofern, als der Zeuge Brolat bei der Gegenüberstellung mit dem Oberbaurat Freimüller in diesem nicht die Person wiedererkannte, mit der er seinerzeit im Rathaus Lankwitz gesprochen hatte. Es mußte demgemäß, meinte er, ein anderer Beamter gewesen sein, der ihn an Freimüllers Stelle empfangen hat.

Apotheker als Entdecker.

In der Festsitzung zur Feier des 40jährigen Bestehens der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft, in der zahlreiche Glückwünsche von rein wissenschaftlichen und Apothekervereinigungen aus dem In- und Auslande überbracht wurden, überreichte Ministerialdirektor Schoppohl im Auftrag und in Vertretung des preußischen Wohlfahrtsministers Dr. Hirtsiefer dem Mitbegründer und langjährigen Vorsitzenden der Gesellschaft, Herrn Geheimrat Professor Hermann Thoms, die silberne Staatsmedaille für Verdienste um die Volksgesundheit.

Professor Paul Walden-Rostock sprach über „Der Apotheker als Kulturträger". In geistvoller Weise schilderte er, wie die Apothekerkunst und die Scheidekunst, die Pharmazie und die Chemie als Geschwister von derselben Mutter, der Not, entstanden sind und dem Verstand als gemeinsamem Vater. An zahlreichen Beispielen zeigte Walden, wie im Apothekerstande eine internationale geistige Verbundenheit herrsche.

Der kurze Raum gestattet nicht, auf die Fülle von Lebensschicksalen, wissenschaftlichen Leistungen und Entdeckungen einzugehen, die Walden in glänzender Rede fast als Hörfilm vorüberführte. Die Chemie ist eine unbestrittene Weltmacht geworden und die Pharmazeuten, deren bevorzugtes Arbeitsgebiet die organische Natur ist, wurden in ihren bescheidenen Apothekenlaboratorien zu wissenschaftlichen Entdeckern mit einem eigenen Forschungsideal. Was der Apotheker in vergangenen Jahrhunderten war, wird er auch in der Zukunft sein: ein Träger und Lehrer der menschlichen Kultur, wissenschaftlich im Beruf, berufen als Wissenschaftler.

An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich die Verleihung der im vorigen Jahr gestifteten Sertürner-Medaille an, die zum Andenken an den Entdecker des Morphiums, F. W. Sertürner (1783 bis 1843), für hervorragende praktische Arbeiten auf dem Gebiet der Pharmazie verliehen wird. Sie wurde dem Apothekerdirektor des städtischen Krankenhauses in München, Pharmazierat Dr. Rudolf Rapp, verliehen.

Krawall-Student vorm Schnellrichter.

Wegen öffentlicher Beleidigung zu 60 Mark verurteilt.

Von den sieben würdigen Vertretern der Blüte der Nation", die am Mittwoch bei den unwürdigen Szenen vor und im Universitätsgebäude festgenommen wurden, stand bereits gestern der Student Ernst Dietrich vor dem Schnellgericht. Die Anklage lautete auf öffentliche Beleidigung.

Der hoffnungsvolle Hitler-Jüngling hatte in der Studentenküche gegessen und war durch die Dorotheenstraße und den Universitätshof gerade in das Portal des Universitätsgebäudes getreten, als die Schupobeamten die immer noch randalierenden Studenten in das Universitätsgebäude zurückdrängten. Natürlich wurden die ihre Pflicht erfüllenden Beamten von den gewichsten Söhnen des Bürgertums mit Ausdrücken wie Schweinehunde, Bluthunde u. a. m. belegt. Auch Herr Dietrich wollte nicht nachstehen. Als er in seiner Aufregung zu sehen glaubte, wie ein Beamter einem seiner Kommilitonen einen Schlag mit dem Gummiknüppel versetzte, schrie er: „Die Nummer dieses Schweins muß festgestellt werden!" Im nächsten Augenblick wurde er selbst festgestellt. Vor Gericht gab D. die ihm zur Last gelegte öffentliche Beleidigung des Beamten zu. Er entschuldigte sich durch die Aufregung, in die ihn die Handlungsweise des Beamten versetzt habe. Der Beamte dagegen bestritt mit aller Entschiedenheit, überhaupt nur irgend mit dem Gummiknüppel geschlagen zu haben. Die zwei anderen Polizeibeamten, die den Angeklagten festgenommen hatten, behaupteten gleichfalls, daß die Gummiknüppel nicht verwendet worden waren.

Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 M. Er glaubte, den Herren Studenten zugute halten zu müssen, daß sie, ihre akademische Freiheit von der Polizei bedroht wähnend, sich in begreiflicher Erregung befanden. Der Schnellrichter, Amtsgerichtsrat Rosenthal, verurteilte den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu 60 Mark Geldstrafe oder zu sechs Tagen Haft. Auch er fand scharfe Worte der Mißbilligung für das Vorgehen der Studenten gegen die Beamten, die nur ihre Pflicht erfüllt hätten; er glaubt aber auch seinerseits der Erregung des Angeklagten Rechnung tragen zu müssen ...

Eine zurückgezogene Berufung.

Am 24. September 1930 wurde der Redakteur Hauswirth der „Roten Fahne" zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er, ohne auch nur den geringsten Wahrheitsbeweis zu erbringen, den Genossen Franz Künstler einen Lockspitzel genannt hatte. Dreist hatte Hauswirth Berufung angekündigt; er zog sie aber noch rechtzeitig zurück, wohl weil er einsah, daß Unbeweisbares auch in einer Berufungsverhandlung nicht zu beweisen sein werde.

Seinen 90. Geburtstag feiert am 15. November ein langjähriger „Vorwärts"leser, Johannes Kiesau, Schöneberg, Feurigstr. 62. Der Neunzigjährige ist Rentenempfänger und lebt in bescheidensten Verhältnissen bei seinem 65jährigen Sohn, der selbst Rentenempfänger ist.

Biersteuer beschlossen.

Getränkeverzehrsteuer und Bürgersteuer im Stadtparlament abgelehnt.

Im Mittelpunkt der gestrigen Stadtverordnetensitzung stand die Entscheidung über die Magistratsvorlage, die eine Erhöhung der Biersteuer und die Einführung einer Gemeindesteuer sowie der Bürgersteuer vorsieht. Der Magistrat sah sich zu diesen Vorschlägen gezwungen, weil eine andere Möglichkeit als die Durchführung der vom Reichspräsidenten verfügten Notverordnung zur Beschaffung der dringend benötigten Mittel im Augenblick nicht besteht. Um die Erfüllung der sozialen Aufgaben zu gewährleisten, hat der Magistrat die Pflicht, den stark ins Wanken geratenen Haushalt zum Ausgleich zu bringen. Die Stadtverordneten haben nun gestern die Erhöhung der Biersteuer beschlossen, die Gemeindegetränkesteuer sowie die Bürgersteuer abgelehnt. Die Erhöhung der Biersteuer tritt ab 1. Dezember ein, sie bringt eine Verteuerung des Liter Bieres um ungefähr 2½ Pfennig und soll der Stadt für den Rest des Etatsjahres drei bis vier Millionen Mark einbringen. Durch die Ablehnung der übrigen Steuern wächst das Defizit um rund 15 Millionen Mark.

Der Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion, der den Magistrat ersucht, den Wohlfahrts- und sonstigen Unterstützungsempfängern Winterkohlen in dem im letzten Winter gewährten Umfange zu liefern, wurde ohne Debatte dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Dann gab es eine kleine **Debatte über Fürsorgeerziehung.** Auf Antrag eines Vaters verfügt der Jugendrichter die Unterbringung eines 15jährigen Jungen in der Fürsorgeerziehung, nicht zuletzt deshalb, weil sich der Junge sehr aktiv an nationalsozialistischen Versammlungen und Schlägereien beteiligte. Das regte die Nazis in der Stadtverordnetenversamm. lung mächtig auf. Stadtv. **Engel** (Nat.-Soz.) meinte, der Vater hätte sich mit dem Ueberweisungsantrag ein Armutszeugnis hinsichtlich seiner Fähigkeiten als Erzieher ausgestellt.

In seinem Schlußwort als Berichterstatter des Ausschusses, der die kommunistischen Anträge zur

Unterstützung der streikenden Metallarbeiter

berief, bezeichnete der Stadtv. **Wisnewski** (Komm.) unseren Genossen Ulrich als Streikbrecher, den Genossen Siegle als Verleumder. Der Redner nutzte, trotz der Verwarnungen durch den Vorsteher, seine Berichterstattung zu einer Schimpfkanonade gegen die Sozialdemokrate aus. Glocke des Vorstehers, abermalige Verwarnung. Wisnewski schleudert schnell noch einige Kraftworte in die Versammlung, dann verschwindet er schnell. Der Haushaltausschuß hatte die kommunistischen Anträge abgelehnt, dasselbe tat gestern das Plenum. Nur die Antragsteller waren dafür. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Siegle, hatte bereits in der Sitzung vor einer Woche die Begründung für die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten gegeben: Führung und Unterstützung von ordnungsmäßig laufenden Streiks ist Sache der beteiligten Tarifgewerkschaften — sonst hat niemand etwas dreinzureden, am allerwenigsten die Kommunistische Partei und ihre Unterorganisationen!

Die Bier-, Getränke- und Bürgersteuer.

Dann trat die Versammlung in die Beratung der vom Magistrat auf Grund der Reichsgesetze vorgeschlagenen Erhöhung der Biersteuer, der Einführung einer Getränkesteuer und der Erhebung einer Bürgersteuer (Kopfsteuer) ein. Nach dem Stadtv. **Koenen** (Komm.), der die beabsichtigte Ablehnung der Steuern durch die Versammlung als Heuchelei bezeichnete, ausgeübt zu dem Zweck, dem Oberpräsidenten Gelegenheit zur diktatorischen Verhängung der Steuern zu geben, erklärte Stadtv. **Lange** (Z.) die Zustimmung seiner Fraktion zur Erhöhung der Biersteuer und zur Bürgersteuer. Die Getränkesteuer (Schankverzehrsteuer) lehnte der Redner wegen der Schwierigkeit der Erhebung ab. Der Vertreter der Wirtschaftspartei behauptete, die Gastwirte hätten die letzte Biersteuer schon aus eigener Tasche bezahlt, weil sie eine Abwälzung auf die Kundschaft für unmöglich hielten. Er lehnte die Steuern ab. Dasselbe tat der Nationalsozialist Dr. **Lippert.** Stadtv. **Caspari** (Vp.) meinte, die Stadtverwaltung sollte es nicht dahin kommen lassen, daß die Aufsichtsbehörde die Steuern für die Bürger festsetze. Er verteidigte die Steuervorlagen des Magistrats.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach

Stadtverordneter Loewy.

Er wandte sich besonders gegen den kommunistischen Stadtverordneten Koenen, der wissen müsse, daß es nach der Gesetzgebung der Stadt jetzt unmöglich ist, von sich aus Steuerzuschläge etwa zur Einkommensteuer, so wie es früher war, festzusetzen. Wenn die kommunistische Fraktion heute Steuern beantragt, von denen sie genau weiß, daß keine Aufsichtsbehörde sie genehmigen wird, so ist das nichts als Heuchelei. Allerdings machen die Nazis etwas ähnliches. Die Sozialdemokratie im Reichstag hat die erste Notverordnung der Regierung Brüning zur Aufhebung gebracht, die zweite ist einem Ausschuß überwiesen worden, wo sie geändert werden soll.

Damit hat die Sozialdemokratie den Weg zur Abänderung solcher diktatorischen Steuergesetze zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung gezeigt.

Loewy erinnerte dann in der Polemik gegen Kommunisten und Nationalsozialisten daran, daß mit dem Sturz einer Regierung ihre Gesetze noch nicht aufgehoben sind. Die Sozialdemokraten hatten heute im Preußischen Landtag für die Ausführungsbestimmungen gestimmt, um schlimmeres zu verhüten. Man hat erst durch die Mitwirkung der Sozialdemokratie erreicht, daß die in den Reichsgesetzen vorgesehenen Mindestsätze nicht überschritten wurden.

Die Sozialdemokratie im Berliner Rathaus hat stets ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, der Stadt zu geben, was sie braucht, um ihre sozialen Aufgaben erfüllen zu können.

Die Steuervorlagen des Magistrats seien für die Fraktion aber in vielen Punkten unannehmbar. **Insbesondere lehnen die Sozialdemokraten die Kopfsteuer ab.** Anders ist es allerdings bei der Biersteuer. Sie ist tragbar, weil sie auf ein normales Glas Bier nur einen Pfennig ausmacht. Bei einer Staffelung der Schankverzehrsteuer könnte man auch dieser zustimmen. Man könne es aber nicht verantworten, daß zum Beispiel der Schneeschipper, der sich bei einer Tasse Kaffee aufwärmen will, besteuert wird, während der reiche Mann seinen Wein zu Hause unbesteuert trinken kann. (Bravo! bei den Soz.)

Stadtv. **Steiniger** (Dnat.) wollte nur die Bürgersteuer annehmen. Ein Antrag auf Ueberweisung der Steuervorlagen an den Haushaltausschuß wurde gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. In der Abstimmung fiel ein kommunistischer Antrag mit allerlei Abänderungsanträgen durch. Die **Biersteuer** wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Es wurde dann über die **Schankverzehrsteuer** abgestimmt, die **einstimmig abgelehnt** wurde, wie auch die **Kopfsteuer der Ablehnung verfiel.** Gegen die Kopfsteuer stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Nationalsozialisten; die anderen Fraktionen waren dafür.

Die Neufassung der Friedhofs- und Gebührenordnung wurde nach kurzer Aussprache nach den Beschlüssen des Ausschusses gutgeheißen. Mit der debattelosen Verabschiedung einer Reihe kleiner Vorlagen schloß der Vorsteher die Sitzung gegen 23 Uhr.

*

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Scholz tagten um 19 Uhr die Stadtverordneten und der Magistrat in gemeinsamer Sitzung, um die Neuwahlen zum Bezirksausschuß noch einmal vorzunehmen, da gegen die im Juni vorgenommenen Wahlen Einspruch erhoben worden war. Für die Sozialdemokratische Partei wurde Rechtsanwalt Dr. Franz Neumann als Mitglied und Paul Litfin und Bruno Theel als Stellvertreter gewählt.

Rausch-Hürtgen Sechs-Tage-Sieger.

Schwacher Verlauf der letzten Stunde.

Wie wohl kaum anders zu erwarten, endete das 24. Berliner Sechstagerennen, das gestern abend um 11 Uhr im Sportpalast seinen Abschluß fand, mit dem Siege der Kölner Favoritenmannschaft Rausch-Hürtgen.

Acht Mannschaften gingen in die letzte Wertungsstunde, die, abgesehen von einigen Rundengewinnen weit zurückliegender Mannschaften, einen schwachen Verlauf nahm. Einmal nur wird es lebendig in dem vollen Hause, als Piet van Kempen 16 Minuten vor Schluß einen Vorstoß unternahmen und diesen mit einem Rundengewinn durchführen konnten.

Das Ergebnis:

Sieger: Rausch-Hürtgen 137 Punkte. Zweiter: van Kempen-Schön 342 Punkte (2 Runden zurück). Dritter: Rieger-Kroschel 191, Vierter: Manthey-Maczynski 154 Punkte (4 Runden zurück). Fünfter: Krüger-Funda 250 Punkte (5 Runden zurück). Sechster: Dinale-Tonani 278, Siebenter: Ehmer-Tietz 195 Punkte (7 Runden zurück). Achter: Petri-Lehmann 199 Punkte (9 Runden zurück). In den 145 Stunden wurden insgesamt 3 313,280 Kilometer zurückgelegt.

Mit Blumen reich geschmückt fahren die Sieger und die anderen Mannschaften, außer Tonani-Dinale, viel bejubelt ihre Ehrenrunden.

Hakenkreuz am Bahnhof.

Man schreibt uns aus Jossen: Auf der für jedermann sichtbaren Holzrückwand eines mit dem Bahnhofsgebäude in Jossen verbundenen Raumes klebt das Plakat „Fememhetze". Auf dem Plakat wird die Hakenkreuzherkunft verschwiegen, aber kleine aufgeklebte Zettel besagen weiteres. Und zur Kennzeichnung dieser „nationalen" Bundesbrüderschaft ist neben dem Plakat ein großes Hakenkreuz gemalt. Hat die Bahnhofsverwaltung keine Ahnung, was das Wort „Fememhetze" bedeutet oder hält sie sich berechtigt, der in überwiegender Mehrheit republikanischen Bevölkerung der Stadt (siehe Zusammensetzung des Stadtverordnetenkörpers) ihre „nationale" Anschauung aufzuzwingen? Die Reichsbahnleitung dürfte damit nicht einverstanden sein.

Hochwasser in Ostpreußen.

Straßen und Plätze in Königsberg unter Wasser.

Königsberg, 13. November.

Abgesehen von dem Hochwasser in Memelstrom und Gilge, das durch die starken Regenfälle, hervorgerufen worden ist, führen jetzt auch der Pregel und die anderen in die Haffe mündenden Flüsse durch Staumind Hochwasser. An der Memelmündung sind die ganzen Außendeichländereien überschwemmt. Die Krone des Deiches ist vielfach vom Wasser erreicht. Der gesamte Deichschutz ist alarmiert, um einen Deichbruch zu verhindern. **In Königsberg stehen die am Pregel liegenden Straßenzüge und Märkte unter Wasser. Militär und Feuerwehr sind dabei, die Bewohner aus den überschwemmten Wohnungen mit Hilfe von Wagen herauszuholen.** An der Pregelmündung sind Pioniere eingesetzt, die das Vieh von den überschwemmten Welden und Gehöften mit Pontons retten.

Stettin, 13. November.

Durch den ungünstigen Nordwestwind ist das Wasser der Ost-Oder wider Erwarten noch weiter gestiegen. Durch den gewaltigen Wasserdruck brach der Deich einer hohen Schleuse bei Greifenhagen. Alle anderen Deiche zu beiden Seiten der Oderbrücke waren schon überflutet. In der von dem Hochwasser besonders bedrohten Ortschaft Mönchkappe und Eichwerder mußten mehrere Wohnhäuser geräumt werden, da das Wasser die Kellergeschosse bereits ausfüllte. In dem großen Gemüsebaugebiet ist schwerster Schaden verursacht worden. Es muß noch mit einem weiteren Steigen des Wassers gerechnet werden.

Zum Zähneputzen, merkt Euch wohl,
nimmt man die Pasta von ODOL

Aufgaben des Luftverkehrs

Rationalisierung und Besserung im Passagierverkehr

Die Lufthansa gab dieser Tage Aufschluß über den Luftverkehr des Jahres 1930 und über die Aufgaben für das kommende Flugjahr.

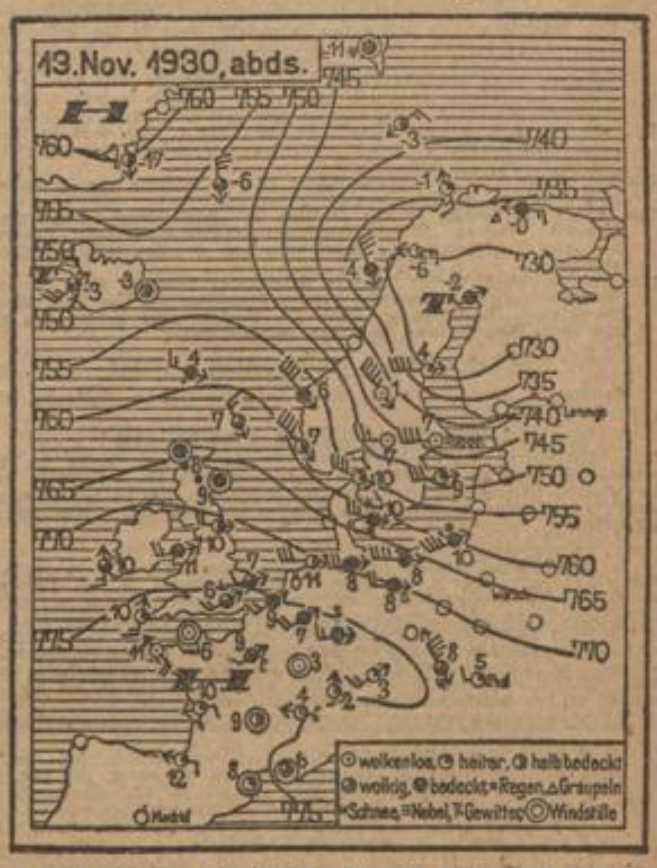
Direktor Wronsky beschäftigte sich in seinem Verkehrsbericht zunächst mit der Zusammenarbeit der Lufthansa mit den Dampfern der Hamburg-Süd in der Beförderung der Südamerikapost, und zwar habe sich durch diesen Flugzeuganschlußdienst ein Zeitgewinn von vier bis fünf Tagen ergeben. Für das kommende Jahr sei eine solche Zusammenarbeit auch mit italienischen Südamerikadampfern geplant. Die Einschaltung des Luftschiffes in diesen Dienst, wie sie zum erstenmal bei der Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin" versucht worden sei, werde sich erst mit der Fertigstellung des jetzt im Bau befindlichen Zeppelinluftschiffes ermöglichen lassen. Dann verwies Wronsky auf den Vertrag mit der chinesischen Regierung über die Schaffung eines Fernostverkehrs, der über Moskau hinaus mit Hilfe einer russischen Luftverkehrsgesellschaft ausgebaut werden soll, und zwar rechnet man mit der Aufnahme dieses überaus wichtigen Dienstes für das kommende Frühjahr. Im europäischen Streckennetz sei die tägliche Verkehrsleistung 1930 etwa gleich geblieben gegenüber 1929. Der Rückgang im Personenverkehr werde ausgeglichen durch stärkere Beförderung von Fracht und insbesondere von Post im Zusammenhang mit dem vermehrten Betrieb auf Post- und Frachtstrecken, zu denen vor allem die neue Linie nach Stambul zu rechnen sei. Im übrigen habe der Luftverkehr des Jahres 1930 im Zeichen einer Rationalisierung des Streckennetzes gestanden. Allerdings sei mit dem Rückgang des eigenen Streckennetzes auch eine zunehmende Ueberfremdung des Luftverkehrs über Deutschland eingetreten, so daß die fremden Luftlinien in diesem Jahr eine Länge von mehr als 5000 Kilometer über Deutschland hatten gegenüber etwa 3000 im Jahre 1928. Die Passagefrequenz, die sich im Mai und Juni sehr günstig entwickelt habe, sei im Sommer und Herbst infolge des andauernden schlechten Wetters zurückgegangen wozu auch die allgemeine Wirtschaftskonjunktur noch beigetragen habe. Andererseits sei im Passagierverkehr allgemein eine steigende Tendenz zu beobachten, denn auf den Flugkilometer seien von Juni bis August 2,70 bezahlte Personenkilometer entfallen, was eine Steigerung von 12 Proz. gegenüber 1929 bedeute.

Direktor Milch gab dann einen technisch-wirtschaftlichen Rückblick und Ausblick. Er verwies auf die Fertigstellung der Nachtbefeuerung nunmehr auf der großen Transversale Königsberg—Berlin—Köln—Westgrenze, auf die Fortschritte im Funkdienst, auf den Einsatz eines neuen Kleinfunkgeräts, das es ermögliche, in diesem Winter alle eingesetzten Flugzeuge, auch die kleinen Maschinen, mit Funkgerät zu versehen. Die Zahl der Funkpeilstationen sei in Deutschland um drei vermehrt worden. Besonders hervorzuheben sei dabei die Tatsache, daß es dem Funkmeister Splitt von der Funkstelle Berlin-Tempelhof nach langer Zeit gelungen sei, ein Funkpeilgerät zu erfinden, das den sogenannten Dämmerungseffekt, der Peilungen zu Zeiten der Dämmerung durch Mißweisungen außerordentlich gestört habe, zu beseitigen. Besonders ausführlich äußerte sich der Redner über die Durchführung der technischen Kontrolle an Flugzeugen und Motoren, die immer weiter ausgebaut und verfeinert worden sei.

Mittagsfeier im Rose-Theater. Man muß vor der ebenso sauberen, wie vielseitigen künstlerischen Arbeit dieses Volkstheaters ganz besondere Achtung haben. Kürzlich fand die Erstaufführung des Mysterienspieles „Der Ackermann und der Tod" aus dem 15. Jahrhundert von Johannes von Saaz statt: der ewige, ohnmächtige, ungehört verhallende Verzweiflungsschrei der lebendigen Kreatur gegen die Macht des Todes. Hier erwiesen sich Arthur Malkowsky und Paul Dahlke als Ackermann und Tod als Sprecher von Format. Vorher sprach Ludwig Hardt Gedichte von Heine und er spendete aus des Dichters überreichen Gaben ein gutes Füllhorn voll. Das gut besuchte Haus kargte nicht mit Beifall; ein erfreuliches Zeichen kultureller Vertiefung in einer Zeit, wo der Daseinskampf und politische Verhetzung die Ohren taub machen für alles Schöne in der Kunst.

Die Ausstellung 1930 der Fotogemeinschaft (Sektion der Ortsgruppe Berlin e. V. des Touristenvereins „Die Naturfreunde") findet vom 15. bis 24. November 1930 in den vereinseigenen Räumen, Berlin N. 24, Johannisstr. 15 (Laden) statt. Die Ausstellung ist werktags von 10 bis 20 Uhr und Sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

Allgemeine Wetterlage.



Wetteraussichten für Berlin: Zeitweise aufheiternd, aber überwiegend bewölkt ohne erhebliche Niederschläge, Temperaturen wenig verändert, westliche Winde. — **Für Deutschland:** In Nord- und Mitteldeutschland überwiegend bewölkt, vielfach etwas Regen, im Süden zeitweise heiter.

Abbruch der Badeanstalt Brunnenplatz.

Wieder Klagen aus einem Ledigenheim.

Im städtischen Ledigenheim am Brunnenplatz, das 500 männliche Insassen beherbergt, ist man jetzt dabei, die dort befindliche Badeanstalt abzureißen und den Raum für andere Zwecke zu vermieten; als Ersatz wird ein kleiner Brauseraum mit vier Apparaten errichtet. Motiviert wird dieses Vorgehen damit, daß sich die Badeanstalt als völlig unrentabel erwiesen hätte, daß außerdem zu ihrer Benutzung die Anschaffung eines Wasserkessels sowie die Anstellung eines Bademeisters notwendig würde.

Tatsächlich ist die Anstalt seit dem Jahre 1922 nicht mehr in Betrieb und diente seit dieser Zeit als Aufbewahrungsort für alte Akten und sonstiges Gerümpel. Da die im Bezirk vorhandenen zwei städtischen Bäder bei der starken Bevölkerungsziffer nicht ausreichen und der Badebesuch gerade in den freien Abendstunden wegen Ueberfüllung fast aussichtslos ist, hofften die Mieter seit Jahr und Tag, endlich in den Genuß der vorhandenen Badegelegenheit zu gelangen. Die Mieter hätten sich auch mit einem regelmäßigen kleinen Mietaufschlag für die Badeeinrichtung einverstanden erklärt, wodurch bei der großen Zahl der Beteiligten auch die Frage der Rentabilität gelöst worden wäre. Nun ist diese Hoffnung endgültig dahin, die Wannen stehen bereits auf dem Hof, alles ist demontiert. Weiter beklagen sich die Heimbewohner über die vielfachen Unannehmlichkeiten bei Benutzung der Küchenräume. Die im Jahre 1922 von den Mietern gegründete Kochgemeinschaft hatte Kochapparate angeschafft, und plötzlich, am 1. April d. J., zog die Verwaltung die Benutzungserlaubnis der Kochräume zurück, übernahm die Einrichtungen in eigene Regie, wobei sie erst nach vielen Monaten daran dachte, das Eigentumsverhältnis zu regeln. Inzwischen waren verschiedene Mitglieder der Kochgemeinschaft verzogen, so daß es unmöglich war, die von der Verwaltung geforderte Vollmacht beizubringen. Nun schweben seit langem die unerfreulichsten Verhandlungen und es besteht die Gefahr, daß den Insassen auch noch die Kochgelegenheit entzogen wird.

Wer hat sie gesehen?

Ein 39jähriger und eine 12jährige vermißt.

Seit einigen Tagen wird der frühere Buchbinder Artur Kaesler vermißt, ein Mann von 39 Jahren, der mit seiner Frau in der Hagenauer Str. 16 wohnte. Kaesler hatte seiner Frau erzählt, daß ein Bekannter ihn angerufen habe, und daß er Aussicht habe, bei einer Firma in der Großen Frankfurter Straße Heimarbeit zu bekommen. Am 10. November ging Kaesler vormittags um 11 Uhr von Hause fort und ist seitdem nicht wieder gesehen worden. Nachforschungen ergaben, daß der Bekannte nicht angerufen hatte, und daß der Firma auch von dem Erscheinen des Kaesler nichts bekannt war. Was ihn veranlaßt hat, zu verschwinden, steht nicht fest. Der Vermißte ist 1,60 Meter groß und schmächtig, hat dunkelblondes Haar, gestutzten Schnurrbart und trägt eine Brille. Im Gesicht hat er mehrere alte Narben.

Auch die 12 Jahre alte Schülerin Erika Grahl, die bei ihren Pflegeeltern in der Flughafenstr. 52 in Neukölln wohnte, wird gesucht. Das Mädchen ging ebenfalls am 10. November wie gewöhnlich zur Schule, entfernte sich aber um 9¾ Uhr aus dem Schulhaus und kehrte weder zum Unterricht, noch nach Hause zurück. Das Mädchen ist 1,54 Meter groß und schmächtig, hat hellblonden, sogenannten Flapperkopf und graublaue Augen. Mitteilungen über das Auftauchen der beiden Verschwundenen nimmt die Vermißtenzentrale des Polizeipräsidiums entgegen.

Die neue Monumentenbrücke.

Am kommenden Sonntag wird die neue Monumentenbrücke in Schöneberg freigegeben werden.

Sie hat das alte Gewand einer Holzbrücke abgelegt und stellt sich dar als ein moderner Brückenbau aus Betonwiderlagern und Pfeilern mit eisernen Ueberbauten, deren vier Oeffnungen von Pfeiler zu Pfeiler 2×44 und 2×39 Meter Stützweite aufweisen. Der eiserne Ueberbau, der in äußerst gefälliger Linie die Oeffnungen überspannt, besteht aus Blechträgern mit unten liegender Fahrbahn, so daß die Sicht auf der Brücke durch keinerlei Aufbau gestört wird. Die Breite der Fahrbahn beträgt 12 Meter, die der beiden Gehbahnen je 3,50 Meter. Die Kosten des Neubaues werden von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft getragen und belaufen sich auf über 1½ Millionen Mark. Die Brücke macht einen äußerst gefälligen Eindruck.

Arbeiter, Beamte und Angestellte bei den Berliner Gerichten geben sofort ihre Adressen dem Betriebssekretariat des Bezirksverbandes Berlin der SPD., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, an. Es erfolgen demnächst wichtige Mitteilungen.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt

Am Montag, dem 17. November 1930, 19½ Uhr, in der Stadthalle, Stadthaus, Klosterstraße:

Oeffentliche Kundgebung

Genosse Siegfried Aufhäuser, M. d. R., spricht über:

„Arbeitslosennot und Arbeitslosenhilfe"

Parteigenossinnen und Genossen, Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt, werbt für ein volles Haus.

Abschied von Max Held.

Eine große Trauergemeinde hatte sich im Krematorium in der Gerichtstraße eingefunden, um dem Genossen Max Held, der so plötzlich aus unserer Mitte gerissen worden ist, einen letzten Gruß zu überbringen. Der Vertreter der Freidenker rühmte den Toten als einen Menschen, dessen Leben leuchtendes Vorbild war und der bis zuletzt seine Pflicht erfüllt habe. Für die Parteiveteranen sprach Genosse Gründel, während Genosse Schwahn im Namen der Berliner Parteiorganisation dem Toten die Abschiedsworte sagte. Der „Vorwärts" und die Berliner Partei hatten Kränze gesandt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Silberarbeiter

Adolf Czanderun

geb. 14. Oktober 1882, am 11. November gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet Sonnabend, den 15. November, 11 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße, statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Anteilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes

Walter Dorner

sagen wir im Namen der Hinterbliebenen den Verwandten, Freunden und Genossen unseren herzlichsten Dank.

Bln.-Bohnsdorf, 13. Novbr. 1930.

Familie Dorner.

Optiker Ziem
Schönhauser Tor 1-2
(R. 161

Die richtige Gelegenheit!

Winter-Mäntel
für die ganze Familie!

Dieser
Herren-Ulster-Paletot
ausgesucht elegant, ganz mit Kunstseide gefüttert, kostet nur M **55.-**

Dieser
Damen-Winter-Mantel
unbeschreibl. schick, ganz gefütt. — mit groß. Pelzschalkrag. u. Manschetten, kostet nur M **55.-**

Dieser
Knaben-Winter-Ulster
absolut dauerhaft, kleidsam und warm, kostet nur ..... M **19.-**

Wir haben noch viele andere Modelle u. Preislagen — ähnlich günstige Gelegenheiten. Aber überzeugen Sie sich selbst. Verlangen Sie kostenlos unseren neuen Winter-Katalog!

BAER SOHN AG
BERLIN N 4, Chausseestraße 29/30 · U-Bahn: Stettiner Bahnhof

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3. stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Die Freie Sport- und Schützenvereinigung Berlin, Mitglied der Ortsgruppe des Arbeiterschützenbundes Deutschlands, Berlin-Mitte, veranstaltet eine Eherhebungsfeier am Sonnabend, dem 15. November, 19½ Uhr, in der Aula der Gewerbeschule, Trift- Ecke Müllerstraße. Vortrag: „Die Ziele der Arbeiterschützenbewegung". Referent: Robert Oehlschläger. Wir bitten die Genossen, durch regen Besuch die Kundgebung zu unterstützen.

18. Kreis Weißensee. Sonnabend, 15. November, 20 Uhr, in der Stadthalle, Pistoriusstr. 23. Die Welt der Arbeit in Lied, Bild und Musik, unter Mitwirkung des Männerchors Weißensee. Anschließend Tanz. Eintritt 60 Pf.

Morgen, Sonnabend, 15. November:

62. Abt. Siemensstadt, 20 Uhr im Lokal Heidekrug (Marsandt), Nonnendammallee 89, Heiteres Abend, Rezitationen, Gesangsvorträge und Musik unter Mitwirkung des Genossen Hanns Kamm. Alle Genossinnen und Genossen sind freundlichst dazu eingeladen.

83. **Abt. Lichterfelde.** Der Männerchor „Einigkeit" feiert in den Lichterfelder Festsälen, Zehlendorfer Str. 5, sein 35. Stiftungsfest. Der Volkschor Lichterfelde gibt am Sonntag, dem 16. November, 18 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Drakestr. 73—74, sein 2. Konzert. Da beide Vereine dem DASB. angeschlossen sind, und sich bei allen Veranstaltungen der Partei zur Verfügung stellen, bitten wir um recht rege Beteiligung der Genossen.

117. und 121. Abt. Gruppe Klingenberg. 19½ Uhr 3. Zahlabend im Lokal „Städtisches Flußbad". Referent Genosse Längersdorf spricht über: „Wirtschaftskrise und die Gewerkschaften".

118. Abt. Lichtenberg. Die Gruppenführer rechnen bestimmt am Sonnabend beim Kassierer die Karten von der Revolutionsfeier ab.

128a. Abt. Freie Schalke. 20 Uhr pünktlich im „Schalkentrug" Mitgliederversammlung. Vortrag: „Nationalsozialismus und Sozialdemokratie". Referent: Dr. Otto Friedländer. Alle Genossinnen und Genossen müssen bestimmt erscheinen.

140a. Abt. Wittenau. 19 Uhr findet in Reinickendorf-West, bei Herle, Berliner Straße 73, die Gründungsfeier unserer Kinderfreundegruppe statt. Musik, Rezitationen, Vorführungen, Tanz. Die Parteigenossen werden zum Besuch dieser Veranstaltung eingeladen. Eintritt frei.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Sonntag, 23. November, 9 Uhr, findet im Plenarsaal des Rathauses, Eingang Königstraße, eine

Kulturtagung „Feste und Feiern"

statt. Referenten: Professor Kestenberg, Martin Gleisner, Leiter der Bewegungschöre und der Sekretäre des Bezirksausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, Wilhelm Schenk. Anschließend Aussprache. Alle an der Bildungsarbeit interessierten Genossinnen und Genossen sind eingeladen. Mitgliedsbuch legitimiert.

7. **Kreis Charlottenburg.** Freitag, 14. November, 19½ Uhr, im Rathaus Charlottenburg, Zimmer 2, Sitzung der Arbeiterwohlfahrt. Genosse Gattschalk spricht über: „Die Arbeit in den Wohlfahrtskommissionen". Alle in den Wohlfahrtskommissionen tätigen Genossen und Genossinnen sind dazu eingeladen.

13. Kreis Tempelhof, Marienfelde, Mariendorf, Lichtenrade. Der am Mittwoch hier angezeigte Kursus beginnt nicht heute, sondern erst am 21. November, Sonntag, 16. November, 10 Uhr, Führung durch die Landesfrauenklinik, Neukölln, Mariendorfer Weg 28—29. Genossen und Genossinnen treffen sich um 9½ Uhr an der Ecke Germania- und Gottlieb-Dunkel-Straße.

20. Kreis Reinickendorf. Die Besichtigung der Wohlfahrtsstelle im Polizeipräsidium findet am Sonnabend, dem 15. November, 14½ Uhr, statt. Es wird dringend gebeten, recht pünktlich zu sein. Treffpunkt vor dem Polizeipräsidium, Alexanderstr. 5—6. Alle Genossen und Genossinnen beteiligen sich am Montag, dem 17. November, 19½ Uhr, an der Veranstaltung in der Stadthalle, Klosterstraße.

Jungsozialisten.

Funktionäre! Wir machen auf die Funktionärkonferenz am Sonnabend, dem 15. November, 19½ Uhr, im Hackeschen Hof, Rosenthaler Straße, Vereinszimmer 1, aufmerksam. Genosse Künstler wird über: „Die Partei im Kampf um die Seele der proletarischen Jungmädel" sprechen. Interessierte Genossen können an dieser Konferenz teilnehmen. Die Gruppenvorsitzenden treffen sich ebenda bereits um 18½ Uhr.

Gruppe Zehlendorf, Lichterfelde, Steglitz. Wir beteiligen uns am Sonnabend am Wochenendkursus der SAJ. in Mühlendorf. Treffpunkte 18¼ und 20¼ Uhr Schlesischer Bahnhof. Kosten mit Uebernachten 1,40 M. Nachzügler müssen bis Sonntag, 9 Uhr, in Mühlendorf sein.

Reichenhainhausen. Heute, pünktlich 20 Uhr, im Jugendheim Bischofstr. 47, Vortrag über: „Vegetarismus". Referentin: Genossin Käthe Zieting. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht, da außerdem wichtige Bekanntmachungen.

Gruppe Südost. Heute, pünktlich 20 Uhr, im Jugendheim Wrangelstr. 128, Genosse Hans Seigewasser spricht über: „November 1918". „Sozialismus?" „Bürgerliche Republik." Junge Partei- und SAJ.-Genossen sind herzlich eingeladen.

Gruppe Süden. Heute, 20 Uhr, im Jugendheim Dorfstr. 11, Diskussionsabend über die letzten politischen Ereignisse. Gäste willkommen.

Gruppe Mitte. Heute, 20 Uhr, im Jugendheim Landsberger Str. 50, Thema: „Der Metallarbeiterstreik". Die Eintrittskarten für die Ausstellung müssen abgerechnet werden.

Gruppe Moabit. Sonntag Fahrt. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Charlottenburg mit Fahrkarte nach Bötzow.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Neukölln. Heute fallen die Heimabende der Jungfalken und Roten Falken aus, dafür beteiligen sich alle an der Vollversammlung des Kreises um 17 Uhr im Jugendheim Kanner Straße. Alle müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung. — Gruppe Fritz Reuter, Jungfalken und Rote Falken beteiligen sich heute um 17 Uhr an der Vollversammlung in der Kanner Straße. Heimabend fällt aus.

Kreis Friedrichshain. Für Rote Falken und Jungfalken finden heute keine Gruppenabende statt. Alle kommen um 18 Uhr zur Kreis-Rote-Falken- und Jungfalken-Versammlung. Jugendheim Strauer Str. 18. Keiner darf fehlen. Pünktlich erscheinen. — Gruppe Landsberger Platz. Der Gruppenabend fällt heute aus. Alle Roten Falken und Jungfalken treffen sich um 16½ Uhr Falkenecke.

Gruppe Weißensee. Wir gehen Sonntag auf Fahrt. Treffpunkt 7½ Uhr am Bahnhof Weißensee. Unkosten 50 Pf. Ende der Fahrt gegen 19 Uhr. Heute, Freitag, Liederabend. Vergeßt eure Liederbücher nicht.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

12. Abt. Unsere Genossin Hertha Rauschke, Rostocker Str. 33, ist verstorben. Ehre ihrem Andenken. Beerdigung am Sonnabend, dem 15. November, 14 Uhr, auf dem Heilands-Friedhof. Wir bitten um rege Beteiligung.

78. Abt. Schöneberg. Unser Genosse Wilhelm Westphal ist im Alter von 50 Jahren am 9. November verstorben. Ehre seinem Andenken. Die Einäscherung hat bereits am Donnerstag stattgefunden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37—38 Hof 2. Tr.

Freitag, 14. November. Dahlem (Kameradschaft). 20 Uhr Kameradschaftsversammlung bei Schilling, Luisenstr. 43. **Bohnsdorf-Grünau.** Jungbanner. 20 Uhr Jugendheim Bohnsdorf, Waldestraße, Liederabend. **Lichtenberg.** Kameradschaftsversammlungen: Kameradschaft Kummelodung. 20 Uhr bei Brunn, Türrschmidtstr. 40. Kameradschaft Gustav Tempel. 19½ Uhr bei Redegast, Normannenstr. 38. Wichtige Mitteilungen. — **Sonnabend, 15. November. Reinickendorf.** Kameradschaft Rosenthal. **20 Uhr wichtige Kameradschaftssitzung** bei Türke, Niederstraße. — **Sonntag, 16. November. Kreis Osten.** 20 Uhr Ausstellung der Jugendgruppe Mitte im Festsaal, Neue Grünstraße 19 (Spittelmarkt). Pflichtveranstaltung des Jungbanners. **Mitte.** 8. Kameradschaft und Spielmannszug mit Instrumenten, Generalappell Rungestraße 20. **Alle aktiven und passiven Kameraden haben zu erscheinen.** Bundeskleidung. 1., 4., 5. und 6. Kameradschaft 8½ Uhr Antreten in Zivil auf den Kameradschaftssammelplätzen. **Tiergarten** (Ortsverein). 10 Uhr technischer Dienst. Blockführer haben ein. Pflichtveranstaltung. **Zehlendorf** (Ortsverein). 9 Uhr Antreten bei Schneider, Potsdamer Str. 25, kurze Hose, Windjacke und Rollmütze. — **Friedrichshain.** Kameradschaft Büsching. Freitag, 14. November, 19½ Uhr, Kameradschaftsversammlung bei Blasert, Weberstr. 24a. Sehr wichtige Tagesordnung. Referat. Erscheinen Pflicht. — **Schöneberg-Friedenau.** Sonntag, 16. November, Antreten 14 Uhr Bahnhof Friedenau-Wilmersdorf zur antifaschistischen Demonstration. — **Steglitz** (Ortsverein). Sonntag, 16. November, Antreten 12½ Uhr Düppelplatz. Pflichtveranstaltung.

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin.

Geschäftsstelle: N. 24, Gr. Hamburger Str. 20. Tel.: D 1 Norden 3340.

Am Montag, dem 17. November, 20 Uhr, in der Geschäftsstelle Zusammenkunft aller Jugendlichen. Vortrag des Herrn Boller über: „Gefangenenfürsorge".

Verein zum Schutz der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung E. V. Außerordentliche Generalversammlung am Dienstag, dem 18. November, d. J. Vortrag von Professor Doorlat: „Jugendschutz und Presse".

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Bezirksgruppe Reinickendorf-Tegel. Am Freitag, dem 14. November, spricht Genosse Kurt Siechert zu dem Thema: „Neue Lebensformen in einem alten Lande", „Fahrtenindrücke in Palästina." Beginn 20 Uhr. Ort: Lehrerzimmer der 5. Volksschule, Reinickendorf-West, Auguste-Viktoria-Allee 7—38.

Typographisches Orchester. Dirigent Erich Gutzeit. Uebungsstunden jeden Freitag von 20½ bis 23½ Uhr im Ideal-Kasino, Neukölln, Weichselstr. 8. Bläser und Streicher willkommen. Für Baßsax Instrument vorhanden.

Esperanto-Gesellschaft Charlottenburg. Montag, 17. November, 20 Uhr, Konditorei Woltze, Charlottenburg, Bismarckstr. 114 (Knie). Klubzimmer, Konversationsabend, Esperanto-Spiele. Gäste willkommen.

Funkwinkel.

Shakespeares „Thimon von Athen" als Sendespiel. Der Herausgeber der Wiener „Fackel", Karl Kraus, ist der Bearbeiter. Dieses Drama, das sich in neuester Zeit besonderer Wertschätzung erfreut, bleibt trotz aller Renovierungsversuche eine problematische Dichtung. Neben der großen dramatischen Form, die das Drama in die Nähe der Tragödien wie „Hamlet", „Cäsar" oder „Macbeth" rückt, stehen Szenen, die rein aus dem Theatralischen geboren worden sind und kaum über ein Schema hinauswachsen. Deshalb ist es verständlich, daß immer wieder Bearbeitungen versucht werden und vielleicht empfindet Karl Kraus besondere menschliche Bindungen zum Thimon. Seine Bearbeitung geht in sprachlicher Beziehung darauf hin, die zerfließende unplastische Uebersetzung der Dorothea Tieck zusammenzuballen, zu intensivieren und die Begriffe zu klären und anschaulich zu machen. Stellenweise erweitert und modernisiert er den Text, wenn ursprüngliche Verschachtelungen den Sinn des Satzes verwirren. Es kommt Karl Kraus auf das Wort an, auf seine Plastik und Reinheit. Darauf stellt er auch die Regie ein. Er streicht, was für den Aufbau des Ganzen überflüssig ist, er streicht nicht oder stellt Szenen um im Hinblick auf die Wirkung im Rundfunk. Der Szenenablauf folgt der dramatischen Dichtung, und weil das Wort von entscheidender Bedeutung ist, wird so klar und eindeutig gesprochen wie selten im Rundfunk, aber nicht dramatisch bewegt, sondern eher rezitatorisch, worin Krauß selbst Vorbildliches leistet. Doch dadurch kommt man nicht zum Hörspiel, sondern nur zum deklamatorischen Vortrag. Außerdem verwirrt die große Zahl der Personen. Hervorragend die Behandlung des Wortes, gering die funkdramatische Wirkung.

F. Sch.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Heute, Freitag, 14. November, 19½ Uhr:

Zusammenkunft der Berufsschul- und Gewerkschaftsobleute im Zeichensaal der Schule Rochstr. 13 (U-Bahn Rochstraße). Thema: „Warum freigewerkschaftliche Organisation?" „Die Mitarbeit in der Berufsschule."

Arkonaplatz: Jugendheim Elisabethkirchstr. 19. Tagespolitik. — **Kölnischer Park:** Jugendheim Waisenstr. 18. „Gewußt Wann?" — **Zentrum:** Jugendheim Landsberger Str. 50. „Erste Hilfe." — **Moabit** I: Jugendheim Waldenserstr. 20. „Meine Wanderjahre." — **Arnimplatz:** Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Tagespolitik — **Friedrichshain:** Jugendheim Dieselmeyerstr. 5. „Die politischen Parteien." — **Barschauer Viertel:** Jugendheim Libauer Str. 18. „Materialismus." — **Barschauer Viertel** (R.-F.): Jugendheim Libauer Str. 16. „Politische Lage in Italien." — **Schöneberg** IV: Jugendheim Hauptstr. 15. „Politisch-satirischer Abend." — **Schöneberg** V: Jugendheim Haupt'str. 15. „Ostpreußenfahrt." — **Charlottenburg-Süd:** Jugendheim Goethestraße. „Unsere Heimzeitung." — **Steglitz** (R.-F.): Jugendheim Flemmingstr. 14b. „Was ist Klassenkampf?" — **Mariendorf** I: Jugendheim Dorfstr. 7. „November 1918." — **Mariendorf** II: Jugendheim, Siedlung Daheim 130/120. „Aktuelle Fragen des Sozialismus." — **Neukölln** IV (R.-F.): Jugendheim Schierkestraße. „Jugendschutzgesetz." — **Neukölln** XI: Jugendheim Flughafenstr. 68. „Arbeitersport und bürgerlicher Sport." — **Köpenick** I: Jugendheim Grünauer Str. 5. „Fürsorgeerziehung." — **Köpenick** II: Jugendheim Dahlewitzer Str. 15. „Gegenwartsfragen der SPD." — **Baumschulenweg:** Jugendheim Ernststr. 14. „Bursche und Mädel in der SAJ." — **Reinickendorf-Ost:** Jugendheim Lindauer Straße. Tagespolitik. — **Buchholz:** Jugendheim Berliner Str. 19. „Jugend im Kampf gegen Krieg und Militarismus." — **Niederschönhausen:** Jugendheim Lindenstraße 47. „Der proletarische Jugendliche und die Republik." — **Neukölln** II: Jugendheim Kissingenstraße. Zusammenkunft der Spielgemeinschaft. Alle eingetragenen Genossen müssen erscheinen.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Ablieferung des Ausstellungsmaterials ab 20 Uhr im Jugendheim Rastenburger Str. 16. Generalprobe. Alle müssen um 19½ Uhr in den Baracken, Danziger Straße, sein. Sprechchor, Revue, Weber, Gymnastik.

Werbebezirk Lichtenberg: Mitgliederversammlung in der Schulaula Siegfriedstraße, nahe Frankfurter Allee. Thema: „Klassenjustiz". Die Zusammenkunft der Spielleute muß ausfallen.

Werbebezirk Neukölln: Arbeitsgemeinschaft im Jugendheim Bergstr. 20. „Die Familie in der Gesellschaft."

Werbebezirk Teltowkanal: Im Jugendheim Lichterfelde, Albrechtstr. 14a, Sitzung des engeren Werbebezirksvorstands mit den Funktionären der Abteilung Lichterfelde.

Streichorchester der SAJ.: Sonnabend, 15. November, 19 Uhr, Beteiligung an der Feier des Werbebezirks Prenzlauer Berg im Lutherstädtischen Gymnasium, Gleimstr. 49 (U-Bahn Nordring).

Werbebezirk Westen: Jugendtag in Bötzow am Sonnabend und Sonntag, dem 15. und 16. November. Zentrale Abfahrtszeiten Sonnabend, 18½ Uhr, Bahnhof Jungfernheide. 20 Uhr Bahnhof Charlottenburg. Sonntag, 7 Uhr, Bahnhof Jungfernheide. Außerdem Treffpunkte der Gruppen beachten.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Am Sonnabend, dem 15. November, 19½ Uhr, Werbefeier: „Wir legen los", in der Aula Gleimstr. 49. Eintritt 30 Pf. Alle Gruppen müssen Fahnen und Transparente um 14 Uhr in der Aula abliefern.

Rekordleistungen im ganzen Haus

KOLONIALWAREN	BUTTER UND KÄSE	WURSTWAREN	WEINE U. SPIRITUOSEN	KONSERVEN
Zucker fein ..... Pfd. 0.26	Molkereibuttter ..... Pfd. 1.38	Dampfwurst . Pfd. 0.98 0.78	Wintringer 10 Ltr. 8.50 1 Ltr. 1.00	Schnittbohnen I ....½ Ds. 0.52
Würfelzucker ..... Pfd. 0.32	Tafelbutter ..... Pfd. 1.60, 1.50	Plockwurst ..... Pfd. 1.08	Nitt.Leiterch.10 Ltr.10.50 1 Ltr. 1.10	Wachsbohnen.....½ Ds. 0.53
Wiener Auszugmehl 5 Pfd. 1.35	Dänische Butter ..... Pfd. 1.72	Cervelatwurst i. Rdsd. 1.08	Niersteiner 10 Ltr. 12.00 1 Ltr. 1.25	Junge Erbsen .....½ Ds. 0.70
Kartoffelmehl ..... Pfd. 0.16	Margarine ..... Pfd. 0.44	Grob. Mettwurst i. Rg. 1.38	Ungsteiner 10 Ltr. 8.50 1 Ltr. 0.90	Junge Erbsen, mittelf. ½ Ds. 0.73
Weiße Bohnen .... an Pfd. 0.18	Pflanzenfett ..... Pfd. 0.45	Schinkenplockwurst 1.38	Johannisbw. 10 Ltr. 7.00 1 Ltr. 0.75	Gem. Gemüse, lose ... Pfd. 0.42
Grüne Erbsen ..... an Pfd. 0.18	Bratenschmalz ..... Pfd. 0.72	Cervelatwurst i. Fettd. 1.38	Tarragona 10 Ltr. 10.00 1 Ltr. 1.05	Gemischtes Gemüse ½ Ds. 0.50
Viktoriaerbsen..... Pfd. 0.19	Dänischer Schweizer Pfd. 0.84	Gek. Schinken .. Pfd. 1.80	Samos.....10 Ltr. 11.00 1 Ltr. 1.15	Gem. Gemüse mittelf. ½ Ds. 0.98
Linsen ..... an Pfd. 0.18	Geheimratskäse .... Pfd. 1.10	Blut-, Leberwurst Pfd. 0.68	Malaga ...10 Ltr. 11.50 1 Ltr. 1.20	Spinat 3 Pfd. Ds. 0.83, ½ Ds. 0.44
Eierschnittnudeln .... Pfd. 0.48	Edamer u. Holl. 40% . Pfd. 0.90	Landleberwurst Pfd. 0.95	Muskat ...10 Ltr. 11.00 1 Ltr. 1.15	Pflaumen m. St..... ½ Ds. 0.60
Eierfigurennudeln ... Pfd. 0.55	Edamer u. Holl. 20% . Pfd. 0.68	Feine Leberwurst Pfd. 1.28	DouroPortw. 10 Ltr. 17.50 1 Ltr. 1.80	Karotten, geschn..... ½ Ds. 0.28
Sultaninen ..... an Pfd. 0.32	Tilsiter, vollfett .....Pfd. 0.82	Speckwurst .... Pfd. 0.88	Weinbr. Spezial 1 Ltr. m. Fl. 4.80	Jg. Karotten ..... ½ Ds. 0.60
Korinthen ..... Pfd. 0.45	Finn. Schweizer ..... Pfd. 1.18	Fleischwurst .... Pfd. 0.98	Rum-Verschn. ... 1 Ltr. m. Fl. 4.60	Reineclauden .....½ Ds. 0.90
Haselnußkerne.....Pfd. 1.00	Gorgonzola..... Pfd. 1.30	Jagdwurst ..... Pfd. 1.15	Weinbr. Cabinet ¾ Ltr. m. Fl. 3.95	Aprikosen.....½ Ds. 1.10
Pfirsiche ..... Pfd. 0.60	Emmenth. o. Rd., vollfett Pfd. 1.30	Schinkenspeck .. Pfd. 1.62	Utiel Span. Rotw. ¾ Ltr. m. Fl. 1.10	Birnen ½ Frucht ..... ½ Ds 0.95
Birnen ..... Pfd. 0.65	Emmenth. Art o. Rd. ... Pfd. 0.88	Bauernleberwurst Pfd. 1.28	Montagne (Rotw.) ¾ Ltr. m. Fl. 0.95	Pflaumenmus ca. 2 Pfd. Eim. 0.95
Mischobst ..... an Pfd. 0.35	Camembert .....Schachtel 0.22	Sülzwurst ..... Pfd. 0.85	27er Haut Sautern. ¾ m. Fl. 2.80	Vierfr.-Marm ca. 2 Pfd. Eim. 0.95
Gebr. Kaffee.....an Pfd. 1.90	Harzer Käse ..... Pfd.-Pak. 0.40	Filetwurst ..... Pfd. 1.60	28er Margaux ¾ Ltr. m. Fl. 1.80	Pflaum.Marm. ca. 1 Pfd.-Glas 0.50

KONFITÜREN	WILD U. GEFLÜGEL	FRISCHE FISCHE	OBST UND GEMÜSE	DELIKAT., RÄUCHERW.
Kräuterprinten..... Pfd. 0.95	Mastsuppenhühn. fr. an Pfd. 0.92	Schellfisch mit Kopf.... Pfd. 0.18	Bergamotten, holl.... Pfd. 0.20	Ölsardinen ..... an 5 Dos. 0.95
Schokoladenprinten Pfd. 1.80	Jg. Oderbr. Gänse an Pfd. 0.92	Kabeljau i. Gz. o. Kopf Pfd. 0.23	Kochbirnen, große 2 Pfd. 0.45	Div. Fischmarinaden Dos. 0.25
Pfeffernüsse, weiß .... Pfd. 0.50	Jg. Mast-Enten .... an Pfd. 1.00	Seelachs o. Kopf i. Gz. Pfd. 0.20	Dattelwein, span..... Pfd. 0.65	Div. Fischmarin. 1 Ltr.-Dos. 0.85
Braune Nüsse ..... Pfd. 0.60	Gänsestückenfleisch. Pfd. 0.95	Rotbars ohne Kopf .... Pfd 0.16	Amerik. Tafeläpfel... Pfd 0.38	Rollmops i. Rem..... Dos. 0.65
Rhein. Spekulatius ... Pfd. 0.50	Gänsebrust im Ganzen Pfd. 1.30	Fischfilet ..... an Pfd 0.42	Tiroler Edelböhmer Pfd. 0.25	Gabelbissen..... Dos. 0.65
Spitzkuchen m. Schok. Pfd. 1.20	Suppentauben ... an Stück 0.56	Rotzunge ..... Pfd 0.38	Blockdatteln ..... Pfd. 0.60	Hambg Näschereien Dos. 0.60
Dominosteine (doppelfüllg.) 1.40	Fasanen ..... an Stück 2.60	Grüne Heringe ..... 3 Pfd. 0.65	Getrocknete Bananen Pfd. 0.70	Filetheringe i. div. Soß. Ds. 0.85
Herzen u Brezeln 6 Stück 0.25	Hirschblatt..... an Pfd. 0.80	Leb. Karpfen ..... an Pfd. 0.95	Kranzfeigen .....Pfd. 0.32	Salzgurken 2 Ltr. Dos. 0.95
Thorn. Katharinchen 3 Pak. 1.00	Hirschrücken .....an Pfd 1.30		Zitronen .....an Dtzd. 0.30	Ochsenmaulsal 450 gr. Ds. 0.95
Malzbonbon .....Pfd 0.50	Hirschkeule ..... an Pfd. 1.05	ZIGARREN	Rosenkohl..... Pfd. 0.20	Heringssalat m. Mayon ½ 0.45
Hustenmischung..... Pfd. 0.60	Rehblatt..... an Pfd. 0.98	Große Karstadt ..... Stück 0.10	Dauer-Maronen .....Pfd 0.32	Remouladensoße.. ½ Pfd. 0.55
Burgm. Vollm. Schok. 100 gr 0.25	Wildschweinkeule ... Pfd. 1.40	Karstadt-Bombe ..... Stück 0.13	Bayerische Rettige Stück 0.10	Ravensbg Würstch. 2 Paar 0.50
Burgm. NußKrok. 100 gr. TR 0.25	Wildschweinblatt .... Pfd. 1.10	Leichtverderbliche Ware ist vom Versand ausgeschlossen - Zusendung nur bei Bestellungen von M. 5.00 an	Rot-, Wirsg.- Weißk. 4 Pfd. 0.10	Fettbücklinge ..... an Pfd. 0.38
Sonderangebot! Sonderangebot! Haushalt-Kakao . . . Pfund 0.50	Hasen gstr. u. ausgew. an Pfd. 0.95		Schwarzwurzeln ... 2 Pfd. 0.55	Seelachs geräuch ... Pfd. 0.48
	Wildragout..... an Pfd. 0.45		Sellerie ..... 3 Pfd. 0.20	Schellfisch geräuch. Pfd 0.42

KARTOFFELN	BROT	
Weiße ..... Zentner 1.85, 10 Pfund 0.20	Mecklenburger Landbrot ca. 3½ Pfd. oder hiesiges Feinbrot ca. 2½ Pfd. ..... Mark	0.45
Rote ..... Zentner 2.40, 10 Pfund 0.26		
Industrie ..... Zentner 2.50, 10 Pfund 0.27		

KARSTADT

Tatsachen klagen an!

Die Krise allein hat das Lohneinkommen schon um 8 Proz. gesenkt!

Wir haben immer wieder betont: das Lohneinkommen der noch in Arbeit stehenden Arbeiter und Angestellten hat sich schon durch Abbau der Akkorde und der übertariflichen Verdienste, verkürzte Arbeitsdauer usw. bereits wesentlich gesenkt. Genaue Unterlagen über das Ausmaß sind nicht vorhanden, da es bisher leider keine laufende Erhebung der effektiven Löhne gibt. Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht nun in seinem letzten Wochenbericht eine Abhandlung über den Rückgang des Arbeitseinkommens an Hand der durchschnittlichen Wochenverdienste nach den Ausweisen der Invalidenversicherung. Wenn diese Untersuchung auch nur rohe Durchschnittsziffern liefern kann, so bringt sie doch stichhaltiges Material dafür, daß bereits ein sehr starker Abbau der Löhne und Gehälter eingetreten ist.

Der durchschnittliche Wochenverdienst aller beschäftigten Arbeiter lag im 3. Quartal 1930 im Reichsdurchschnitt um etwa 3 Proz. unter dem Stand des 3. Quartals von 1929, der Rückgang für die Industriearbeiter ist noch wesentlich stärker.

In diesem Reichsdurchschnitt sind nämlich nicht bloß die Industriearbeiter enthalten, sondern auch Landarbeiter und Hausangestellte, deren an sich schon äußerst niedriges Lohneinkommen sich kaum nennenswert gesenkt haben dürfte. Die Erhebung des Konjunkturinstituts weist auch auf die großen gebietlichen Unterschiede im Ausmaß des Rückgangs der Lohneinkommen hin. Es heißt in dem Bericht des Instituts:

„Es zeigt sich nämlich, daß vornehmlich in stark industriellen Gebieten die Durchschnittsverdienste der invalidenversicherten Arbeiter besonders kräftig gesunken ist. . . . Bei den Gebieten mit nur wenig gesunkenen Durchschnittseinkommen handelt es sich fast ausschließlich um Gebiete mit überwiegend oder rein agrarischem Charakter."

Wie stark der bereits eingetretene Abbau der Lohnverdienste ist, dafür ein paar Angaben.

In den Industriegebieten bewegt sich der seit einem Jahr eingetretene Rückgang der Lohneinkommen der beschäftigten Arbeiter im allgemeinen zwischen 4 bis 8 Proz., geht aber teilweise noch in einzelnen Industriegebieten über 8 Proz. hinaus, so z. B. in einigen Teilen Rheinland-Westfalens, in Hessen, Oberbayern und im Regierungsbezirk Leipzig. Das Konjunkturinstitut schreibt hierzu:

„Der Rückgang des durchschnittlichen Verdienstes der Arbeiter ist in erster Linie wohl darauf zurückzuführen, daß in der Industrie übertarifliche Bezahlungen, Ueberstundenarbeit usw. in größtem Umfange eingeschränkt worden sind, und daß darüber hinaus die Kurzarbeit stark zugenommen hat."

Es ist also bei den beschäftigten Arbeitskräften bereits ein fühlbarer Abbau der Löhne und des Arbeitseinkommens eingetreten, der im Durchschnitt über die bisher eingetretene Verbilligung der Lebenshaltungskosten hinausgehen dürfte. Hierbei ist die Mehrbelastung der Arbeiterschaft durch die Erhöhung der Versicherungsbeiträge, die Verschlechterung der Krankenversicherung, durch die Erhöhung der indirekten Besteuerung (Tabak und Bier) noch gar nicht mit eingerechnet.

Nach diesem Material ist kein Zweifel mehr darüber, daß außer dem enormen Kaufkraftverlust der arbeitslosen Arbeiter auch bei den beschäftigten Arbeitern bereits eine erhebliche Senkung des Reallohns eingetreten ist. Der effektive Abbau der Löhne und Gehälter ist bereits sehr weitgehend fortgeschritten. Eine weitere Senkung durch Abbau der Tariflöhne — wie ihn die Reichsregierung eingeleitet hat — würde eine weitere Einschränkung der Kaufkraft bedeuten, die schwerste soziale Folgen nach sich ziehen und zu einer neuen Verschärfung der Absatzkrise führen muß. Der Lohnabbau und der Rückgang des Arbeitseinkommens ist bereits wesentlich der Preissenkung vorausgeeilt. Der Berliner Schiedsspruch ist also wirtschaftlicher Wahnsinn.

Die Regierung hat daher die Pflicht, unverzüglich eine wesentliche Senkung der Preise und Verbilligung der Lebenshaltung herbeizuführen, weiteren Lohnabbau nicht mehr zu dulden. Hier stellen Tatsachen eine Vertrauensfrage für die Regierung, die noch wichtiger ist als die im Parlament.

Reichliche Montangewinne.

Gutehoffnungshütte 22 Prozent Gewinnsteigerung. — Bessere Eisenlage.

Die Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb, Nürnberg, deren Dividendenerhöhung von 7 auf 10 Prozent wir bereits mitgeteilt haben, veröffentlicht jetzt ihren Geschäftsbericht für das am 30. Juni abgeschlossene Betriebsjahr 1929/30. Dieses Nürnberger Unternehmen stellt die Verwaltungsgesellschaft des Haniel-Konzerns dar, dessen Sternbetriebe die schwerindustriellen Werke der Gutehoffnungshütte A.-G. in Oberhausen bilden.

Der Geschäftsbericht dieser Oberhausener Gruppe nimmt daher auch das größte Interesse in Anspruch. Der Betriebsgewinn erhöhte sich trotz der schweren Krise von 8,9 auf 11,3 Millionen Mark, und obwohl die Abschreibungen auf die Werksanlagen von 5 auf 6,3 Millionen heraufgesetzt wurden, weist der Reingewinn für die Nürnberger Verwaltungsgesellschaft eine 22prozentige Steigerung von 3,9 auf 5,0 Millionen auf. Der Gesamtumsatz der Zechen- und Stahlbetriebe in Oberhausen ging verhältnismäßig unwesentlich von 219,1 auf 213,1 Millionen, also um 7,71 Proz. zurück. Die Kohlenförderung hielt sich gleichfalls verhältnismäßig mit 4,14 gegen 4,21 Millionen Tonnen auf der Höhe des Vorjahres und auch die Koksproduktion hat mit 1,14 Millionen Tonnen nur einen ganz geringen Rückgang erfahren. Entschieden schärfer waren dagegen die Krisenwirkungen in den Eisen- und Stahlbetrieben. So sank die Förderung von Eisenerz von 0,22 auf 0,18, die Roheisenerzeugung von 0,92 auf 0,85, die Stahlproduktion von 1,07 auf 1,0 und die Walzwerkserzeugung von 0,78 auf 0,73 Millionen Tonnen. Dagegen konnten die Produktionsmengen für Maschinen, Drahtwaren, Kalkstein und elektrischen Strom wesentlich gesteigert werden.

Diese Gewinnziffern der Gutehoffnungshütte Oberhausen können unter Berücksichtigung der schweren Wirtschaftskrise als ein Glanzabschluß bezeichnet werden. Da die Krisenwirkungen sich nur im Umsatz und auch dort verhältnismäßig geringfügig zeigen, muß der Mehrgewinn des Konzerns in allererster Linie durch weitere Leistungssteigerungen der stark abgebauten Belegschaft und entsprechende Senkung der Selbstkosten erzielt worden sein.

Auch bei Rheinmetall Gewinnsteigerung

Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf zahlt auch für das Geschäftsjahr 1929/30 wieder die gleich hohe Dividende von 7 Prozent. Der Gesamtumsatz des Unternehmens ist zwar von 56 auf 45 Millionen zurückgegangen, doch ist dieser Umsatzverlust hauptsächlich durch den Verkauf des Röhrenwerkes bedingt.

Die Gewinnergebnisse des Unternehmens haben sich gegen 1928/29 noch erheblich verbessert. So erhöhte sich der Betriebsgewinn von 9,4 auf rund 11 Millionen, ohne daß allerdings hieraus der Anteil aus dem Verkauf des Röhrenwalzwerkes ersichtlich wird. Der Reingewinn ist zwar mit 1,92 Millionen nur wenig höher als im vorhergehenden Jahre ausgewiesen, da diesmal die Abschreibungen ganz beträchtlich von 2,4 auf 4,0 Millionen erhöht worden sind. Für die bedeutende Verdienststeigerung bei dem Unternehmen ist bezeichnend, daß der sogenannte Rohgewinn, der sich aus Reingewinn und Abschreibungen zusammensetzt, von 21 Prozent auf fast 30 Prozent des Aktienkapitals gestiegen ist. Da der Rheinmetall-Konzern der bedeutendste Heereslieferant für die Reichswehr ist, fällt er allerdings aus dem Rahmen der übrigen Stahl- und Maschinenbetriebe heraus.

Eisen- und Stahlerzeugung wächst.

In der Roheisen- und Stahlproduktion weist die seit fast einem Jahr rückgängige Produktion im Monat Oktober zum erstenmal eine leichte Steigerung auf. So stieg nach „Stahl und Eisen" die Produktion der Hochöfen an 31 Arbeitstagen im Oktober auf 678 497 Tonnen gegen 652 863 Tonnen Roheisen im September an 30 Arbeitstagen. Die arbeitstägliche Durchschnittsleistung erhöhte sich um fast 2 Proz. von 21 762 auf 22 177 Tonnen.

Auch bei den Stahlwerken ist eine leichte Belebung eingetreten. Die Monatsproduktion stieg an 27 Arbeitstagen (September 26 Arbeitstage) von 813 879 auf 856 433 Tonnen. Arbeitstäglich erhöhte sich die Produktion um 1,2 Proz. von 31 303 auf 31 720 Tonnen. Ob es sich bei dieser leichten Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion nur um eine vorübergehende Besserung handelt oder ob der Tiefpunkt der schwerindustriellen Depression tatsächlich überwunden ist, müssen erst die Ergebnisse der beiden nächsten Monate zeigen.

Wer zwingt endlich die Eisenkartelle?

Die zweite Eisenpreissenkung, die der ersten im Verhältnis zum Ausland lächerlich geringen deutschen Eisenverbilligung folgen muß, ist noch immer nicht da. Inzwischen haben sich nicht nur die Gestehungskosten für die Eisenindustrie weiter gesenkt, auch ihre Absatzlage ist nur durch die außergewöhnlichen Inlandsaufträge der Reichsbahn eine Kleinigkeit verbessert worden. Dafür wird unsere eisenverarbeitende Fertigindustrie infolge der noch immer wahnsinnig überhöhten Inlandspreise in ihrer Konkurrenzfähigkeit immer mehr bedrängt, und zwar auch auf dem eigenen inländischen Markt. Die Reichsregierung hat jetzt einen Kabinettsausschuß gebildet, der auch unter Anwendung der neuen Kartellnotverordnung vorgehen will. Die Oeffentlichkeit wird in dem Verhalten dieses Kabinettsausschusses gegenüber der Eisenindustrie einen Prüfstein für die Ernsthaftigkeit und Fähigkeit der Reichsregierung erblicken, sich mit ihrer Preissenkungspolitik durchzusetzen.

Es liegt die Meldung vor, daß die Schrottpreise, die für einen großen Teil der Ruhrindustrie und fast für die ganze mitteldeutsche Eisenindustrie entscheidend sind, wieder gesenkt wurden. Die Fracht eingerechnet haben jetzt die mitteldeutschen Werke für Schrott nur noch 36 gegen 51 Mark in der Vorkriegszeit zu zahlen. Allein beim Einkauf des Rohstoffes, der hier bis zu 45 Prozent der Kosten eingesetzt wird, liegt eine Ersparnis von fast 30 Prozent vor. Es wäre also eine sehr starke Senkung der Eisenpreise möglich.

„Preise, Löhne und Arbeitslosigkeit."

Ein Rundfunkvortrag von Professor Heimann.

In dem Zyklus „Das Arbeitslosenproblem" sprach Professor Dr. Eduard Heimann (Hamburg) kürzlich im Berliner Sender über das Thema „Preise, Löhne und Arbeitslosigkeit". Nach den Verteidigungsreden auf die Lohn- und Preispolitik der großen Konzerne und Truste, die bisher in diesem Zyklus gehalten worden waren — Herr Duisberg war auch unter den Rednern — wirkte dieser sechste Vortrag der Reihe durch seine klaren, sachlichen Feststellungen und durch seine Abweisung der Unternehmerpolitik.

Das Hauptmotiv der deutschen Arbeitslosigkeit erblickt Eduard Heimann, abgesehen von der allgemeinen Weltwirtschaftskrise, in dem Prozeß der Rationalisierung, der in Deutschland später, **aber desto intensiver einsetzte als in den anderen Industrieländern** der Welt. Der Prozeß mußte in Deutschland beschleunigt werden, damit die deutsche Industrie konkurrenzfähig blieb; in der Inflation war sie es durch Dumping auf dem Weltmarkt gewesen. Dieser Vorgang der Rationalisierung, verknüpft mit der Anschaffung neuer Maschinen und Sachwerte, erforderte die Investierung neuer Kapitalien, und deshalb blieben die Unternehmer trotz Verbilligung der Produktion auf ihren hohen Preisen sitzen. Sind diese heute noch gerechtfertigt?

Das Sinken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, die Verbilligung der Produktion durch die Rationalisierung und der damit verbundenen Einschränkung im Bestand der Arbeiter und Angestellten sprechen für eine Senkung der Preise. Andererseits ist wiederum der Absatz im In- und Ausland durch die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, so daß sich der Umsatz verringerte. Anstatt nun durch eine Senkung des Preisniveaus, die durchaus möglich ist, die minderbemittelten Schichten als Abnehmer zu behalten und dadurch den Umsatz annähernd auf der alten Höhe zu lassen, geht die Preispolitik des Unternehmertums darauf hin, die Verluste, die durch den zurückgehenden Umsatz entstehen, durch Preisgewinn am einzelnen Stück auszugleichen. Weniger Umsatz und höherer Verdienst an der einzelnen Ware ist die Devise, die absolut abzulehnen ist. Es gilt, diese Preisversteifung entschieden zu brechen, ehe an eine wirkliche Besserung der Zustände zu denken ist. Diese Preisversteifung findet sich nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch bei den öffentlichen Betrieben, wie etwa der Reichsbahn.

Eine Aktion gegen die Löhne und Gehälter wäre höchstens dann möglich, nachdem sich das Preisniveau gesenkt hat. Hinzu kommt, daß der deutsche Reallohn entgegengesetzt den Behauptungen des Unternehmertums über 30 Prozent tiefer liegt als der englische.

Wer billig ist, wird bestraft.

Dem Preisabbau-Direktorium zur Beachtung.

Die Zigarettenfabrikanten haben eine sogenannte Preisschutzstelle eingerichtet, zu dem Zweck, den Kleinhändlern die Verkaufspreise unter Androhung einer hohen Konventionalstrafe vorzuschreiben. Die Gerichte leisten dabei Hilfe.

So ist gestern, Donnerstag, auf Grund eines Gerichtsbeschlusses des Kammergerichts bei dem Zigarettenhändler Rudolf Bergmann, Rosenthaler Straße 10, eine Geldstrafe von 7800 Mark plus 41 Mark Gebühren durch Zwangsvollstreckung erhoben worden, und zwar weil dieser Zigarettenhändler unter den von der Preisschutzstelle vorgeschriebenen Preisen verkauft hat. Herr Bergmann hatte die 2-Pfennig-Zigaretten, die im Einkauf 1,5 bis 1,6 Pfennig kosten, bei Abnahme von 10 Stück zu 18 Pf. verkauft, die 3-Pfennig-Zigarette, die im Einkauf 2,3 bis 2,4 Pf. kostet, zu 26 Pf. für 10 Stück, die 4-Pfennig-Zigarette, die 3,05 Pf. kostet, zu 34 Pf. für 10 Stück, die 5-Pfennig-Zigarette, die 3,75 Pf. kostet, zu 42 Pf. für 10 Stück, die 6-Pfennig-Zigarette, die 4,5 Pf. kostet, zu 50 Pf. für 10 Stück usw.

Von der Preisschutzstelle ist Herrn B. gesagt worden, daß er prozessieren könne, soviel er wolle, er würde doch verlieren. Die Zigarettenfabrikanten hielten es länger aus und würden ihn ruinieren, wenn er nicht nachgebe!

Hier hätte das Reichswirtschaftsministerium Gelegenheit, seine Energie zu beweisen und diejenigen zu schützen, die entsprechend dem Regierungsprogramm die Preise senken wollen.

Brot in Köln, Benzin im Reich verbilligt.

Die Kölner Bäckerinnung beschloß, von Montag, den 17. November, ab die Brotpreise zu ermäßigen, und zwar für das drei Pfund schwere Schwarzbrot von 55 auf 51 Pf., für ein Pfund geschnittenes Schwarzbrot von 22 auf 20 Pf., und für das zwei Pfund schwere Roggenbrot (bisher 2½ Pfund) von 58 auf 46 Pf.

Die führenden Treibstoff-Firmen haben die Pumpenpreise für alle Betriebsstoffe im überwiegenden Teile Deutschlands ab Freitag, den 14. November, um 1 bis 2 Pf. je Liter herabgesetzt. Darüber hinaus erhalten gewerbliche Verbraucher bei Barzahlung an der Tankstelle je nach Absatzzone eine Vergütung von 1 bis 3 Pf. je Liter. Für Berlin und Hamburg tritt demgemäß eine Preisverbilligung um 2 Pf., für gewerbliche Konsumenten um 4 Pf. je Liter ein.

Kupferpreis steigt.

Tiefpunkt der Kupferbaisse überwunden?

Die starke Nachfrage nach Kupfer, die in der letzten Woche auf den europäischen Märkten einsetzte, hat das amerikanische Kupferkartell zu einer Heraufsetzung der Preise von 9,8 auf 10,3 Cent je Pfund veranlaßt. Zugleich erhöhte sich auf der Londoner Kupferbörse der Tonnenpreis von 929 auf 960 Mark und erreichte im Laufe des gestrigen Tages sogar den Stand von 1020 Mark.

Diese Steigerung des Kupferpreises wird im ersten Augenblick überraschen, da die Bestände des amerikanischen Kupferkartells sich Ende Oktober mit 365 000 Tonnen noch um 4000 Tonnen gegenüber dem Vormonat erhöht hatte, und auch die Rohkupfer-Vorräte eine Steigerung um 3000 auf 240 000 Tonnen aufwiesen. Diese sehr starke Vorratsbelastung hat aber offenbar nicht hindern können, daß die infolge des Preistiefstandes — der letzte Kupferpreis entsprach etwa den Preisen von 1896 — stark angeregte Nachfrage sowie auch die Beschlüsse der New-Yorker Konferenz, künftig die Rohkupferproduktion planmäßig zu regeln, ihren Eindruck nicht verfehlt haben.

Protest gegen die Tabaksteuererhöhung. In Bünde (Westfalen), dem Zentrum der westfälisch-lippischen Zigarrenindustrie, fand eine sehr stark besuchte Kundgebung gegen die weitere Erhöhung der Tabaksteuer statt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die von der Regierung vorgesehene Banderolensteuer für Zigarren zu einer Verteuerung der Zigarren bis zu 50 Proz. führen müßte. Die daraus notwendig erwachsende Drosselung des Konsums würde für die von der Zigarrenfabrikation lebende Bevölkerung von katastrophalen Folgen sein.

Kubanischer Zuckerüberfluß. Das kubanische Parlament hat jetzt einen Gesetzentwurf angenommen, wonach der Staat zur Stützung des Zuckermarktes 42 Millionen Dollar bereitstellen soll. Nach dem Vorbild der brasilianischen Kaffeepolitik sollen in den nächsten fünf Jahren 1 680 000 Tonnen vom Markt künstlich ferngehalten werden, um einen weiteren Preiseinbruch zu verhüten. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten soll für 1930/31 auf 3,13 Millionen Tonnen begrenzt werden.

Gegen den Metallschiedsspruch.

Der Bundesvorstand des ADGB. protestiert!

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erblickt in dem neuen Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie das Ergebnis der falschen und in ihren praktischen Folgen verderblichen Auffassung, daß die Senkung der Löhne einen Weg zur Ueberwindung der Wirtschaftskrisis und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit darstellt.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung haben die Gewerkschaften stets die Meinung vertreten,

daß eine durch Lohnkürzungen bewirkte Schmälerung der Kaufkraft breiter Schichten der Bevölkerung den Absatz vermindern, die Krisis verschärfen, die Arbeitslosigkeit vermehren muß.

Diesen Standpunkt, der von geachteten Kreisen des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft geteilt wird, hält der Bundesvorstand aufrecht.

Wie der Bundesausschuß des ADGB., ausgehend von dieser Erkenntnis, in seiner Sitzung vom 13. Oktober 1930 gegen die Verbindlichkeitserklärung des ursprünglichen Schiedsspruches Verwahrung eingelegt hat, so erhebt der Bundesvorstand entschieden

Protest gegen die Wiederherstellung dieses von den Berliner Metallarbeitern bekämpften, von der gesamten Gewerkschaftsbewegung und von einem großen Teil der öffentlichen Meinung abgelehnten Schiedsspruches

durch die Entscheidung des Schiedsgerichtes vom 8. November.

Gegen das Schiedsgericht richtet der Bundesvorstand den Vorwurf, daß es die Interessen der Arbeiterschaft, die Forderungen der Gewerkschaften und die Stimme der öffentlichen Meinung unbeachtet gelassen und bei seiner Entscheidung

einseitig dem Einfluß der Unternehmerinteressen nachgegeben hat.

Der Bundesvorstand kann auch nicht anerkennen, daß die den Berliner Metallarbeitern auferlegte erhebliche Lohnkürzung eine Rechtfertigung in der von der Regierung geführten Aktion zur Senkung der Preise findet. Er ist vielmehr der Ansicht,

daß die bisher erfolgten und in Aussicht gestellten Preissenkungen als Ausgleich für die Lohnkürzung völlig belanglos sind.

Zwischen der Rücksichtslosigkeit, mit der die regierenden Kreise den Lohnabbau betreiben, und dem geringen Einfluß, den sie auf die Gestaltung der Preise auszuüben vermögen, besteht

ein Mißverhältnis, das aufreizend wirken muß.

Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, von der Arbeiterschaft schwere Opfer zu fordern in einem Augenblick, in dem wirtschaftlich leistungsfähigere Kreise die Scheu, zur Förderung des Gemeinwohles Opfer auf sich zu nehmen, unverhüllt erkennen lassen.

Der Schiedsspruch hat die nachteiligen Folgen für die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden bei künftigen Arbeitskonflikten. Er erhöht

das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen den unparteiischen Charakter des Schlichtungswesens,

verschärft die Gegensätze in kommenden Arbeitskämpfen, steigert die Erbitterung, mit der sie geführt werden, und erschwert ihre Beilegung durch das Mittel der Schlichtung.

Den Arbeitern muß der Schiedsspruch vor allem zeigen, daß

ihre Stärke in ihrer Geschlossenheit

beruht. Der Bundesvorstand erinnert die Arbeiter daran, daß es keinen anderen Weg gibt, ihre Rechte zur Geltung zu bringen, als einig zu sein, jede Zersplitterung abzuwehren und ihre ganze Kraft für die Festigung ihrer Organisation einzusetzen.

Tausende und aber Tausende von Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeitern, die zu einem nicht geringen Teil in Gebieten ohne jede andere Erwerbsmöglichkeit ansässig und tätig sind, oder infolge körperlicher Gebrechen usw. keine andere Arbeit verrichten können, werden für immer aus dem Produktionsprozeß scheiden müssen, oder zu langanhaltender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verurteilt sein, wenn die Regierungsvorlage Gesetzeskraft erlangen sollte.

Aus diesem Grunde beauftragen und ermächtigen die versammelten Funktionäre des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes ihren Vorstand, alle nach Lage der Verhältnisse erforderlichen Schritte zu unternehmen, um das der Tabakarbeiterschaft drohende Unheil abzuwehren, oder aber, sofern das nicht möglich sein sollte, das Allerschlimmste zu verhüten."

Betriebsräte-Konferenz.

Ein Lehrgang des Gesamtverbandes.

Am 8. und 9. November tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Betriebsvertretungsmitglieder im Wirtschaftsbezirk V Brandenburg-Grenzmark, die von der Bezirksleitung in Form eines Lehrganges durchgeführt wurde. Die Leitung lag in den Händen des Bezirkssekretärs Klatt, dem die Bearbeitung der Betriebsräteangelegenheiten obliegt. Seine Grundgedanken über die Durchführung des Lehrganges hatte er in zwei kurzen Abhandlungen: „Wie wollen wir lehren und lernen?" und „Warum mehr Wissen?" den Teilnehmern vorgelegt.

Die Tatsache, daß 100 Teilnehmer erschienen waren, beweist, wie groß auch heute — 10 Jahre nach Schaffung des Betriebsrätegesetzes — die Notwendigkeit der Schulung der Betriebsvertretungsmitglieder noch ist. Vom Verbandsvorstand war Emil Riedel, Leiter der Abteilung für Betriebsvertretungen, erschienen, und sprach über „Rechtsprechung zum Einspruchsverfahren und zu den Schutzbestimmungen aus dem Betriebsrätegesetz".

Fragestellung und Debatten waren bei den Ausführungen der beiden Referenten recht lebhaft und bewiesen das große Interesse der Teilnehmer, auch wirklich zu lernen für ihre weitere Arbeit.

Bezirksleiter Gebert gedachte am Sonntag in kurzen Worten der Revolution und ihrer Opfer. Bezirksleiter Schmetzer schloß die Veranstaltung mit einem zündenden Appell zum weiteren Kampf für die gute Sache der Arbeiterschaft, in dem die freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Betriebsvertretungen einen exponierten Platz einnehmen.

Gegen die Reaktion.

Aufruf des französischen Gewerkschaftsbundes.

Paris, 13. November.

Der französische Allgemeine Arbeiterverband (Confédération Générale du Travail) hat an verschiedene wirtschaftliche und politische Verbände, darunter an die sozialistische Partei Frankreichs, an die radikale Partei, die Sozialrepublikaner, die Liga für Menschenrechte, den Verband ehemaliger republikanischer Frontkämpfer und andere einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

Europa zählt ein Heer von 10 Millionen Arbeitslosen. Diese zur Untätigkeit verurteilten Massen bilden eine leichte Beute für die faschistische und nationalistische Demagogie, deren offene oder versteckte Umtriebe die Volksfreiheiten und Demokratien sowie den Frieden bedrohen. Dagegen muß man handeln.

Die Verteidigung der sozialen Demokratie ist untrennbar von der Verteidigung des Friedens. Daher glaubt der Allgemeine Arbeiterverband an sämtliche Kräfte des sozialen Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit appellieren zu müssen, um eine gemeinsame Aktion gegen die uns bedrohenden Gefahren zu unternehmen.

Die Verbände werden ersucht, ihre Antworten bis zum 26. November zu erteilen, damit sobald wie möglich eine erste Zusammenkunft einberufen werden kann.

Um die Löhne in England.

Eisenbahner, Bergarbeiter und Schuhmacher verhandeln.

London, 13. November.

Am Donnerstag wurden drei Konferenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern abgehalten, die sich mit den Löhnen und Lebensbedingungen von zwei Millionen Arbeitern befassen. Es handelt sich um die Eisenbahngesellschaften, um die Bergbauunternehmungen und die Schuh- und Stiefelindustrie.

*

Die englischen Eisenbahngesellschaften haben am Donnerstag den Lohntarif gekündigt. Gleichzeitig haben sie den Eisenbahngewerkschaften neue Lohnsätze unterbreitet, die bei den Gewerkschaften und unter den Arbeitern und Angestellten einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen haben. Als Minimallohn werden 38 Schilling in der Woche gegen bisher 40 Schilling vorgeschlagen. Die Löhne für Jugendliche sollen wöchentlich um drei Schilling herabgesetzt werden. Die Verminderung der Beamtengehälter bewegt sich zwischen 6 und 12 Prozent. Die Nacht- und Sonntagsarbeit soll in Zukunft nach dem Tagestarif entlohnt werden. Außerdem soll nur die Zeit bezahlt werden, in der der Eisenbahnarbeiter sich an der Arbeitsstelle befindet.

Arbeitslohn und Arbeitszeit.

Eine Diskussion über Machtfrage.

Arbeitslohn und Arbeitszeit, diese so hart umstrittenen Fragen wurden gestern auf einem Diskussionsabend erörtert, den der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller im ehemaligen Herrenhaus veranstalteten. Dr. Brauweiler von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hatte die Aufgabe übernommen, die Auffassung der Unternehmer über die Wiederbelebung der Wirtschaft durch einen generellen Lohnabbau darzulegen. Was er vortrug, ist in der gleichen oder ähnlichen Form schon seit Monaten in der Oeffentlichkeit von den Unternehmern propagiert worden. Nach seiner Behauptung, die von den Unternehmern verfochten wird, gibt es

keinen anderen Ausweg aus der Krise

als den der Senkung des deutschen Lohnniveaus, der Senkung der Gestehungskosten.

In seiner bekannten verbindlichen Art anerkannte Dr. Brauweiler zwar, Deutschland habe zwingende Gründe dafür, daß seine Bevölkerung im Interesse der Hochhaltung seiner alten und vorbildlichen Kultur einen hohen Reallohn erhalte. Allein diese berechtigte Forderung finde eine Grenze, wo durch ihre Verwirklichung die Rentabilität der Wirtschaft in Frage gestellt werde.

Dieser Augenblick sei für die deutsche Wirtschaft eingetreten, so daß jetzt — so war wenigstens der Sinn seiner Ausführungen — eine

Rückwärtsorientierung in der deutschen Lohnpolitik

eintreten müsse. Seine apodiktischen Behauptungen mündeten in der durch nichts bewiesenen Annahme, daß durch eine Verkürzung der Löhne die Unternehmerinitiative wieder angereizt werden wird, Neueinstellungen von Arbeitern bald in größerem Umfange erfolgen werden, und damit die Kaufkraft im allgemeinen wieder gestärkt, somit der wirtschaftliche Aufschwung in die Wege geleitet wird. Gegen eine generelle

Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden

fand er die gleichen „stichhaltigen" Argumente, wenn er sich auch der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung nicht völlig verschließen konnte. Sein einziges Zugeständnis war, daß er sich einer Verkürzung der Arbeitszeit in einzelnen Betrieben oder Industriegruppen gegenüber nicht scharf ablehnend verhielt.

Bezeichnend ist, daß auch der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, in der Arbeitszeitfrage eine ähnliche Auffassung vertrat und die Nützlichkeit der schematischen Einführung der Vierzig-Stunden-Woche bezweifelte.

Genosse Eggert vom ADGB. brachte dagegen zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften in fast allen Punkten, die Dr. Brauweiler in seinem Referat gestreift hatte, gegensätzlicher Auffassung seien.

Nach seiner Ueberzeugung sei die Lohnpolitik der Unternehmer wie sie jetzt betrieben werde, ein verhängnisvoller Fehler,

durch den das Unheil nicht nur größer gemacht, sondern noch verlängert wird. In der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden sehen die Gewerkschaften auch kein Mittel, um die Krise völlig zu beseitigen. Wenn es aber gelänge, dadurch ein paar hunderttausend Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen oder auch nur zu verhindern,

daß die Arbeitslosigkeit im Winter noch größer wird,

wäre damit nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch sehr viel gewonnen. Vor allem würde dadurch die Beunruhigung in der Arbeiterschaft nicht noch weiter gesteigert werden.

Alle Kräfte müßten zunächst auf die Senkung der Preise anstatt auf den Abbau der Löhne konzentriert werden. Die Hochhaltung der Preise hemme den natürlichen Ablauf der Krise.

Ohne einen nachhaltigen Preisabbau keinen wirtschaftlichen Aufschwung.

Das ist die Auffassung der Gewerkschaften, deren Richtigkeit sie jederzeit nachweisen können und von der sie sich durch beweislose Behauptungen nicht abbringen lassen werden.

Was dann noch ein Unternehmer vorbrachte, war teilweise so widersprechend und unklar, daß es sich nicht lohnt, auf dessen Ausführungen einzugehen. Wie der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller selbst zu den Fragen des Arbeitslohnes und der Arbeitszeit steht, zeigte der Verlauf des Diskussionsabends nicht.

Man zollte sowohl dem Vertreter der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, wie dem Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Beifall, so daß man annehmen muß, daß die Berliner Kaufleute und Industriellen mit sich selbst noch nicht ganz einig sind, in welcher Richtung sie marschieren sollen.

Der Achtprozentschlichter.

Sein Schiedsspruch für das Peiner Walzwerk.

Hannover, 13. November. (Eigenbericht.)

In dem Konflikt bei der Ilseder Hütte und dem Peiner Walzwerk hat der Schlichter Dr. Völker (Bremen) nunmehr einen Schiedsspruch gefällt, der einen Lohnabbau von acht Prozent, rückwirkend vom 1. November, vorsieht.

In der Arbeitszeitregelung sind soweit Aenderungen vorgesehen, daß für alle Arbeiter, die bisher eine Arbeitszeit von 58 Stunden wöchentlich hatten, die Arbeitszeit auf 57 Stunden (!) wöchentlich festgesetzt wird. Lediglich für die Reparaturarbeiter in den Gas- und Gebläsezentralen und den Arbeitern in der Thomas-Schlackenmühle soll die bisherige Arbeitszeit von 48 Stunden verbleiben.

Völker führte zur Begründung aus, die Schlichterkammer halte aus Wirtschaftsgründen eine Lohnsenkung für erforderlich. Um die Lohnkürzung für die Arbeiter erträglich zu gestalten, seien die bisherigen Tariflöhne unverändert geblieben. Die vorgesehene Lohnkürzung trete daher nur bei den über den Tariflöhnen liegenden Löhnen ein. Den Parteien wurde eine Erklärungsfrist bis zum 20. November gesetzt.

Die Ilseder Hütte und das Peiner Walzwerk haben die Kündigungen, die am Donnerstag in Kraft treten sollten, vorläufig zurückgenommen. Von dem Schiedsspruch werden etwa 3200 Arbeiter betroffen.

Hoffnung auf Stegerwald.

Der Lohnabbauschiedsspruch in der Herrenwäscheindustrie.

In der Berliner und Bielefelder Herrenwäscheindustrie wurden am 12. November Nachverhandlungen über den Schiedsspruch vom 21. Oktober geführt. Der Schiedsspruch sieht einen 4½prozentigen Lohnabbau vor. Die Nachverhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Ueber den Antrag der Arbeitgeber auf die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches wird der Reichsarbeitsminister nach seiner Rückkehr aus England entscheiden.

519000 Wohlfahrtserwerbslose.

Darunter 55400 Fürsorgearbeiter.

Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, hat die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den Städten mit mehr als 25000 Einwohnern (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen Einwohnern) eine halbe Million überschritten. Am 31. Oktober wurden von diesen Städten 519000 Wohlfahrtserwerbslose laufend betreut, davon 55400 als Fürsorgearbeiter. Mit dem Stand vom 30. September verglichen (478000) bedeutet dies eine größere Belastung der öffentlichen Fürsorge in diesen Städten um 8,5 Proz.

Darüber hinaus erhielten am 31. Oktober 55000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge laufend gemeindliche Zusatzunterstützung.

Notschrei der Tabakarbeiter.

Gegen die Mehrbelastung des Tabaks.

„Vorstand, Ausschuß, Beirat und Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, im Bremer Volkshaus versammelt, wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen die Mehrbelastung, die dem Tabak und den Tabakerzeugnissen in völlig einseitiger Weise wieder aufgebürdet werden soll.

Die von der Reichsregierung beantragte Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuern, die im strikten Widerspruch zu dem allgemeinen Verlangen nach Preissenkung und Arbeitsbeschaffung steht, muß sich für das gesamte Tabakgewerbe, insbesondere aber für die 170000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie geradezu katastrophal auswirken.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Dienstag, 18. November, und Freitag, 21. November, findet für unsere Photoamateure eine Besichtigung der Ausstellung der Photogruppe des Touristenvereins statt. Berlin N., Johannisstr. 14—15. — Heute, Freitag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Nordring:** Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 20. Vortrag: „Jugendbewegung in Oesterreich". — **Hermannplatz:** Gruppenheim Sanderstr. 11, Ecke Lahnstraße. Vortrag: „Die Arbeitslosigkeit und ihre Auswirkung". — **Süden, Südwesten:** Gruppenheim Wasserturmstr. 9, p. pt. Vortrag: „Erlebnisse eines Schulmannes". — **Charlottenburg:** Jugendheim Spreestr. 30. Vortrag: „Gewerkschaften im Ausland — Rußland". — **Zeppelinplatz:** Jugendheim Turiner Ecke Seestraße (Eingang Turiner Straße). Vortrag: „ADGB. und politische Jugend". — **Wedding:** Gruppenheim, Schule Pank, Ecke Wiesenstraße. Vortrag: „Die Bedeutung des 9. November 1918 in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". — **Alexanderhof:** Gruppenheim Alexanderhof, Bismarckstr. 1. Vortrag: „Der 9. November". — Karten für den Lassemann-Abend am 16. November sind ausverkauft.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Heute kommt die Photo-Arbeitsgemeinschaft um 20 Uhr im Jugendheimraum unseres Verbandshauses zusammen. Leiter: Rose und Dr. Müller vom Arbeiter-Lichtbild-Bund. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 15 (Gaststätte am Bahnhof Köpenick), Ausspracheabend. — **Südwest:** Jugendheim Yorckstr. 11 (2. Hof, Quergebäude 1 Treppe, Zimmer 5). Wandern und Schwimmen. — **Nordost:** Jugendheim Lortzingstr. 13. Vortrag: „Die deutsche Revolution". Referent: Wilhelm Lewinski. — Am Sonntag, dem 16. November, 15 Uhr, beginnt der Vorspielkursus: „Wie höre ich Musik?" Vortragender: Dr. Herbert. Jugendheim Nordwest, Lehrter Str. 18—19.

BEI RHEUMA

Gicht, Ischias, Nerven- oder Erkältungsschmerzen, reiben Sie die leidenden Körperteile gut mit dem schnell schmerzstillenden REICHELS ELECTRICUM ein.

Fl. Mk. 1.25, 2.— und 3.50, die neue Tubenpackung Mk. 1.—. In Apotheken und Drogerien erhältlich, sonst durch Otto Reichel, Berlin 4380, Elsenstr. 4.

„Forschungsreise" durch Neukölln

Ein „neutraler" Gelehrter „entdeckt" das proletarische Berlin

Im 6. Heft einer funkelnagelneuen „nationalen" Zeitschrift „Das freie Deutschland", das vorläufig noch unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheint, berichtet als „neutraler" Ausländer Prof. Dr. Böök, Mitglied der Schwedischen Akademie in Stockholm, über seine Eindrücke in Berlin am Wahlsonntag, also am 14. September 1930. Diese Eindrücke, die er dankenswerterweise nicht für Schweden, sondern für uns Deutsche in dem erwähnten Heftchen niederschrieb, sind zu köstlich, als daß sie der Vergessenheit anheimfallen dürfen. Wir erfahren da so allerlei Dinge, die uns Berlinern bisher völlig unbekannt waren, und wir beeilen uns, die Ergebnisse einer tiefgründigen Forschungsarbeit unseren staunenden Landsleuten mitzuteilen.

Also am Wahlsonntag warf sich der hochgelehrte Mann studienhalber und todesmutig in ein Auto, um das „proletarische Berlin" kennen zu lernen. Offenbar in der Absicht, aufregende Abenteuer wie auf einer australischen Buschexpedition zu erleben, fuhr er einige Stunden in Neukölln herum. Aber Neukölln hat ihn bitterlich enttäuscht. Er traf dort keine Kopfjäger, die in Lehmhütten oder Pfahlbauten hausen:

„Der Eindruck ist ja nicht direkt erschütternd, und einige von uns, die ganz neulich in London East-end herumgewandert waren, konnten nicht unterlassen, Vergleiche anzustellen. Die Proletarier in Berlin residieren in Miethäusern, die sich recht oft vollständig bürgerlich ausnehmen und am ehesten den weniger luxuriösen Quartieren auf Östermalm in Stockholm gleichen."

So kam der wissensdurstige Mann in Versuchung, sich vor einer Reihe schmucker, fünfstöckiger Häuser erstaunt die Augen zu reiben. Endlich wachgeworden, bemerkt er, daß Stockwerk für Stockwerk mit roten Flaggen geschmückt ist, die entweder die kommunistische Liste 4 propagieren oder — ebenso energisch — den Anschluß an Liste 1 der Sozialdemokraten verkünden. Er erkennt mit tiefschürfender Gründlichkeit weiter, daß die letzteren in der Mehrheit sind. Und wieder ist er enttäuscht:

„Aber die beiden Hauptsekten (!) von Karl Marx schienen nicht schlecht miteinander auszukommen, zwischen den streitenden Anhängern wurden keine Bomben ausgetauscht, sogar kaum Schimpfworte."

Das ist beruhigend! Aber nun macht der alte Schwede eine Mitteilung, die geeignet ist, in Parteikreisen ungeheures Aufsehen zu erregen:

„Jeder bezieht, wie behauptet wird, 5 Mark aus der Wahlkasse seiner Partei als Belohnung für die Dekorationen, und die „Gestimmungstüchtigkeit", die dadurch zum Ausdruck gebracht wird, ist vielleicht eine Grundlage für das gegenseitige Verständnis."

Also davon müssen wir erst über das neutrale Ausland erfahren! Die Neuköllner Parteileitung muß Hunderttausende auf diese Weise frivol vergeudet haben, die sie sicher ganz geheim von dem schwedischen Zündholztrustmagnaten Kreuger erhalten hat.

Die Berliner zu faul zum Kurze-Pfeife-Rauchen!

Dann wird die gute Anordnung der zahlreichen Wahllokale gelobt und festgestellt, daß die Wähler an dem schönen Septembersonntag noch Zeit genug haben, nach Köpenick, Grunewald oder Wannsee zu fahren. Aber was tun die Wähler, die zu Hause bleiben?

„Die Balkone in den Proletarierquartieren prunkten in reichem Blumenschmuck, weiße Dahlien, violette Astern und gelbe Kressen bildeten zusammen mit den roten Tüchern und Standarten kräftige Farbenakkorde. Bequem gegen das Balkongeländer gelehnt saßen die Hausväter in weißen Hemdärmeln und schmauchten ihre Pfeife — nicht die kurze englische Pfeife, die mit Körperbewegung vereinbar ist, sondern die bügerliche lange Pfeife, die in Deutschland noch weiterlebt, die harmonisches Gleichgewicht, meditatives Denken und ruhiges Grübeln voraussetzt."

Der scharfsinnige Gelehrte beobachtet dann weiter den Rauch, der in weißen und blauen Spiralen aus kunstvoll geschnitzten Pfeifen aufsteigt, freut sich über die Triller der Kanarienvögel, die in ihren Bauern draußen zwischen all den roten Fahnen hängen und schlußfolgert als oller Romantiker gerührt:

„Ueber dem proletarischen Berlin liegt noch ein schwacher, aber deutlich spürbarer Duft von den Idyllen und Genrebildern Spitzwegs."

So sieht es in Neukölln aus! Es folgt nun eine politische Betrachtung, die sich nach dieser stimmungsvollen Einleitung darauf stützt, daß die deutschen Arbeiter samt und sonders spießbürgerliche Spitzwegfiguren sind. Das gelehrte Haus ist weit davon entfernt, die Achseln zu zucken über das Bedürfnis der Arbeiter in einer 4-Millionen-Stadt, Sonntags in Schrebergärten Erholung zu suchen. Er rückt Neukölln in den Mittelpunkt der Weltgeschichte mit dem Fundamentalsatz:

„Wir wollen diese Neigung das Schrebergartentemperament nennen. Dieses Temperament ist ein moralisch-politischer Faktor gewesen, **der das Schicksal Europas entschieden hat** und der dessen Zukunftsproblem in sich birgt."

Die Arbeiter leben wie die Made im Speck!

Und weiter schreibt der Herr Professor:

„Was soll eigentlich ein Franzose oder ein Engländer denken, wenn er vor diesen blumengeschmückten Wohnhäusern steht? Wahrhaftig, so gut wohnen die Arbeiter in Paris oder London nicht, die Armenquartiere sehen anders aus an der Themse und an der Seine als an den Ufern der Spree."

Wie kommt es aber, daß die deutsche Arbeiterschaft wie die Made im Speck lebt? Hier haben wir die Lösung:

„Es war das rückständige und undemokratische Deutsche Reich, das auf diese Weise für die Arbeiter gesorgt, ihren Lebensstandard gehoben und ihre Ansprüche gesteigert hat. Das sind die Früchte einer Sozialpolitik, die in die achtziger Jahre der Aera Bismarcks zurückgeht, einen Zeitpunkt, wo man in England und Frankreich noch nicht über den Raubbau hinausgelangt war."

Wer mag dem Herrn Professor diesen Unsinn erzählt haben! Wir empfehlen ihm, ehe er solche Behauptungen aufstellt, ein gründliches Studium der deutschen Geschichte der letzten zwei Jahrzehnte des verflossenen Jahrhunderts.

Er wird dann erfahren, daß die Anfänge der deutschen Sozialpolitik Herrn Otto von Bismarck von der Sozialdemokratischen Partei abgerungen wurden.

Aber diese im warnenden Ton gehaltene schiefe Darstellung ist kein Irrtum, also nicht absichtslos. Der ganze Artikel hat die Tendenz, zu beweisen, daß Deutschland seine Reparationslasten nicht aufbringen kann, weil die Wirtschaft durch Sozialpolitik überlastet ist. Dadurch wird die deutsche Industrie konkurrenzunfähig. Aber das begreifen die Gläubigerstaaten nicht, und mit ihnen nicht — der deutsche Arbeiter.

„Die wirtschaftlichen Raisonnements gehen über seinen Horizont, und wahrhaftig, man kann ihm keinen Vorwurf daraus machen; denn gelehrtere Männer als er wollen den Zusammenhang nicht einsehen."

Wir wollen aus Höflichkeit dem Herrn Professor gegenüber dieser Selbsterkenntnis nicht widersprechen. Aber woher dieser beschränkte weltpolitische Horizont des deutschen Arbeiters? Auch darüber bekommen wir eine bündige Auskunft:

„Er ist vollständig bereit, Schadenersatz und Kriegstribute zu bezahlen, denn er gehört zur Sozialdemokratischen Partei, die die eigentliche Grundlage des hohen Baues der Erfüllungspolitik bildet; für nationalistische Gefühle und störrischen Patriotismus ist er ziemlich unzugänglich. Mag die deutsche Industrie bezahlen; das ist Sache der Industrieherren."

Man merkt nur zu deutlich, von welchen Kreisen diese „objektive Darstellung eines neutralen Gelehrten" beeinflußt ist, wenn er behauptet, daß der deutsche Arbeiter völlig zufrieden ist, wenn er „einige Kleinigkeiten" erhält, die er seit 50 Jahren bekommen hat: hohe Löhne, gute Wohnungen, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung. In diesen Zeichen sieht der Artikelschreiber das Näherkommen der drohenden Katastrophe. Nur mit schiefen Blicken könne der Reparationspolitiker diesen verstockten Egoismus des kleinbürgerlichen Proletariers betrachten, der nur von seinem eigenen übertroffen wird.

„Da sitzt der Arbeiter, in dem ruinierten, tributpflichtigen Deutschland und raucht in aller Seelenruhe seine Pfeife auf seinem Balkon!"

Und damit wollen wir diese Zitatenauslese abschließen. Die blumenreiche Sprache des schwedischen Professors gibt schließlich nur wieder, was etwas nüchterner, mit anderen Worten, aber mit denselben Argumenten die deutschen Unternehmer behaupten. In diesem Zusammenhang mit Gegenargumenten zu kommen, halten wir für überflüssig. Wir wollten den Lesern nur Kenntnis davon geben, daß ein neutraler Gelehrter endlich Berlin entdeckt hat. Neukölln muß einen gewaltigen Eindruck auf ihn gemacht haben, denn von diesem Stadtteil aus schweifen seine Gedanken in märchenhafte, weltpolitische Fernen.

Und das haben mit ihren Fahnen
Die Neuköllner Wähler getan!

Otto Meier.

Was man von Berlin wissen muß

Die Stadt der Brücken! — Das „Auskunftsbüro" in der Westentasche

Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat kürzlich ein Büchlein herausgegeben, das unbedingt zu den Zwergen im deutschen Schrifttum zu rechnen ist. „Berlin in Zahlen" heißt es, und obwohl 144 Seiten stark und mit einer Karte von Berlin versehen, läßt es sich bequem in der Westentasche tragen. Der Wert dieses Büchleins allerdings steht im umgekehrten Verhältnis zu seiner Größe. Es beantwortet so gut wie alle Fragen, die jemand in bezug auf Berlin überhaupt stellen kann, es ist ein allwissendes, allzeit bereites Auskunftsbüro.

Im Grunde genommen ist Berlin eine kalte Stadt, 56 Eistage, an denen die Temperatur unter 0 Grad blieb, stehen nur 9 Hitzetage (über 30 Grad) gegenüber. Auch die Zahl der Frosttage (zeitweilig unter 0 Grad) mit 104 ist bedeutend höher als die der 41 Sommertage (mindestens 25 Grad). Geregnet hat es an 150 Tagen, und 73 Tage lang lag der Schnee in Berlin. Wir blättern weiter: Zehlendorf ist bescheiden, es leistet sich nur ein Bezirksparlament mit 17 Mitgliedern; der Bezirk Köpenick ist doppelt so groß wie das ganze Alt-Berlin mit seinen sechs Innenbezirken, Berlin beherbergt 126 000 Kleingärtner und auf seinen Straßen, Plätzen und Grundstücken stehen 480 000 Bäume.

871 Brücken hat Berlin!

Davon gehören allein 383 der Eisenbahn. Recht achtbar ist auch die Zahl der 306 Spiel- und Sportplätze und weiß jemand, daß in Berlin 56 000 Haushaltungen Vieh haben (ohne Hunde und Katzen)? Ja, daß innerhalb der Stadtgrenze sogar 3800 Bienenvölker hausen und daß auf der landwirtschaftlich genutzten Fläche Berlins jährlich fast 1 000 000 Doppelzentner Getreide, Hackfrüchte und Heu geerntet werden?

375 Großfeuer in einem Jahr.

Wie immer, war die Feuerwehr unermüdlich, über 13 000mal wurde sie alarmiert, davon waren 676 Fälle böswilliger Alarm. 375mal in einem Jahr mußten sogar Großfeuer gelöscht werden.

Berlin würde längst eine abnehmende Bevölkerungsziffer haben, wenn dem Sterbeüberschuß nicht der Zugang von außerhalb gegenüberstehen würde. So ist Berlin im Vorjahr abermals um rund 50 000 Menschen, das ist eine ganze Mittelstadt, gewachsen. Berlin ist eine richtige Proletarierstadt, nur 16 Proz. seiner Bevölkerung bezeichnen sich als Selbständige oder leitende Personen, alle anderen sind Arbeiter (41 Proz.), Angestellte und Beamte (28 Proz.).

128 000 Familien ohne eigenen Haushalt.

Berlin verfügt bei 1 210 000 Wohnungen (64 Proz. sind Kleinwohnungen) über 1 236 000 Haushaltungen, so daß 96 000 Familien keine selbständige Wohnung haben, wozu noch 32 000 Familien ohne eigenen Haushalt kommen. Nun 3400 Wohnungen hausen mehr als 3 Familien! Bei den Wohnungsämtern sind immer noch 215 000 Wohnungsuchende eingetragen, von denen 37 000 im Vorjahr Wohnungen zugeteilt werden konnten, aber 76 000 Personen ließen sich sofort neu eintragen.

So gibt dieses kleine Buch auf alle Fragen bereitwilligst und eingehend Auskunft. Da steht zum Beispiel noch, daß die Gaswerke am 24. Dezember ihren Höchstverbrauch haben und am 21. Juli ihren niedrigsten, daß Berlin jährlich 3 Milliarden Briefe versendet, daß sich im Berliner Straßenverkehr 27 000 Unfälle ereigneten, daß bei uns 132 000 Ausländer wohnen, wie hoch der ortsübliche Tagelohn, die Beiträge zur Sozialversicherung und die Ferien für das laufende Schuljahr sind. Dann kommen Fahrpreise, Tarife, Devisenkurse, Diskontsätze, kein Ende will das alles nehmen, und dabei ist dieses Miniaturlexikon doch nur den 32. Teil eines Berliner Zeitungsbogens groß.

Der
„VORWÄRTS"
ist die Zeitung des
denkenden Arbeiters!

U-Bahn nach Lichtenberg.

Die Strecken Alexanderplatz–Lichtenberg und Bergstraße–Grenzallee fertiggestellt.

Die Untergrundbahnbauten vom Alexanderplatz nach Lichtenberg, die im Dezember 1927 begonnen wurden, gehen jetzt ihrem Ende entgegen. Es ist damit zu rechnen, daß die 7,85 Kilometer lange Bahnstrecke, die in neun Stationen eingeteilt ist, noch Ende Dezember in Betrieb genommen wird. Gleichzeitig wird auch die Verlängerung der U-Bahn von der Station Bergstraße über Neukölln nach Grenzallee mit 1,49 Kilometer Länge dem Verkehr übergeben.

Wird der Strom billiger?

Sozialdemokraten fordern Nachprüfung des Bewag-Tarifes.

Im Rathaus beschäftigte sich ein Stadtverordnetenausschuß, der unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Stadtverordneten Robinson tagte, gestern eingehend mit der Aenderung des Bewag-Tarifes und einer eventuellen Herabsetzung der Grundgebühr. Es wurde ein Antrag des sozialdemokratischen Stadtverordneten Amberg angenommen, in dem es heißt:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, den Aufsichtsrat der Bewag aufzufordern, in eine Nachprüfung der Tarife einzutreten.

...98-99-100-1... und so weiter zählen viele, um einzuschlafen. — Warum?
Wer das vermeiden will, trinke stets coffeinfreien KAFFEE HAG

Aus der Arbeit der Bezirke.

Deutschnationale gegen Kindergarten.

2. Bezirk — Tiergarten.

Die Bezirksversammlung richtete an den Magistrat das Ersuchen, in dem seit längerer Zeit leerstehenden Haus Bethesda ein **Rentnerheim** einzurichten. Durch eine Vorlage des Bezirksamtes wurden Mittel gefordert zur Einrichtung eines städtischen **Kindergartens** im alten Meist-Lyzeum. Der Bezirk hat bisher nur private Kindergärten. Trotzdem sträubten sich Deutschnationale und Volksparteiler gegen diese dringend notwendige Einrichtung. Die Vorlage wurde gegen ihre Stimmen **angenommen**. Ein deutschnationaler Antrag verlangte, daß die städtischen Stellen das Recht erhalten, ihren Bedarf direkt durch die Geschäfte des Bezirks zu decken, ohne Einschaltung des Anschaffungsamtes. Der Stadtverordnete **Neuendorff** (D. Vp.) führte mit Recht aus, daß dieser Antrag nicht angenommen werden kann, da er den zentralen Beschlüssen widerspricht. **Trotzdem stimmte er zum Schluß dafür.** Man kennt sich wirklich nicht mehr aus! Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Sozialdemokraten stellten einen Antrag, für ausreichende Schutzkleidung aller bei der Straßenreinigung beschäftigten Arbeiter zu sorgen. Bei der Behandlung dieses Antrages kam es zu Radauszenen; die Sitzung wurde unterbrochen und die Tribünen geräumt. Zum Schluß kam eine Anfrage unserer Fraktion zur Behandlung, die sich auf die bereits schon einmal beschlossene Ergänzung der Einrichtungsgegenstände im **Jugendheim** Waldenserstraße bezog. Die ungenügende Auskunft des Bezirksamtes wurde vom Genossen Haedicke zurückgewiesen.

KPD. und Deutschnationale.

14. Bezirk — Neukölln.

Die letzte Neuköllner Bezirksversammlung bewilligte 52 800 M. zur Umgestaltung des **Weichselplatzes** in eine Spiel- und Erholungsanlage, 2400 M. für eine Wasserleitung im Sportplatz Tempelhofer Feld und 4000 M. zur Anbringung von Berieselungsrohren in Schultoiletten. Dann redete von der KPD. **Weise** über die Notverordnung der Brüning-Regierung. Es verlohnt nicht, auf die Schimpfereien einzugehen. Genosse **Harnisch** sagte den Kommunisten, daß sie heilfroh seien, daß unsere Fraktion den Mut aufgebracht habe, den kommunistischen Mißtrauensanträgen nicht zuzustimmen. Dieses Schauspiel habe man erst wieder vor einigen Tagen im **Landtag** erlebt. Beim Mißtrauensantrag gegen die Regierung Braun fehlte von der sozialdemokratischen Fraktion kein Mann, von der kommunistischen aber acht. Es ist ja Stadtgespräch, daß niemand mehr Angst vor dem Faschismus hat, als die KPD. Wir haben uns nicht nach der Politik der kommunistischen Demagogen, sondern allein nach den Interessen unserer Wähler zu richten. Es ist allerdings **leichter, sich vor der Verantwortung zu drücken.** Daß die Hiebe gesessen **hatten, bewies Weise im Schlußwort, wo er einen Tobsuchtsanfall erlitt.** Diese gemeinen Ausfälle gegen unsere Partei veranlaßten unsere Fraktion, die einzelnen Absätzen des kommunistischen Antrages zustimmen wollten, ihre Zusage in einer entsprechenden Erklärung zurückzuziehen. Damit war der Antrag der KPD. abgelehnt. Ein neuerlicher Antrag der KPD., den kommunistischen **Arbeitersportlern** die Turnhallen zu denselben Bedingungen wie den anderen Vereinen zur Verfügung zu stellen und bis zur endgültigen Aufhebung der Magistratsverfügung die erhöhten Kosten aus Vorbehaltsmitteln der Bezirksversammlung zu zahlen, wurde mit den Stimmen **sämtlicher bürgerlichen Fraktionen** und der Kommunisten **angenommen**. Unsere Fraktion gab durch den Genossen **Gärtner** die Erklärung ab, daß wir diesen Antrag ablehnen, weil die knappen Vorbehaltsmittel für solche Zwecke nicht da sind. Hatte sich schon bei diesem Antrage die Annäherung der beiden extremen Parteien stark bemerkbar gemacht, so kam es bei Beratung eines deutschnationalen Antrages, dem Genossen **Waldheim** das Personaldezernat zu entziehen, zu einer wahren Verbrüderung. **Geschäftigt lauste der Deutschnationale Langula zum Kommunisten Erdmann,** beriet und beriet, schließlich einigte man sich auf einen noch schärferen Antrag der Kommunisten, der auch dem **Bezirksamt das Mißtrauen ausspricht.** Interessant ist in diesem Antrage, daß es an einer Stelle heißt: „... hat wegen seiner Personalpolitik gegen **revolutionäre Arbeiter**" usw. **Die Deutschnationalen für die „Revolutionäre!"** Geradezu erbärmlich war das Verhalten der Republikaner. Die Fraktion der Mitte schickte ihr jüngstes Mitglied, den Volksparteiler **Fischer**, vor, der dann auch mit viel Ueberhebung dunkle Andeutungen machte, aber keinen einzigen Beweis für seine Behauptungen vorbringen konnte. Immer mehr zeigt sich in Neukölln, daß die zwei Demokraten und ein Zentrumsmann sich von den zwei Volksparteilern ins Schlepptau nehmen lassen. Schon bei der Stadtratswahl ließen sie sich übers Ohr hauen, gewählt wurde ein Volksparteiler als unbesoldeter Stadtrat, ein Mitglied wurde Vorstehersteltvertreter, und vor einigen Wochen schrieb das „Neuköllner Tageblatt" anläßlich der bevorstehenden Wahlen der unbesoldeten Stadträte: „**Am meisten Aussicht haben die Volksparteiler!**" Der Demokrat Bornemann verlangt von uns Aufgabe von Grundsätzen, aber eher verschwindet die Demokratische Partei, ehe wir da auch nur rütteln lassen. So kann keine Politik gemacht werden. Was soll es heißen, wenn der Volksparteiler sich schon aufregt, daß Genosse Waldheim vor der Anstellung von Beamten an sie die Frage richtet, wie sie zur republikanischen **Verfassung** stehen und darin schon einen Vorstoß des Personaldezernenten gegen die Verfassung erblickt und einen Mißtrauensantrag einbringt? Stadtrat Genosse Waldheim bestritt entschieden, jemals nach der Parteizugehörigkeit der Einzustellenden gefragt zu haben. Nach der Bejahung zur bestehenden Staatsform habe er gefragt, und dieses Recht werde er sich nicht nehmen lassen. Bürgermeister Genosse **Scholz** unterstrich die Ausführungen des Genossen Waldheim und sagte, daß er keine Veranlassung habe, dem Stadtrat Waldheim das Personaldezernat abzunehmen. Genosse **Polenske** erinnerte die „Hüter" der Verfassung daran, was früher alles von den Beamten verlangt wurde. Da wurde niemand angestellt, der nur eine liberale Gesinnung hatte. Sozialdemokraten wurden überhaupt nicht eingestellt. In Neukölln, mit einer starken sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, **wurde eine Stenotypistin abgewiesen, weil sie Dissidentin war.** Das Neuköllner Rathaus glich früher einem großen **Gutshof**, wo Familienmitglieder, Mitglieder eines bestimmten Ruderklubs oder Angehörige eines bestimmten Regiments bevorzugt wurden. Heute von sozialdemokratischer Personalpolitik zu reden ist Unsinn, denn keine 5 Proz. der Angestellten und Beamten gehören unserer Partei an. Unserer Stärke entsprechend müßten wir ganz anders vertreten sein. Die zum Teil leidenschaftliche Debatte endete mit der **Annahme** des kommunistischen Antrages mit 24 gegen 23 Stimmen. **Die Fraktion der Mitte, darunter die Demokraten und des Zentrums enthielten sich der Stimme.** Darauf wurde die Sitzung vertagt.

Kommunisten loben städtische Einrichtungen.

15. Bezirk — Treptow.

Die Bezirksversammlung stimmte in ihrer letzten Sitzung dem Fluchtlinienplänen für die **Greifstraße** und für die Kaiser-Wilhelm-Straße in Johannisthal zu. Das Projekt über die Aufteilung des als Heimstättengartengebiet vorgesehenen Geländes zwischen Neue Krugallee und Köpenicker Landstraße wurde **angenommen**. Die Straße 4 in Berlin-Oberschöneweide wird der Name „**Mentelinstraße**" gegeben. Für die Einrichtung des in der Siedlung der Gemeinnützigen Baugesellschaft Berlin-Ost in Oberschöneweide, Edisonstraße, errichteten Kindergartengebäudes beantragte das Bezirksamt 4000 M. Die Kommunisten wünschten, an Stelle von 4000 M. 5500 M. zu bewilligen. Bei der Begründung des kommunistischen Antrages erklärte die kommunistische Sprecherin, daß auch dieser **Kindergarten ähnlich wie alle anderen Kindergärten der Stadt Berlin in vorbildlicher Weise hergerichtet werden müßte. Unser Genosse Becker war der Meinung, daß die vom Bezirksamt** vorgesehenen 4000 M. zunächst für die Inneneinrichtung ausreichen dürften. Der Genosse **Strieder** stellte unter lebhafter Zustimmung der Versammlung fest, daß **die Kommunisten zum ersten Male in der hiesigen Bezirksversammlung Einrichtungen der Stadt Berlin als gut bezeichnet hätten.** Bei der Beratung einiger kommunistischer Anträge, die zum Teil schon in der Stadtverordnetenversammlung erledigt worden waren, kam es zu den üblichen Radauszenen.

Die Kommunisten wollten alle Händler, **deren** jährliches Einkommen unter 5000 M. liegt, sämtliche Steuern erlassen. Der sozialdemokratische Redner, Genosse **Neumann**, **erklärte**, daß diese **Mittelstandsfreundlichkeit** der Kommunisten weit über den Rahmen der Forderung des Mittelstandes selbst ging. **Das große Heer der Arbeiter habe bei weitem nicht ein jährliches Einkommen von 5000 M. und müssen trotzdem feste Steuern zahlen.** Auf Wunsch der Sozialdemokraten wurde der Antrag der Wirtschaftsdeputation überwiesen. Schließlich wurde noch beschlossen, auf die Besetzung der einen freien **Stadtratsstelle** zur Zeit zu verzichten.

Ein dritter Markttag in Treptow.

Die Ortsteile **Treptow-Süd** und **Treptow-Nord** haben einen ganz beträchtlichen Bevölkerungszuwachs aufzuweisen. Die dort vorhandenen Märkte reichen bei der starken Inanspruchnahme durch die Bevölkerung bei weitem nicht mehr aus. Eine räumliche Ausdehnung der Märkte ist nicht mehr möglich. Es ist daher die Anregung gegeben worden, für beide Märkte noch einen **dritten Markttag** einzulegen, und zwar in Treptow-Nord am Montag, vormittags von 8 bis 13 Uhr, in Treptow-Süd am Sonnabend, nachmittags von 15 bis 19 Uhr. Die Bezirksversammlung und das Bezirksamt Treptow haben der Einlegung eines dritten Markttages für beide Märkte zugestimmt.

Trude Hesterberg im Kabarett der Komiker.

„Nacht in Nizza" nennt Kurt **Robitschek** jenes kleine, amüsante Spiel, das er zusammen mit Max **Bertuch** für sein schönes Haus am Kurfürstendamm erdacht hat. Bisher hat der Herr Direktor bei der Auswahl seiner Kurzoperetten, ohne die es beim **Kabarett der Komiker** nicht mehr zu gehen scheint, keine sehr glückliche Hand gehabt. Diesmal ist es erträglich. Trude **Hesterberg** mit Hans **Brausewetter** „spielen" zu sehen, ist ein wahrer Genuß! Einen herzlichen Empfang bereitet das Publikum dem glänzenden Pariser Sängerpaar **Bernier-Ricart**. Die beiden Alten mit ihren Straßenliedern „für die Armen" sind herrlich, sie zu hören und zu sehen rechtfertigt den Weg nach Halensee. Hans **Reimann** läßt uns einen Blick in die so „verheißungsvolle" Zukunft tun und erzählt uns von der Schönheit **seines** Schlaraffenlandes. Die „Negerdiva" Zaidee Jackson erfreut durch erfrischende Natürlichkeit.

Treffen sozialistischer Reisefreunde. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet ein **Reiseteilnehmertreffen zu Dienstag, 18. November, 20 Uhr,** im Böhmischen Brauhaus, Berlin NO. 18, Landsberger Allee 12/13. Vorgesehen ist ein Lichtbildervortrag „Der Orient", gehalten vom Genossen **Wagner**, München; anschließend geselliges Zusammensein mit Tanz. Die Teilnehmer an den Reisen des Reichsausschusses sind mit ihren Angehörigen herzlichst eingeladen, ebenso sind Gäste willkommen. Eintrittspreis 50 Pf. — **Karten** sind zu haben: Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Buchhandlung J. H. W. Dietz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 2 (Laden). Bezirksbildungsausschuß, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, II. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, S. 14, Wallstr. 65. Zigarrengeschäft Harsch, SO., Engelufer 24/25. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, S., Dreibundstr. 5. Zigarrengeschäft Erich König, Charlottenburg, Cosanderstr. 4. Vorwärts-Spedition, O. 112, Boxhagener Str. 62 (Osten); N. 113, Greifenhagener Str. 22 (Nordring); N. 65, Müllerstr. 34a (Wedding); NW. 21, Wilhelmshavener Str. 48 (Moabit).

Heute zu Tietz: billige und gute Lebensmittel einkaufen

Preise nur Freitag u. Sonnabend. Fleisch u. leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. Verkauf soweit Vorrat. Mengenangabe vorbehalten. Die Zusendung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellung von 5,00 an

Unsere Lebensmittelabteilungen unterstehen der ständigen Kontrolle und Aufsicht des staatlich anerkannten und vereidigten Lebensmittelchemikers Dr. Lebbin und des Polizeitierarztes i. R. A. Hoepfner.

Wild und Geflügel

Jg. Gänse frisch, Pfd. von 0,92
Suppenhühner Pfd. von 0,92
Enten ... Pfd. von 1,00
Fasanen ... Stück von 2,60
Hirschfleisch ... Pfd. 0,45
Hirschblätter Pfd. von 0,80
Spiesserrücken Pfd. von 1,15
Kaninchen i. Fell, ca. 8 Pfd. schwer, St. von 1,65
Hasen gestreift u. ausgeworfen, Pfd. von 0,95

Wurstwaren

Leberwurst ... Pfd. 0,68
Rotwurst ... Pfd. 0,68
Sülzwurst ... Pfd. 0,78
Fleischwurst ... Pfd. 0,90
Landleberwurst ... Pfd. 0,95
Berliner Mettwurst ... Pfd. 0,98
Dampfwurst ... Pfd. 0,98
Knoblauchwurst ... Pfd. 1,15
Jagdwurst ... Pfd. 1,15
Mettwurst n. Braunschw. Art, Pfd. 1,20
Schinkenpolnische ... Pfd. 1,20
Feine Leberwurst ... Pfd. 1,30
Teewurst ... Pfd. 1,60
Schinkenwurst i. Fettdarm, Pfd. 1,85
Speck fett ... Pfd. von 0,98
Speck mager ... Pfd. 1,30
Schinkenspeck ... Pfd. 1,62
Nussschinken ... Pfd. 1,95

Käse und Fette

Camembert ... Stück 0,15
Stangenkäse 20%, Pfd. 0,55
Briekäse vollfett ... Pfd. 0,95
Münster vollfett ... Pfd. 1,05
Blockkäse Tils. Art, 20%, Pfd. 0,70
Dän. Schweizer 50% ... Pfd. 0,84
Tilsiter vollfett ... Pfd. 0,82
Edamer 20% ... Pfd. 0,66
Edamer 40% ... Pfd. 0,90
Holländer 20% ... Pfd. 0,66
Holländer 40% ... Pfd. 0,90
Steinbuscher vollf., Pfd. 0,90
Molkereibutter ... Pfd. 1,38
Tafelbutter Pfd. 1,50, 1,60
Dän. Butter ... Pfd. 1,72
Margarine ... Pfd. 0,44
Kokosfett ... Pfd. 0,48
Bratenschmalz ... Pfd. 0,72
Griebenschmalz Pfd. 0,78

Fische

*Kabeljau i. ga. o. K. Pfd. v. 0,23
*Seelachs i. ga. o. K. Pfd. v. 0,20
*Rotbars ... Pfd. 0,16, 0,18
*Schellfisch m. Kopf, Pfd. 0,18
*Grüne Heringe 3 Pfd. 0,65
*Zander gefroren ... Pfd. 0,58
*Kabeljaufilet ... Pfd. 0,42
*Seelachsfilet ... Pfd. 0,35
*Austernfischkotelett Pfd. 0,48
*Leb. Karpfen ... Pfd. 0,95
*Leb. Schleie Pfd. von 1,25
*) In allen Häusern ausser Andreasstr.

Brötchen ... 4 Stück 0,10
1/1 Brot ... vorgeschriebenes Gewicht 0,45
1/2 Brot ... vorgeschriebenes Gewicht 0,23

Kolonialwaren

Bruchreis ... Pfd. 0,17
Tafelreis ... Pfd. 0,19
Patna-Reis ... Pfd. 0,28
Eierfadennudeln Pfd. 0,50
Eiermakkaroni ... Pfd. 0,56
Erbsen poliert ... Pfd. 0,28
Viktoria-Erbsen Pfd. 0,19
Linsen ... Pfd. 0,18
Weisse Bohnen Pfd. 0,18
Backobst ... Pfd. 0,54
Pflaumen ... Pfd. 0,35
Kaffee ... Pfd. von 1,90
Krümelschokoladenpulver ... Pfd. 0,85

Konserven 2/1 Dose

Brechspargel stark ... 2,39
Brechspargel dünn ... 1,80
Kaiserschoten ... 1,45
Gem. Gemüse mittelfein 0,98
Konsumgemüse aus getrock. Erbsen m. Karott. 0,48
Jg. Brechbohnen ... 0,50
Apfelmus ... 0,58
Birnen halbe Frucht ... 1,20
Aprikosen halbe Frucht 1,10
Süsskirschen ohne Stein 1,10
Reineclauden ... 0,90
Pflaumen mit Stein ... 0,60
Pflaumen ohne Stein ... 0,76
Ananas Ringe ... 0,98

Bowlen- und Tischweine Preise ohne Flasche

1928er Windesheimer Römerberg ...
1929er Wöllsteiner Baudenberg ...
Montagne-Rotwein ...
1/1 Fl. 0,85, 10 Fl. 8,00

1928er Saarburger Lay, Mosel ...
1929er Liebfraumilch, lieblicher Damen-Wein ...
1929er Sitzerheimer Horn, Naturwein, Weingut Schuster
„Sanfak", vorzüglicher Krim-Rotwein ...
1/1 Fl. 1,25, 10 Fl. 12,00

1929er Edenkobener oder Oberhaardter Maikammerer 1/1 Fl. 0,75, 10 Fl. 7,00
1929er Treiser Treppchen angenehmer Mosel 1/1 Fl. 0,95, 10 Fl. 9,00

Deutscher *** Weinbrand, altabgelagerte Qualität ... Fl. 4,00, Liter lose 4,60

Obst und Gemüse

Essäpfel (Russenäpfel) Pfd. 0,30
Russ. Essäpfel ... Pfd. 0,30
Musäpfel ... 2 Pfd. 0,45
Amer. Tafeläpfel Pfd. 0,38
Kochbirnen ... Pfd. 0,22
Smyrna-Kranzfeigen Pfd. 0,32
Maronen ... Pfd. 0,32
Bananen ... 3 Pfd. 0,98
Walnüsse ... Pfd. 0,58, 0,68
Haselnüsse ... Pfd. 0,68
Bayer. Rettiche Stück 0,10
Zitronen ... Dtz. 0,38
Spinat ... Pfd. 0,10
Grünkohl ... Pfd. 0,10
Rosenkohl ... Pfd. 0,20
Rote Rüben ... Pfd. 0,05
Sellerie ... 2 Pfd. 0,20
Wirsingkohl ... 4 Pfd. 0,10
Weiss-, Rotkohl 4 Pfd. 0,10
Möhren gewaschen, Pfd. 0,04
Kohlrüben ... Pfd. 0,04
Kopfsalat holl., 2 Köpfe 0,25

Kartoffeln 10 Pfd. 0,20

Räucherwaren

Bücklinge ... Pfd. von 0,38
Schellfisch geräuch., Pfd. 0,42
Seelachs geräuchert, Pfd. 0,48
Flundern geräuch., Pfd. 0,55
Rotbars geräuchert, Pfd. 0,44
Zander im eigenen Saft, Dose ca. 450 g Inhalt ... 0,75
Sardinen Marke „Hertie" Dose 0,85, 0,65 0,50

Frisches Fleisch

Schweinebauch o. Beilage, Pfd. 0,92
Schweineschinken u.-Blatt, Pfd. 0,94
Kassler mild ... Pfd. von 1,08
Schweinekamm od. Schulf ohne Beilage ... Pfd. 1,10
Schweinekotelett ... Pfd. von 1,14
Schweineköpfe mit Backe, Pfd. 0,48
Eisbein mit Spitzbein, gepökelt, Pfd. 0,74
Rückenfett bratfertig, ohne Schwarte ... Pfd. 0,88
Schweinenieren ... Pfd. 0,98
Hammelvorderfleisch Pfd. v. 1,0
Kalbskamm ohne Beilage ... Pfd. 0,84
Kalbsbrust und -Rücken ... Pfd. 0,90
Kalbskeule bis 9 Pfd. schwer, ganz oder geteilt ... Pfd. 1,00
Kalbsroulade ... Pfd. von 1,48
Kalbskotelett ... Pfd. von 1,48
Kalbsschnitzel ... Pfd. von 2,00
Suppenfleisch ... Pfd. von 0,88
Gulasch gemischt ... Pfd. 1,08
Schmorfleisch Keule, o. Kn., Pfd. 1,24
Rinderfilet im ganzen ... Pfd. 1,38
Roastbeef ohne Knochen, Pfd. von 1,58
Euter ... Pfd. 0,38
Rinderbacken o. Knochen, Pfd. 0,58
Rinderherzen ... Pfd. 0,68

Gefrierfleisch

Hammelvorderfleisch Pfd. v. 0,64
Hammelrücken ... Pfd. 0,74
Hammelkeulen ... Pfd. 0,88
Suppenfleisch ... Pfd. von 0,68
Gulasch ... Pfd. 0,98
Schmorfleisch o. Knochen, Pfd. 1,20
Rinderleber ... Pfd. 1,18

Georg Britting: Hochwasser

Es war überraschend Tauwetter eingefallen. Das grüne Wasser der Donau färbte sich ockergelb, braun, stieg, stieg und stieg. Sträucher trieben stromabwärts, zwischen den Wurzelarmen saßen frierend versprengte Hasen. Die Flut trat aus den Ufern und warf Schlamm in die Keller. Durch die Straßen der kleinen Stadt plätscherten Boote.

Ein Stück vor den Toren lagen nebeneinander zwei niedrige Häuser am Strom. Jakob erwachte um die Morgendämmerung. In seinem Zimmer zur ebenen Erde spiegelte Wasser. Er weckte seine Frau und befahl ihr, zu den Eltern in die Stadt zu gehen. Er wolle noch einige wichtige Papiere, Schmuck und dergleichen retten, einen Teil der Möbel auf den Dachboden schaffen und ihr dann folgen. Auch Heinrich, den Nachbarn wolle er verständigen. Die Frau ging, und als sie im Nebel verschwunden war, watete er zum Boot, das hinterm Haus hing am Pfosten, der nur mehr mit rundem Kopf aus der gelben Flut spähte. Er setzte sich auf die Ruderbank, zündete sich eine Pfeife an und beobachtete gleichmütig das stetige Anschwellen des Flusses. In Heinrichs Haus regte sich nichts. Weit und breit war nur Nebel und Wasserfläche. Wie Inseln dunkelten die beiden Häuser. Als der Fluß bis zu den Fenstern des ersten Stocks gestiegen war, trieb Jakob das Boot mit langsamen Ruderschlägen gegen Heinrichs Haus und polterte dort an die Läden. Heinrich, aufgescheucht, sah aus dem Fenster, sah Wasser, Wasser, gelb, strudelnd, und Jakobs rettendes Boot. Er erschrak nicht allzusehr. Uferbewohner müssen immer darauf gefaßt sein, daß das Element mit nassen Zungen sie anfällt. Schließlich war er gegen Schaden versichert und die Stadt im Boot leicht zu erreichen. Er zog sich rasch an, fluchte einiges über den gewalttätigen Strom und erschien wieder am Fenster, Jakob zurufend, er möge das Boot zu ihm heranbringen, daß er einsteigen könne. Aber der machte keine Miene, es zu tun. Er befestigte den Kahn an einem in der Nähe stehenden Baum, der mit dürren Aesten zum Himmel griff. Dann begann er bei verschränkten Armen auf Heinrich einzureden, er solle gestehen, daß er ihn mit Else, seiner Frau, betrogen habe. Vergeblich beteuerte Heinrich, daß an dieser Beschuldigung kein wahres Wort sei daß Jakob leerem Gerede Glauben schenke, daß seine Frau, ein Muster aller Tugenden, ihn mit keiner Silbe und keinem Blick jemals verraten habe.

Jakob lächelte nur. Das Wasser stieg. Schon sprangs durch die Fenster des ersten Stocks, daß Heinrich eine Stiege höher sich begeben mußte. Jakob schlang die Bootskette um den Wipfel des Baumes, der kreischend sich bog. Heinrich redete lang und eindringlich zu Jakob. Er möge doch kein Narr sein. Er könne für die Treue seiner Frau die Hand ins Feuer legen. Nie habe er auch nur einen unrechten Griff nach ihr getan. Er sprach fort, bis Jakob mit schrecklicher Stimme ihm zurief, er möge doch jetzt, im Angesicht des Todes, die Wahrheit sagen. Heinrich könne ihm nicht mehr entgegenkommen. Er werde warten, bis er wie eine graue Katze ersaufe.

Der Nebel hing dicht. Die nahe Stadt war nicht mehr zu sehen. Der gelbe Strom wälzte sich brummend und klatschte mit breiten Händen an das Haus. Wenn das Wasser in der gleichen Schnelle weiter stieg, mußte es bald das Dach erreichen. Heinrich beschwor Jakob, vernünftig zu sein. Es sei ja wahr, er habe Else mit freundlichen Augen angesehen. Er habe ihr einmal, verstohlen, sogar einen Kuß gegeben. Aber, bei Gott, dabei habe er ihr doch nichts abgebissen. Das sei doch kein Verbrechen. Jeder habe einmal eine schwache Stunde. Das dürfe Jakob nicht so gewaltig krumm nehmen. Er solle ihn doch um Gottes willen jetzt ins Boot nehmen und in die Stadt rudern.

Jakob verharrte in seinem schrecklichen Lächeln. Heinrich fing wieder an zu sprechen. Einmal, aber, bei allen Heiligen, nur einmal habe er ihn mit Else betrogen. Die Weiber, die seien nun schon lüstern nach fremdem Männerfleisch. Weiber seien wie Kinder, die von allem haben müßten. Er, Heinrich, der immer Jakobs Freund gewesen war, hätte freilich verständiger sein sollen.

Jakob hatte die Beichte mit Ruhe entgegengenommen. Er spielte mit den Rudern. Er schaukelte im Boot. Heinrich fuhr fort: Er könne es ja gestehen. Es sei öfter als einmal gewesen. Na ja, die Versuchung. Er sei auch nur aus Fleisch. Aber so oft, wie Jakob sich das denke, so oft sei's wahrhaftig nicht gewesen. Er solle ihm doch verzeihen und ihn jetzt ins Boot lassen.

Jakob sagte ihm ins Gesicht, daß er sterben müsse. Er solle jede Hoffnung aufgeben. In einer Stunde sei das Wasser so weit. Er bliebe, um zu sehen, wie Heinrich vergurgle und verrecke.

Der in seinem eigenen Haus Gefangene verlegte sich aufs Bitten, auf Betteln, aufs Jammern. Aber Jakob beachtete ihn gar nicht mehr, sah zu, wie die Wellen sich gegen die Bootsspitze warfen, als ob allein das noch seine Aufmerksamkeit fesseln könne, hörte gar nicht mehr auf den ehebrecherischen Mann, der nun laut weinte, dann schrie, dann fluchte und heulte.

Auf einmal, der Gefangene hatte aufgehört zu schimpfen und die beiden stummen Männer hatten sich minutenlang ins Auge gesehen, unbeweglich, und Heinrich hatte wohl im Blick seines Richters die Unerschütterlichkeit des Urteilsspruches gelesen, auf einmal trat Heinrich vom Fenster zurück, ins Haus zurück, verschwand. Unruhig beobachtete Jakob den Rückzug des Verurteilten.

Es verging wohl eine Viertelstunde. Jakob war es, als ob das schweigende Haus unter dem Ansturm des Wassers erbebe. Da erschien Heinrich wieder am Fenster. Er trug die Uniform des Infanterieregiments, in dem er gedient, in dem er den Krieg mitgemacht hatte. Er trug die helle, blaue, bayerische Friedensinfanterieuniform, trug den Helm mit der blitzenden Spitze auf dem Kopf, auf seiner Brust schaukelten Orden, das bayerische Militärverdienstkreuz und das Eiserne Kreuz, schaukelten, klirrten leise, hingen dann stumm. Den Säbel, er war Vizefeldwebel gewesen, hatte er umgeschnallt. Ohne ein Wort zu sprechen, lehnte er am Fensterkreuz. Er schenkte Jakob keinen Blick, er tat, als sei dieser nicht vorhanden, gar nicht vorhanden, und seine Miene drückte aus, er wolle den Tod als Soldat und brav und ohne Furcht und Zittern erwarten.

Jakob sah ihn bestürzt an. Der kriegerische Mann am Fenster rührte sich nicht. Gewaltig floß die Donau. Da löste Jakob, und er wußte nicht, ob er weinen sollte, ob er lachen sollte, ob er Bewunderung fühlen sollte für seinen Gegner, da löste Jakob die Kette vom Baum und trieb das Boot zum Fenster. Der blaue Soldat salutierte, stieg ein, setzte sich auf die Bank am Bootsende, wie ein Ehrengast, wie ein vornehmer Herr und General, und Jakob ruderte ihn eilig und still über die gelbschäumende Wasserfläche zur Stadt.

Schöpfer des amerikanischen Heeres

Steubens zweihundertster Geburtstag

Vor zweihundert Jahren, am 15. November 1730, kam Steuben als preußisches Offizierskind in Magdeburg zur Welt, und es verstand sich fast von selbst, daß auch Friedrich Wilhelm preußischer Offizier wurde. Im Siebenjährigen Kriege focht er mit Auszeichnung und brachte es zum Stabskapitän und Flügeladjutanten Friedrichs II. Da jedoch mit dem launischen König schlecht Kirschen essen war, verließ Stuben nach Friedensschluß enttäuscht und verstimmt eine Armee, der er sechzehn Jahre angehört hatte. In der Enge süddeutscher Höfe drückte er sich mit Mißbehagen herum, dachte bald in Sardinien, bald in Oesterreich Kriegsdienste zu nehmen und griff nach einiger Ueberlegung zu, als ihm 1777 der französische Kriegsminister St. Germain vorschlug, nach Amerika zu gehen, um dort den vom Mutterland abgefallenen Rebellen, mit denen Frankreich ein Bündnis vorbereitete, militärische Zucht und Ordnung beizubringen.

Daß Steuben Soldat war und in der neuen Welt Soldatisches leisten konnte, bestimmte seinen Entschluß. Aber da er im klassischen Altertum zu Hause, philosophischen Anwandlungen zugänglich, als Freimaurer mit den Humanitätsidealen der Zeit vertraut, zu den wirklich gebildeten Ausnahmen im preußischen Offizierkorps zählte, wie sie auch Lessing zuzeiten gern seines Umganges würdigte, mußte er für die Stimmung der fortgeschrittensten Geister in Deutschland empfänglich sein, die mit Jubel die Erhebung der amerikanischen Kolonien fast als ihre eigene Sache begrüßten; selbst die zahme „Berliner Monatsschrift" feierte dithyrambisch den „edlen Kampf für Freiheit und Vaterland" und schwang sich zu ungewohnt revolutionären und republikanischen Tönen auf:

> Und du, Europa, hebe das Haupt empor!
> Einst glänzt auch dir der Tag, da die Kette bricht,
> Du, Edle, frei wirst; deine Fluren
> Schönheit und ein glücklicher Volksstaat grünen.

In der Tat wurde auch der friderizianische Offizier Steuben, als er, entschlossen, sich die amerikanische Bürgerkrone zu verdienen, drüben landete, von dem morgenfrischen Hauch einer jungen Demokratie angeweht. „Welch ein schönes, welch ein glückliches Land!" schrieb er einem Freunde daheim, „ohne Könige ohne Hohepriester, ohne aussaugende Generalpächter und ohne müßige Barone. Hier ist jedermann glücklich, Armut ist ein unbekanntes Uebel", und wiederum: „Wir befinden uns in einer Republik, wo, Gott sei Dank, die Würden nicht erblich sind wie die Barone in Deutschland."

Kein Gamaschenknopf von der verbreiteten Art des preußischen Generals von Saldern, der sich die Stirn darüber zergrübelte, ob die Infanterie 75 oder 76 Schritte in der Minute machen sollte, steckte Steuben doch noch in den Ueberlieferungen der friderizianischen Armee. Aber in einem Lande, wo die sozialen Grundlagen der Heeresverfassung ganz anders waren, ließ sich damit nichts anfangen. Die geworbenen und gepreßten Soldknechte unter Friedrichs Fahnen wurden durch Prügel und abermals durch Prügel zu willenlosen Automaten gedrillt. Die amerikanischen Freiwilligen, aufrechte, freie Männer, die ihre eigene Scholle verteidigten und für ihre Sache fochten, hätte kein Vorgesetzter anzurühren gewagt. Steuben erkannte und bekannte, daß sie ihn bei dem Versuch, nach preußischem Muster zuzupacken, steinigen würden, aber indem er die Freien als Freie behandelte und durch echte Humanität ihre Herzen gewann, brachte er, zum Generalinspektor der Armee ernannt, in die regellosen und unbekümmerten Milizen die Disziplin hinein, deren jede Truppe bedarf.

Meinte Steuben einmal, er habe die Prinzipien der Kriegskunst unter Friedrich dem Großen studiert und unter Washington angewandt, so unterlag er allerdings einer Selbsttäuschung. Den amerikanischen Farmern war die friderizianische Taktik so wenig einzubläuen wie die friderizianische Disziplin. Wegen ihrer Neigung zur Desertion nur in geschlossener Formation verwendbar, erschienen die Söldner des Preußenkönigs auf dem Schlachtfeld als festgefügte Kolonne, die, vom Offizier mit der Fuchtel zusammengehalten, nach Befehl Salven feuerte. Die amerikanischen Milizen aber hatten in den Indianerscharmützeln das Gefecht in zerstreuter Ordnung mit Deckungnehmen und Schützenfeuer gelernt, wobei alles auf die Selbständigkeit des einzelnen ankam; so fochten sie mit Erfolg auch gegen die englischen Soldbataillone. Wie nun Steuben statt der papageienbunten Uniformen Europas für die Soldaten Washingtons linnene Jagdhemden und Ueberröcke und runde, aufgekrempte Hüte vorschlug, so entwickelte er auch mit genialem Erfassen des Wesentlichen die naturgegebene Taktik der Freiwilligen weiter: er schuf eine der Alten Welt unbekannte Waffengattung, die leichte Infanterie, die für den Schützenkampf geeignet und geübt war und sich auch dem waldreichen Gelände gut anpaßte. Diese leichte Infanterie, den britischen Söldnern zehnfach überlegen, bildete den Kern der amerikanischen Armee und zugleich den Vorläufer der französischen Revolutionsheere von 1793, von denen Steuben in diesem Jahre dem preußischen Militärschriftsteller von Bülow sagte, sie führten denselben Krieg wie die amerikanischen Farmer und würden ebenso unüberwindlich sein. In welchem Maße seine Prophezeiung in Erfüllung ging, erlebte Steuben nur noch halb, denn die Revolutionskriege waren noch unentschieden, als er am 28. November 1794 in seinem bescheidenen Blockhaus in der Grafschaft Oneida starb.

Menschlich und militärisch war der „Schöpfer des amerikanischen Heeres" eine Gestalt, die sich unter seinesgleichen wohl sehen lassen kann. Aber da es den amerikanischen Zeitgenossen kaum zum Bewußtsein kam, daß es sich bei dem gern Französisch redenden und schreibenden General um einen Deutschen handelte, erscheint es übertrieben, ihn heute im Zeichen der Steuben-Gesellschaft und der Steuben-Feiern zu einem Sinnbilde deutsch-amerikanischer Annäherung zu machen. Steuben in allen Ehren, aber ein besserer Mittler aus den vergangenen Generationen wäre Karl Schurz, der erst in Deutschland, dann in Amerika der Demokratie mit aller Hingabe diente und seinem neuen Vaterlande vielfältig nützte, ohne die alte Heimat zu vergessen.

Hermann Wendel.

Der Abschluß einer Blutrache

Auch in Ländern, in denen die moderne Rechtsprechung eingeführt ist, erhält sich doch noch immer die alte Ueberlieferung der Blutrache, die dort einst lebendig war, und es ist die Aufgabe der Behörden, diese Form der wilden Vergeltung, die nun einmal dem Menschen noch im Blute steckt, in eine möglichst harmlose Zeremonie umzuwandeln. Wie dies im heutigen Palästina geschieht, dafür führt ein dort amtierender Bezirksbeamter, Major E. Keith-Roach, ein interessantes Beispiel an:

Vor sieben Jahren erschlugen drei Männer drei andere in einem Familienstreit, und nachdem sie wegen dieses Verbrechens eine lange Gefängnisstrafe abgesessen hatten, wurden sie kürzlich entlassen. Sie wünschten nun, nach ihrem Dorf zurückzukehren, aber da die Blutrache noch nicht beigelegt war, so wäre das für sie sehr gefährlich gewesen, wenn nicht vorher der Streit endgültig beigelegt ist. Sie wandten sich daher an den Bezirksbeamten, der zunächst Schiedsrichter ernannte, die die Bedingungen des Friedensschlusses festsetzen sollen. Fünf betagte Männer aus den benachbarten Dörfern, die wegen ihres aufrechten Charakters und ihrer Kenntnis der Bräuche allgemeine Achtung genießen, werden auserwählt. An einem festgesetzten Tage versammeln sich diese Alten auf dem Marktplatz des Dorfes unter dem einzigen Baum, der sich hier erhebt, und verhandeln über die Form, durch die die Blutrache am besten begraben werden kann. Es ist eine schwierige Aufgabe, bei der zahlreiche Tassen Kaffee getrunken werden und bei der man Allah und den Propheten zu Zeugen dafür anruft, daß in diesem Falle jedes Blutvergießen auszuschalten sei. Auch die Zahlung von Geld wird nach längeren Erörterungen abgelehnt und festgestellt, daß nur die „Wajahah", d. h. die Ehre der beleidigten Familie, wieder hergestellt werden müsse. Schließlich kommt man zu dem Beschluß, daß die Mörder sich unterwerfen und ihre Familien ein „Liebesfest" ausrüsten müssen. Des weiteren wird festgesetzt, daß das Fest bestehen soll aus zehn Ziegen und einem halben Sack Reis, zwei großen Kannen mit Sesamöl, 50 Kisten mit Zigaretten, drei Pfund Salz, etwas Pfeffer und soviel Feuerwerk, als ein Esel tragen kann.

Die Nachricht von diesem Beschluß wird dem Bezirksbeamten mitgeteilt, und er wird zu dem Fest eingeladen. Am Festtage ist das ganze Dorf bereits früh auf den Beinen. Angesehene Leute aus den benachbarten Dörfern sind geladen, und um 8 Uhr morgens erscheint der Beamte mit einem Polizeioffizier und einem Gefolge von Vornehmen; er führt die drei aus dem Gefängnis Entlassenen bis an das Dorf. Dort werden sie von ihrer Familie in Empfang genommen, bleiben aber außerhalb. Der Beamte begrüßt nun die Schiedsrichter und die Familienmitglieder der Erschlagenen und teilt ihnen mit, daß drei Männer draußen warten. Die Antwort lautet: „Laßt sie hereinkommen." Der Beamte bringt sie nun in den Hof, der das Haus des Dorfhäuptlings umschließt. Die drei stehen demütig und schüchtern in einer Ecke. Die Turbantücher auf ihren Köpfen, die mit einem Strick aus Ziegenhaar umschlungen sind, werden abgenommen, zusammengefaltet und als eine Art Schlinge um den Hals gelegt. Wenn dann die Schiedsrichter, die Vornehmen und die Dorfbewohner sich in dem Hof versammelt haben, entfernen die Männer langsam die Schlingen und legen sie zu ihren Füßen nieder. Der älteste Schiedsrichter hält nun an die Angehörigen der Erschlagenen eine Ansprache: „Hier sind die drei, die eure drei Söhne erschlagen haben; sie unterwerfen sich." — Und mit bezeichnender Gebärde fährt er fort: „Tötet sie, wenn es euch gefällt."

Eine lange Pause entsteht. Dann fährt er fort: „Erwägt aber, daß der Bezirksbeamte und die Vornehmen der Umgebung hierhergekommen sind, um für sie um Gnade zu bitten. Handelt nach arabischem Brauch; entscheidet!" Eine lange Stille folgt; man hört das heisere Hüsteln einer alten Frau, das helle Schreien eines Kindes, die langgezogenen Töne der Pfeifen der Hirten, die in der Umgebung ihre Herden weiden, das Gurren einer Taube. Alles wartet gespannt auf den nächsten Akt des Dramas. Sehr langsam und sehr würdig treten nun die Brüder der Erschlagenen vor; sie beugen sich, sie nehmen die Turbanstreifen vom Boden auf, und nachdem sie sie zu Kopfbedeckungen gefaltet haben, setzen sie sie den mit gesenktem Kopf dastehenden Männern auf. Dann grüßen sie sie mit einem schallenden Kuß auf jede Wange und sagen: „O ihr Männer, Friede sei mit euch, denn ihr seid wahrlich mehr wert als unsere Toten. Hat doch Allah selbst gesagt, daß die Lebenden besser sind als die Toten." Allgemeiner Jubel bricht darauf los; die schrillen Rufe der Frauen mischen sich mit dem dunklen Gemurmel der Männer; von allen Seiten werden die Weisen beglückwünscht, die diese Blutrache zu einem so glücklichen Ende geführt haben. Dann beginnt das Liebesfest. Die Ziegen werden mit besonderer Feierlichkeit geschlachtet, die anderen Speisen werden zubereitet, alles vereint sich zu dem Festmahl, das bis spät in die Nacht dauert.

Bedeutung der deutschen Oelfunde

Deutschland braucht jährlich rund 1,4 Millionen Tonnen Mineralöle. Davon brachte vor dem Krieg das Inland schon nur einen sehr geringen Teil auf, durch den Verlust des Elsaß wurde der Anteil noch kleiner. Seit der Aufschließung des hannoverschen Oelfeldes bei Oberg, Oelheim, Steinförde und Wietze steigt die Produktion unaufhörlich, so daß heute die vorhandenen Raffinerien nicht mehr genügen, um die ausfließende Produktion zu verarbeiten. Im Jahre 1930 wird voraussichtlich die Produktion von 1913 — damals also mit und heute ohne das elsässische Petrol — überschritten. Die Förderung von 1913 war 121 000 Tonnen und sie sank bis auf 50 000 Tonnen, stieg schon 1929 wieder (ohne Elsaß) auf 102 000 Tonnen. Heute, im November 1930, steht die Förderungsmöglichkeit bereits so günstig, daß man für 1930 mit 150 000 Tonnen rechnet, für 1931 aber etwa 600 000 Tonnen voraussieht. Zum Vergleich: Polen förderte 1929 625 000 Tonnen und Rumänien 4,8 Millionen Tonnen. Weiter wird von einer besonders ergiebigen Sonde, Elwerath 38 in Nienhagen, angegeben, daß sie allein bei richtigem Ausbau eine Jahresproduktion von einer Million Tonnen geben könnte.

Da der deutsche Bedarf für 1931 auf 1½ Millionen Tonnen geschätzt werden kann, so ist klar, daß die hannoverschen Oelfunde eine größere Bedeutung besitzen, als man ihnen in der Regel zubilligt. Es erscheint nicht als ausgeschlossen, daß Polen und Rumänien, USA. und Mexiko die deutsche Kundschaft einbüßen, ja daß Deutschland zum Exportland für Oel wird. Erinnert man sich nun des Umstandes, daß diese Möglichkeit schon einmal nahe rückte — nämlich damals, als IG.-Farben künstliches Benzin in den Leunawerken herzustellen begann —, so wird man sich fragen: welche Wege wird jetzt das internationale Kapital einschlagen, um den aus dem Boden quellenden Segen abzuwehren? Wird Morgan imstande sein, der Erde von Hannover das Maul zu stopfen, wie den Aktionären von IG.-Farben, die auf ihre schöne Kunst zugunsten des amerikanischen Oelimports verzichteten?

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Bau- und Geldschrankschlosser

Freitag, den 14. November, nachm. 5 Uhr, im Lokal „Märchenbrunnen", Friedrichshain

Funktionär-Sitzung der Bau- und Geldschrankschlosser

In demselben Lokal, abends 7 Uhr,

Vollversammlung aller Bau- und Geldschrankschlosser

Tagesordnung

1. Bericht der Zentralstreikleitung und Lohnkommission von der Tarifverhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.
2. Diskussion

Der Wichtigkeit wegen ist erforderlich, daß alle Kollegen in diesen Veranstaltungen restlos erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Achtung! Wagen- und Karosserie-Arbeiter

Montag, den 17. November, abends 7 Uhr, in Doefers Festsälen, Inh. Pohle, Weberstraße 17

Vollversammlung der Wagen- und Karosseriearbeiter

Tagesordnung:

Bericht von der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß

Zu dieser wichtigen Versammlung sind alle Kollegen verpflichtet zu erscheinen.

Achtung! Metallkartell! Achtung!

Sonntag, den 16. November, vorm. 10 Uhr

im Konzert-Etablissement Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23,

Versammlung

aller Vertrauenspersonen und Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller

Tagesordnung:

Berichterstattung von den Verhandlungen über den Schiedsspruch

Zutritt nur gegen Vorzeigung der mit dem VBMI.-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Verbandsbuches einer dem Metallkartell angeschlossenen Organisation.

Die Ortsverwaltung.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 14. 11. **Staats-Oper** Unter d. Linden. A.-V. 73. 20 Uhr. **Fürst Igor**. Ende n. 23½ Uhr

Freitag, 14. 11. **Städt. Oper** Bismarckstr. Turnus IV. 19½ Uhr. **Don Giovanni**. Ende 23 Uhr

Staats-Oper Am Platz der Republik. V.-B. 20 Uhr. **Der fliegende Holländer**. Oeffentl. Kartenverkauf. Ende n. 22½ Uhr

Staatl. Schausph. am Gendarmenmarkt. 65. A.-V. 20 Uhr. Zum 28. Male! **Liebe auf dem Lande. 33 Minuten in Grüneberg**. Ende 22¾ Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlbg. 20 Uhr. **Herr Doktor, haben Sie zu essen?** Ende 22¾ Uhr

PLAZA Tägl. 5 u. 8¹⁵. Sonnt. 2, 5 u. 8¹⁵. Alex. E 4 6066. I. Vorstellung 50 Pf. bis 1 M. II. und III. Vorst. 1 bis 2 M. **AFRA, UESSEMS, KOHLBRANDT usw.**

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr. Lothringer Straße 37.
Nur im Monat November die entzückende Komödie **Arm wie eine Kirchenmaus**. Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil 1,25 M. Sessel 1,75 M. — Sonstige Preise: Parkett 75, Rang 60 Pfg.

Winter Garten

8¹⁵ Uhr. — Zentrum 2819. — Rauchen erlaubt.
Mangan's 24 Tillerettes
Das Tonphänomen Linder
Carr's u. Betty * Sam Barton usw.
Skladanowsky und sein Film v. 35 Jahren
Sonnab. u. Sonntags je 2 Vorstellungen 4 Uhr und 8.15. — 4 Uhr kleine Preise
Das führende Varieté

Theater i. d. Behrenstr. 53-54 Direktion: Ralph Arthur Roberts. 8¼ **Das häßliche Mädchen**. Sonntag nachm. 3½ Uhr kleine Preise: **Arm wie eine Kirchenmaus**

Deutsches Künstler-Theat. Barbar. 3937. 8¼ Uhr **Jim und Jill**. Grete Mosheim, Harald Paulsen.

Kleines Theat. Täglich 8¼ Uhr. Der große Lustspielerfolg! Max Adalbert, Fritz Kampers, Dagny Servaes in **Der Mann, der schweigt**

Berliner Theater Dönh. 625, 626. ½9 Uhr **Sektion Rahnstetten**. Ein Gegenwartsspiel von Curt Corrinth

Renaissance-Theater Steinplatz 6780. 8¼ Uhr. **Voruntersuchung** von Max Alsberg und O. E. Hesse

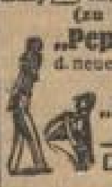
GROSSES SCHAUSPIELHAUS TÄGL. 8 UHR
Im weissen Rössl
Singspiel in vielen Bildern.
Cam. Spira, Hansen, Lieske, Wallburg, Arno, Jankuhn, Paul Hörbiger, Lena, Schneiders, Winkelstern, Rolla, Desni, Stark-Gstettenbauer.
Original Tiroler Watschentänzer, Original Tiroler Jodlerinnen-Quintett, Musik-Trio aus Schliersee.
Jazz-Band / Girls u. Boys / Grosse Chöre.
Der Zeit entsprechend sind, trotz des riesigen Andranges, die Kassenpreise um **25%** ermässigt.
Sonntag Nachmittag **3 Uhr** Originalbesetzung Billige Preise.
Regie: Erik Charell

Barnowsky-Bühnen Theater in der Stresemannstr. Täglich 8¼ Uhr **Sturm im Wasserglas**. Komödie von Frank.

Theater am Schiffbauerdamm Täglich 8¼ Uhr. Die **Dreigroschenoper** v. Brecht und Weill. Preise 1.- bis 12.- M.

Lustspielhaus Täglich 8¼ Uhr **Kurt Götz** in **Hokuspokus**

Reichshallen-Theater Anfang 8 Uhr, Sonntag nachmittag 3½ Uhr (zu halben Preisen) **„Pepita vor Gericht!"** d. neueste Schlager d. „Stettiner". Dazu zum 100 Male: **„Laß Blumen sprechen"** Das große neue Solo-Programm! **Dönhoff-Brettl:** 10 große Nummern! Tanz, Konzert • Kapelle Hans Sixtus.



Neues Theater am Zoo Am Bahnh. Zoo. Stpl. 6554. Täglich 8¼ Uhr **Geld, wie Heu** musikal. Lustspiel mit **Paul Heidemann u. Irene Ambrus**. Sonnabends 4 Uhr, Sonntags 3 „ Knecht Ruprechts Fahrt ins Märchenland.

Komödienhaus 8¼ Täglich 8¼ **Konto X** von Bernauer und Oesterreicher

Komische Oper 8¼ Uhr **Das Mädel am Steuer**. Operette v. Gilbert

Zentral-Theat. Täglich 8¼ Uhr. Sonnt. auch 3¼ Uhr **Eine Freundin so goldig wie Du**. Operette v. Meisel. Verz. für Parkett statt 4.- M. nur **1.-** gültig vom 11. bis 14. Nov. Sonntags 3 Uhr **Rotkäppchen**

Elite-Sänger Kottbusser Str. 6. F. 8. Oberb. 6070. Tägl. 8¼ U., auch Sonntag 3½ Uhr. Die Revue des Humors: „Wir lachen uns kaputt" mit Lotte Werkmeister. Musik von Willi Rosen, Willi Kollo und Siegwart Ehrlich. Tagesk. 11-2, Abendk. ab 5.

Sie schreien vor Entzücken über Traute Rose als „Kukuli"

Donnerstag und Freitag nachmittags 3³⁰ Uhr im
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132. Billettkasse: Alex. 3422 u. 3494. Preise von 30 Pf. bis 1.50 M. Programm u. Garderobe je 10 Pf. Kaffee und Kuchen 25 Pf. Schulpflicht. Kinder haben Zutritt
Letzte Woche: **In der Johannisnacht** (Wochentags 8³⁰ Uhr, Sonnabend 7 und 10³⁰ Uhr) Sonntag 2.30, 5.45 und 9 Uhr. Jeden Mittwoch 5 Uhr und Sonnabend 4³⁰ Uhr: **Peterchens Mondfahrt** (Preise von 30 Pf. bis 1.50 M.) Montag, 17. Nov., 8³⁰ Uhr: Premiere: **Drei-Einakter-Abend.**

Sie schreien vor Entzücken über Traute Rose als „Kukuli"

Um schönes und reines Haar zu bekommen braucht man schon seit dreissig Jahren **flüssiges Pixavon**
*
Pixavon eignet sich für jedes Haar, selbst für das hellste Blond. Ein Fläschchen, das für 2-3 Waschungen reicht, kostet **50** Pfennige
*
In Pulverform, ausreichend für 1-2 Waschungen, kostet **Pixavon-Shampoon 30 ₰**
*
Pixavon enthält „Pitral". „Pitral" tötet die Bakterien und Parasiten, durch die Haarkrankheiten verursacht werden können
*
Pixavon ist *ohne* umständliche Nachwaschung mit pulverisierten Säuren zu verwenden.
*
Das seit 30 Jahren bewährte flüssige Shampoon heisst
„PIXAVON"

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 8 Uhr **Mississippi** von Georg Kaiser

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr **Herr Doktor, haben Sie zu essen?**

Theater am Schiffbauerdamm 8 Uhr **Dreigroschenoper**

Staatsoper Am Pl. d. Republik. 8 Uhr **Der fliegende Holländer**

Deutsches Theater 8 Uhr **Elisabeth von England** von Ferd. Bruckner. Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele 8¼ Uhr **Die zärtlichen Verwandten** von Roderich Benedix. Regie: Gustaf Gründgens.

Die Komödie 8¼ Uhr **Der Schwierige** von Hugo von Hofmannsthal. Regie: Max Reinhardt.

Theat. d. Westens Heute geschlossen. Freitag Premiere Emil Jannings **Geschäft ist Geschäft**

Lessing-Theat. 8 Uhr Ein **Sommernachtstraum**. Regie: Max Reinhardt

Metropol-Theater Täglich 8¼ sowie Sonntag 4½ u. 8¼. Sensationeller Operettenerfolg: **Viktoria und ihr Husar**

Rose-Theater Gr. Frankfurter Str. 132. Tel. Alex 3422 u. 3494. 3.30 Zum letzten Male: **Kukuli**. 8.15 **In der Johannisnacht**

seit 1822

Wilke Hüte
Zu haben in allen leistungsfähigen Hut-Spezialgeschäften

F. W. Gumpert Konditorei C2. Königgrasse 22-23. **Honigkuchen Marzipan**

Kleine Anzeigen
wirkungsvoll und billig

Überschriftwort 25 Pf., Textwort 12 Pf. / Wiederholungsrabatt: 10 mal 5%, 20 mal oder 1000 Worte Abschluß 10%, 3000 Worte 15%, 4000 Worte 20%. Stellengesuche: Überschriftwort 12 Pf., Textwort 10 Pf. Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 [illegible] bis 5 Uhr, und sämtliche Vorwärts-Filialen u. Ausgabestellen

Verkäufe

Linoleum, Spittel, Kolonieftr. 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragen, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Bauchanzüge, Ulster und Paletots, hochelegante neue Garderobe zu staunend billigen Preisen. Gelegenheitskäufe in Herren- und Damenpelzen. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 106, eine Treppe. Keine Lombardware.

Verleih hochelegenter Gesellschafts-Anzüge. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 106.

Wenig getragene Jackettanzüge, Paletots, Ulster, prachtvolle Kammgarnanzüge, Smokinganzüge. Gelegenheitskäufe in neuen Herrengarderoben, Brillanten, Uhren, Goldwaren zu Spottpreisen. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/204, Ecke Rosenthalerstraße. Keine Lombardware.

Wenig getragene Herrengarderobe, teils auf Seide, verkaufe spottbillig. Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Ulster, Beinkleider sowie erstklassige neue Garderoben. Ersatz für Maß. Spezialität: Bauchanzüge. Verleih von Gesellschaftsanzügen. Pfandleihe Weingarten, Prinzenstraße 83.

Möbel

Riesenauswahl! Wichtig für jedermann. Täglich werden verkauft: guterhaltene Kleiderspinden, Vertikos 24.—, Bettstellen 22.—, Flurschränke, Waschtoiletten 24.—, Chaiselongues 24.—, Kommoden 19.—, Bücherspinden, Schreibtische 32.—, Büfetts 75.—, Trumeaus 28.—, Standuhren 68.—. Große Auswahl in Klubsesseln. Flügeln. • Pianos 300. Teppiche. Kücheneinrichtungen 48.—. Riesenauswahl, alles spottbillig. Speisezimmer, guterhalten, komplett 225.—, Herrenzimmer, fast neu, kompl. 225.—, Speisezimmer wenig gebraucht. Drei-

Meier-Büfett, komplett 300.—. Schlafzimmer, fabrikneu, komplett 268.—. Wohnsalon, wenig benutzt, 195.—. Antike Möbel, darunter Biedermeier-, Barock- und andere Stilmöbel, sowie kompletten Biedermeierzimmer spottbillig. 100 Küchen, entzückende Modelle. Gebrauchte 48.—. Stargardts Möbelspeicher. Lombardspeicher, Prenzlauerstr. sechs, Ecke Linienstraße, am Prenzlauer Tor. Straßenbahnlinien 1, 2, 60, 61, 62, 71, 72, 73, 74, 174. Autobus 8, 12, 14, 30. Untergrundbahn Schönhauser Tor. •

Möbel-Kamerling, Kastanienallee 56. Nußbaum-Büfetts, Kredenzen, Schreibtische, Sofaumbau. Riesenauswahl. Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Hoffmann-Pianos, gebrauchte, 380.—, 350.—, 400.—, 500.—, 560.—, 650.—. Neue 900.— an. Tonschön, dauerhaft. Garantie. Teilzahlung. Sch[illegible] 50, Leipzigerstraße 37 (Spittelmarkt).

Patentmatratzen Prima, Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Keinladen

Möbelkäufer werke Kredit und der Möbelbazar, große Auswahl, kleine Preise! Beispielsweise: Schlafzimmer 450.—, Speisezimmer 517.—, Herrenzimmer 290.—, Spiegelschränke 118.—, Dielengarnitur 58.—, Küche 90.—, Messingbettstelle 68.—, Kleiderschränke 49.—, Chaiselongues 28.—, Metallbettstelle 18.—, Auflegematratze 13.—. Sonstige Möbel angemessene Preise. Teilzahlung aufschlagfrei! Verheirateten Monatsraten. Kassarabatt bis zehn Prozent, auch auf Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Möbelhaus Alma. Katalog franko. Hauptgeschäft: Steglitz, Schloßstraße 107; 2. Geschäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft: Berlin, Alliance-Straße 96, Untergrund ahn; 4. Geschäft: Kottbusser Straße 22, gegenüber Elitesänger. •

Küchen und Einzelmöbel aller Art in großer Auswahl zu billigsten Preisen finden Sie im Möbelhaus Olsen, Landsberger Straße 36, gegenüber Markthalle.

Musikinstrumente

Einpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35. •

Pianos — Flügel. Riesenlager. Bechstein, Blüthner, Steinway, Schwechten, Salonpianos 275.—, 390.—, 425.—, gebrauchte Ahrendroth, Potsdamerstraße 74.

Klaviere, 175.—, 200.—, 375.—, 420.—, 450.—, gebrauchte, große Auswahl auch in neuen. Langjährige Garantie. Besichtigung lohnend. Teilzahlung gestattet! Heyer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe (Rosenthaler Platz). •

275.—, 350.—, 450.—, 485.—, schöne gebrauchte [illegible] Prachtpianos spottbillig. Teilzahlung. Riesenauswahl. Beim Fachmann, Auguststraße 38.

Fahrräder

Gebrauchte Fahrräder 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. W.-Amm. Weinmeisterstr. 14.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Stanniol, Blei, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christianat, Köpenickerstraße 20 (Haltestelle Adalbertstraße). •

Vermietungen

[illegible] Separates Leerzimmer, direkt am Tegeler See. Elektrisches Licht, Wasser, Umtsfrei. 20 M. Dissmitt, Steinbergstraße 14.

[illegible] Zimmer vermietet Müller, Lichtenberg, Schillerstr. 28. 6

Arbeitsmarkt

Unterkolonne gesucht für 2000 Quadratmeter Abdeckung in einer Halle. Angebote unter Chiffre T. 34 an die Hauptexpedition des „Vorwärts".

Männer und Frauen, etwa 8 M. täglich. Vormittag 8—10. Bankstraße 19, III links.